

Zeitschrift für
**Familien-
forschung**

Beiträge zu Haushalt
Verwandtschaft und Lebenslauf

In diesem Heft:

Schwerpunktthema:

Generationentransfers

- Öffentliche und private Transfers im Alter
- Familie im Wohlfahrtsstaat
- Transfers between grandparents and grandchildren

- Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland
- Forschungsnotizen

ifb-Mitteilungen

3/2006



ISSN 1437-2940
18. Jahrgang 2006, Heft 3
Verlag Barbara Budrich

Inhalt

Schwerpunktthema: „Generationentransfers“

Editorial	267
<i>Harald Künemund & Claudia Vogel</i>	
Öffentliche und private Transfers und Unterstützungsleistungen im Alter – „crowding in“ oder „crowding out“?	269
<i>Andreas Motel-Klingebiel & Clemens Tesch-Römer</i>	
Familie im Wohlfahrtsstaat – zwischen Verdrängung und gemischter Verantwortung	290
<i>Gunhild O. Hagestad</i>	
Transfers between grandparents and grandchildren: The importance of taking a three-generation perspective	315
<i>Forschungsbeiträge</i>	
<i>Michaela Kreyenfeld & Esther Geisler</i>	
Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. Eine Analyse mit den Mikrozensen 1991-2002	333
<i>Forschungsnotizen</i>	
<i>ifb</i> -Mitteilungen	361

Editorial

Transfers sind ein wesentliches Element der Solidarität zwischen den Generationen. Sie sind öffentlich oder privat, finanziell oder zeitlich, direkt oder indirekt. Selbstverständlich fokussiert das Schwerpunktthema „Generationentransfers“ in der *Zeitschrift für Familienforschung* auf private Leistungen zwischen Familienmitgliedern. Dabei geht es um finanzielle Unterstützungen wie Geld- oder Sachgeschenke, aber auch um Hilfen im Haushalt, beim Einkaufen, der Enkelbetreuung oder in Form von Pflege. Die privaten sind jedoch nicht losgelöst von öffentlichen Generationentransfers. Immerhin stellt gerade der Wohlfahrtsstaat wichtige Rahmenbedingungen für Familiensolidarität. Der Einfluss geht in beide Richtungen: Einerseits wirken familiäre Generationenbeziehungen auf gesellschaftliche Tatbestände und Entwicklungen, andererseits beeinflussen die allgemeinen Rahmenbedingungen das Zusammenleben in der Familie.

Dies gilt nicht zuletzt in Zeiten demographischen Wandels. Weniger Geburten und längere Lebensdauern wirken unmittelbar auf die Generationenbeziehungen in der Familie. Dabei sind diese heutzutage wichtiger als je zuvor: wegen der deutlich verlängerten gemeinsamen Lebenszeit, aber auch aufgrund der gestiegenen Instabilität anderer Beziehungsformen. Die Veränderungen betreffen das Verhältnis von Eltern und (erwachsenen) Kindern, aber besonders auch das zwischen Großeltern, Eltern/Kindern und Enkeln.

Das Ziel des vorliegenden Schwerpunktthemas liegt damit in einer doppelten Perspektivenerweiterung: Einerseits sollen Verbindungen zwischen Generationentransfers in Familie und Gesellschaft unter die Lupe genommen werden. Dazu gehört auch der internationale Vergleich. Denn der Zusammenhang zwischen familialen und wohlfahrtsstaatlichen Transfers lässt sich insbesondere über komparative Analysen zwischen Ländern ermitteln. Andererseits wird eine Perspektivenerweiterung über die Generationenlinie in der Familie vorgeschlagen. Dazu gehört, die einzelnen Familienmitglieder aus der Sicht ihrer speziellen Situation zu betrachten. Zudem werden neben direkten Transfers von einer Person an die andere indirekte Unterstützungsleistungen über Generationen hinweg einbezogen. Diese Perspektivenerweiterungen sind wichtige Elemente einer umfänglichen Betrachtung der diversen Formen und vor allem der Bedingungsbeziehungen von Generationentransfers in der Familie.

Die drei Beiträge des Schwerpunktheftes bieten diese Perspektivenerweiterung in sich ergänzender Weise. Es geht um Generationentransfers in Form von Geld und Zeit, um internationale Wohlfahrtsstaatsvergleiche, direkte und indirekte Transfers sowie um unterschiedliche Perspektiven im Mehrgenerationenzusammenhang.

Harald Künemund und Claudia Vogel gehen der Frage nach, inwiefern familiäre Generationensolidarität durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen geschwächt oder ge-

stärkt wird („crowding out“ bzw. „crowding in“). Zuweilen wird nämlich argumentiert, dass der Wohlfahrtsstaat aufgrund seiner vielfältigen Leistungen entsprechende familiäre Unterstützung verdrängt bzw. ersetzt. Wenn man dieses Argument weiterdenkt, könnte umgekehrt ein Rückzug des Wohlfahrtsstaates aufgrund knapper Kassen über eine wieder erstarkte Familiensolidarität aufgefangen werden. In dem Beitrag werden mit Hilfe der neuen SHARE-Daten für zehn europäische Länder deskriptive Befunde zu finanziellen Generationentransfers vorgelegt (Geld- oder Sachgeschenke im letzten Jahr). Diese belegen keineswegs eine weitgehende Verdrängung der Familiensolidarität durch den Wohlfahrtsstaat. Vielmehr sind eher Hinweise auf eine Stärkung der privaten durch eine öffentliche Generationensolidarität zu finden. Demnach werden Familienmitglieder gerade durch den Wohlfahrtsstaat in die Lage versetzt, sich untereinander durch finanzielle Transfers zu unterstützen.

Andreas Motel-Klingebiel und Clemens Tesch-Römer widmen sich ebenfalls der Frage, welche Folgen der Wohlfahrtsstaat für die familiäre Generationensolidarität hat. Sie konzentrieren sich in ihrem internationalen Vergleich auf Deutschland, England, Israel, Norwegen und Spanien, wobei sie zeitliche Transfers in den Blick nehmen (Hilfe im Haushalt, beim Einkaufen oder durch Pflege). Neben dem „crowding in“ oder „crowding out“ testen sie die Hypothesen einer gemischten Verantwortung bzw. einer funktionalen Differenzierung. Die multivariaten Analysen auf Basis der OASIS-Daten bestätigen ebenfalls nicht eine Verdrängung der Familiensolidarität durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Allerdings existieren Hinweise auf eine Kombination von formellen und familialen Leistungen im Sinne einer funktionalen Differenzierung. Dabei sind vor allem in einem ausgebauten Wohlfahrtsstaat wie Norwegen die Unterstützungen für Ältere besonders groß, und zwar sowohl aufgrund häufiger formeller Hilfen als auch einer Mischung aus öffentlichen und privaten Leistungen.

Norwegen steht denn auch im Fokus des Aufsatzes von Gunhild O. Hagestad. Sie verbreitert die Perspektive in Richtung der Generationenlinie. In Hinblick auf Transfers zwischen Großeltern und Enkeln ist in vielen Fällen eine Drei-Generationen-Perspektive besonders fruchtbar. Dabei kommt der mittleren Generation häufig die Rolle einer Scharniergeneration zu, über die das Großeltern-Enkel-Verhältnis vermittelt wird. Gleichzeitig nutzen finanzielle und zeitliche Unterstützungsleistungen für die eine Generation oft auch einer anderen. Wichtig ist hierbei zudem, die verschiedenen Perspektiven der einzelnen Familiengenerationen einzubeziehen (Asymmetrie-Problem). Dabei darf man nicht vergessen, dass der demographische Wandel insbesondere das Großeltern-Enkel-Verhältnis verschiebt. Einerseits verlängert sich gerade hier die gemeinsame Lebensdauer, andererseits stehen nun weniger Enkelkinder mehr Großeltern gegenüber. Alleine dadurch zeigen sich spannende, neue Entwicklungen im familialen Generationenverhältnis, einschließlich der finanziellen und zeitlichen, direkten wie indirekten Generationentransfers.

Marc Szydlik

Harald Künemund & Claudia Vogel

Öffentliche und private Transfers und Unterstützungsleistungen im Alter – „crowding out“ oder „crowding in“?

Public and private transfers and support in old age: crowding out or crowding in?

Zusammenfassung

Der Beitrag diskutiert die Plausibilität der These des „crowding out“, nach der der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen familiäre Unterstützungsleistungen und familiäre Solidarität verdrängen würde. In einer theoretischen Erörterung der Motive für private intergenerationelle Unterstützungsleistungen wird herausgearbeitet, dass ein *crowding out* theoretisch zwar möglich, insgesamt betrachtet aber empirisch unwahrscheinlich ist, da gegenläufige Effekte des *crowding in* eine höhere Plausibilität haben. Mit Hilfe eines Ländervergleichs wird anschließend untersucht, ob sich die Anteile der Hilfen, die die Älteren von ihren Kindern erhalten, systematisch mit Blick auf das Niveau der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung unterscheiden, wie es der These des *crowding out* entsprechen würde. Die deskriptiven empirischen Befunde sprechen jedoch ebenfalls gegen diese These.

Schlagworte: Intergenerationelle Beziehungen, familiäre Unterstützung, Wohlfahrtsstaat, crowding out, crowding in

Abstract

In this article we discuss the plausibility of the “crowding out” hypothesis that predicts a displacement of family support in response to the expansion of the welfare state. A theoretical discussion of motives for private intergenerational transfers suggests a limited potential of crowding out. However, in sum crowding out is unlikely to occur because contradictory effects of crowding in are also probable. Using a comparative approach, we test whether the support that the elderly receive from their adult children varies systematically with the generosity in public expenditure, which is what we would expect according to the crowding-out assumption. The empirical findings contradict this hypothesis.

Keywords: Intergenerational relations, family help, welfare state, crowding out, crowding in

1 Einleitung

Die demographischen Veränderungen stellen zentrale Institutionen der modernen Gesellschaft vor große Probleme – die Familie, die sozialen Sicherungssysteme, und insbesondere auch deren Zusammenhang. Auf Seiten der Familie geht mit dem Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Geburten auch ein Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Geschwister und der Enkelkinder einher. Der entstehende Typ der „Bohnenstangenfamilie“ (Giarrusso et al. 1996) mit jeweils relativ ähnlicher Anzahl von Verwandten in den verschiedenen familialen Generationen löst die bisher vorherrschende eher pyramidenförmige Familienstruktur ab.¹ Gleichzeitig erhöhen sich die Altersabstände zwischen den Generationen durch das Ansteigen des durchschnittlichen Alters der Mütter bei der Geburt der Kinder, und – in dieser Hinsicht ein entgegenlaufender Trend – zugleich nimmt die durchschnittliche Zahl der gleichzeitig lebenden familialen Generationen aufgrund der steigenden Lebenserwartung zu (Uhlenberg 1980, 1996). Dabei lassen sich erhebliche Probleme vor allem bei der familialen Versorgung und Betreuung der älteren Hilfe- und Pflegebedürftigen prognostizieren, die neue Herausforderungen für die soziale Sicherung und zusätzliche Belastungen für die jüngeren Familienangehörigen stellen werden (Künemund 2000).

Ein Zusammenhang wird aber auch in der entgegengesetzten Richtung vermutet: Die Familie insgesamt, insbesondere aber die familiäre Solidarität, würde durch einen großzügigen Sozialstaat geschwächt. In dem Maße, in dem der Staat Aufgaben übernimmt, die zuvor im Zuständigkeitsbereich der Familie lagen, die private Wohlfahrtsproduktion also durch institutionalisierte Formen der Wohlfahrtsproduktion ersetzt, werden familiäre Leistungen überflüssig. Solche Verdrängungseffekte konnten mehrfach nachgewiesen werden (z.B. jüngst Reil-Held 2005), so dass sich der Schluss auf eine Schwächung familialer Bindungen auch geradezu aufdrängt. Diese Argumentationsfigur ist keinesfalls neu (vgl. z.B. Burgess 1960; Kreps 1977; Hoffmann-Nowotny 1988); vielleicht hat sie den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme schon immer begleitet. Heute jedenfalls gehört sie weitgehend zum „common sense“. Ganz selbstverständlich beklagt z.B. Tremmel (1996: 51) eine „staatliche Solidaritätsmaschine“ (...), die schon soviel menschliche Solidarität überflüssig gemacht und dadurch zerstört hat“. Der besondere Charme einer solchen Argumentation im Kontext der aktuellen Diskussion um den Um- bzw. Rückbau des Sozialstaats ergibt sich offenbar daraus, dass die traditionellen Familienbande durch Leistungskürzungen wieder belebt werden könnten, was neben den erwünschten Einspareffekten nicht nur die familiäre Solidarität selbst, sondern auch gleich die „Nächstenliebe“ insgesamt zurückbringen könnte, jene „sozialen Bürgertugenden“, die unsere Gesellschaft einst auszeichneten, bevor der Sozialstaat die Menschen zur „Vollkasko-Mentalität“ (Tremmel 1996: 51) korrumpierte.

1 Bei einer Zunahme von Scheidungen und Wiederverheiratungen könnten auch trichterförmige Generationenkonstellationen weiter an Bedeutung gewinnen, in denen sich viele „Großeltern“ wenige Enkel quasi „teilen“ müssen.

Nun ist nicht grundsätzlich zu bestreiten, dass im Zuge der Modernisierung und der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft vormals familiäre Funktionen durch den Staat, die sozialen Sicherungssysteme und spezialisierte Dienstleistungsbereiche übernommen wurden und sich in diesem Zusammenhang das familiäre Zusammenleben wie auch die Gesellschaft selbst radikal verändert haben. Dies betrifft sowohl den Bereich des Erwerbs bzw. der Produktion und der Statuszuweisung wie auch die soziale Absicherung im Alter und die Betreuung der Ältesten oder die Ausbildung und Betreuung der Jüngsten. In der Soziologie sind solche Veränderungen der Gesellschaft mit unterschiedlichen Akzentuierungen, Stoßrichtungen und Bewertungen von Beginn an diagnostiziert und beschrieben worden, etwa von Tönnies (Gemeinschaft und Gesellschaft), oder Parsons (strukturelle Isolation der Kernfamilie), und auch heute ließen sich vielfältige Bezüge zu den aktuellen Debatten um Sozialkapital, bürgerschaftliches Engagement oder Kommunitarismus herstellen (vgl. hierzu exemplarisch Brauer 2005). Die an dieser Stelle im Mittelpunkt des Interesses stehende Frage aber ist, ob diese Veränderungen und dieser Funktionsverlust der Familie zu einer „Schwächung“ der Familie als sozialer Institution und der in ihr geleisteten Unterstützungen geführt hat, etwas allgemeiner formuliert: ob die private Wohlfahrtsproduktion durch institutionalisierte Formen der Wohlfahrtsproduktion verdrängt wird. Gibt es verlässliche empirische Belege für solche Zusammenhänge? Wie könnte ein solcher Zusammenhang überhaupt empirisch untersucht werden? Und noch vor der empirischen Prüfung: Kann die These eines solchen Zusammenhangs in einer theoretisch anspruchsvolleren Erörterung ihre Plausibilität bewahren? Diese Fragen werden in diesem Beitrag aufgegriffen. Zunächst sollen die zugrunde liegenden Argumentationsfiguren zusammenfassend herausgearbeitet (Abschnitt 2) und empirische Zugangswege typisierend diskutiert werden (Abschnitt 3). Anschließend werden einige neue empirische Befunde präsentiert.

2 Theoretische Perspektiven

Hinter der These, dass der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen als Substitution vormals in der Familie erbrachter Unterstützungsleistungen zwangsläufig ein Bedeutungsverlust der Familie sowie eine Abnahme familialer Bindungen und Verpflichtungen mit sich bringt, steht offenbar die Annahme, dass familiäre Hilfen nur dann geleistet werden, wenn der entsprechende Bedarf nicht anderweitig gedeckt wird.² Sobald Alternativen bereitstehen, kann die Unterstützung unterbleiben. Dies entspricht dem allgemeineren ökonomischen Erklärungsmodell des Altruismus, welches z.B. prognostiziert, dass private Spenden für Arme weitgehend unterbleiben, sobald der Staat sich der Armut annimmt (z.B. Roberts 1984).³ Wären nun familiäre

2 Die nachfolgende theoretische Argumentation basiert im Wesentlichen auf Künemund/Rein (1999) und Künemund (2002).

3 Weitere Beispiele für diese in der Ökonomie gängige Figur sind die Verdrängung traditioneller privater Altersvorsorge durch Einführung steuerbegünstigter privater Zuzahlungen zu betrieblicher Altersvorsorge z.B. mit Aktien des Arbeitgebers (Poterba et al. 1993) oder

Unterstützungsleistungen für Ältere – und diese berühren direkt den Kostenfaktor, der in der aktuellen Diskussion um die soziale Sicherung am stärksten ins Gewicht fällt – allein altruistisch motiviert, würde der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen also tatsächlich zu einem Rückgang privater intergenerationaler Unterstützungsleistungen an die Älteren führen, denn mit steigendem Wohlstand sinkt deren Bedarf (bzw. der Nutzen solcher Hilfen). Wo den Älteren genügend Einkommen über Renten, Pensionen und Sozialhilfe zur Verfügung gestellt wird, brauchen deren Kinder keine weitere finanzielle Unterstützung tätigen. Und wo genügend Dienstleistungen z.B. für Pflegebedürftige bereitstehen, brauchen die Kinder nicht einzuspringen. Im Gegenteil – Transfers an die Kinder würden wahrscheinlicher, wenn es den Älteren finanziell besser geht als den Jüngeren.

In diesem Zusammenhang wäre zunächst zu fragen, ob dieser so definierte Altruismus als Erklärung für intergenerationale Unterstützungsleistungen in relevantem Ausmaß in Anschlag gebracht werden kann und ob die zwingende Konsequenz dann das Ausbleiben dieser Unterstützungen ist. Selbst im Falle des Spendenverhaltens kann ökonomisch plausibel argumentiert werden, dass die Vergaben kaum vollständig unterbleiben würden, da mit ihnen ein Gefühl der Freude einhergehen kann (Andreoni 1989 bezeichnet dies als verunreinigten Altruismus) oder die soziale Anerkennung und moralische Wertschätzung für den Geber wichtiger sein könnten als der Wert der Vergabe für den Empfänger, oder es bei der Vergabe schlicht darum geht, Wohlstand und Vermögen zu signalisieren (z.B. Glazer/Konrad 1996). Die Verdrängung privater Hilfen, das sogenannte *crowding out*, wäre dann keinesfalls vollständig zu erwarten. Zudem wäre es denkbar, dass die Spenden zwar nicht mehr an diese Personengruppe gehen, dafür aber an andere Bedürftige (z.B. Schiff 1985). Die Unterstützungsleistungen würden dann nicht grundsätzlich ausbleiben, sondern lediglich in andere Kanäle gelenkt.

Abgesehen von der Frage, ob ein reiner Altruismus empirisch überhaupt vorfindbar ist, bleibt ein weiteres, konkurrierendes Vergabemotiv zu diskutieren, das in der ökonomischen Debatte um intergenerationale Beziehungen i.d.R. im gleichen Atemzug genannt wird – den altruistischen stehen typischerweise Austauschmotive als Alternative gegenüber (z.B. Cox 1987). Das Motiv für die Unterstützung ist in diesen Fällen die Erwartung einer Gegenleistung. Kotlikoff/Morris (1989) z.B. gehen so weit, finanzielle Transfers der Eltern an die erwachsenen Kinder als Bestechung zu betrachten: Mit der Vergabe sei die Absicht verbunden, mehr Kontakt, Unterstützung oder Aufmerksamkeit von den Kindern zu erkaufen. Bernheim et al. (1985) argumentieren ähnlich für Erbschaften – die Älteren würden die Möglichkeit, etwas zu vererben oder das Erbe zu entziehen, strategisch einsetzen, um das Verhalten ihrer Kinder zu beeinflussen. Umgekehrt können Kinder dann natürlich auch Unterstützungsleistungen mit der Absicht anbieten, später etwas mehr zu erben oder finanzielle Transfers im direkten Gegenzug zu erhalten. Wie häufig aber auch

die Verdrängung privater durch gesetzliche Krankenversicherung (Cutler/Gruber 1996). Die generelle Argumentationsfigur kann also in verschiedenen Kontexten identifiziert werden; im Folgenden geht es allerdings primär um die These der Verdrängung privater durch institutionalisierte Formen der Wohlfahrtsproduktion am speziellen Fall von Sozialstaat und Familie.

immer ein solches Verhalten sein mag – diese Motivationen laufen letztlich darauf hinaus, dass private Unterstützungsleistungen für die Älteren dort wahrscheinlicher sind, wo es den Älteren in materieller Hinsicht gut geht. Ein Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen könnte bei Dominanz solcher Motive also auch zu einer Zunahme oder Intensivierung intergenerationeller familialer Unterstützungsleistungen führen.

Die empirischen Befunde zu diesen Motiven sind nicht leicht zu überschauen. Zwar kommen viele Studien zu dem Ergebnis, dass Altruismus nicht das dominante Motiv für solche Leistungen darstellt, sondern Austauschmotive überwiegen (z.B. Bernheim et al. 1985; Cox 1987; Cox/Rank 1992; Cox/Jakubson 1995; Cox et al. 1996; Schoeni 1997). Dennoch entsprechen die Vergabemuster privater Transfers oftmals dem altruistischen Modell (z.B. Motel/Szydlík 1999; Reil-Held 2005), und manche Studien erbringen keine Hinweise auf Austauschmotive und somit zumindest indirekt Indizien für altruistische Motive (z.B. Börsch-Supan et al. 1990; Altonji et al. 1996). Letztgenannte Befunde sind aber im Hinblick auf unsere Fragestellung aus mehreren Gründen uneindeutig. Erstens ist auch bei einem altruistischen Vergabemuster – die Transferempfänger sind durchschnittlich in einer schlechteren ökonomischen Position als die Transfergeber – nicht sichergestellt, dass Altruismus das dominante Motiv für solche Leistungen ist. Dies zeigt lediglich, dass Transfers und Hilfen eher jenen zu Gute kommen, die solche Hilfen benötigen, schließt aber Austauschmotive keinesfalls aus. Ohnehin sind beide Motive durch eine indirekte Messung empirisch nicht immer eindeutig zu trennen, denn eine gute materielle Ausstattung der älteren Menschen kann sowohl zu einer Verstärkung der an sie geleisteten Unterstützungen (im Sinne des Austauschmotivs, etwa um später bei den Erbschaften besser bedacht zu werden) wie auch zu ihrer Verminderung führen (im Sinne des altruistischen Motivs, wie es die These des *crowding out* unterstellt).⁴ In der Ökonomie fehlen aber bislang direktere Versuche, die hinter solchen Unterstützungsleistungen stehenden Motive genauer empirisch zu erfassen (vgl. Motel/Spieß 1995). Zweitens werden ganz überwiegend Querschnittdaten verwendet, wobei Austauschprozesse, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, kaum Berücksichtigung finden können. Durch Austausch motivierte Vergaben werden also – sofern sie überhaupt in das Blickfeld geraten – systematisch unterschätzt.

In der soziologischen und gerontologischen Literatur und Forschung werden i.d.R. andere Motive als Altruismus und Austausch unterstellt bzw. ermittelt sowie kompliziertere Mechanismen analysiert, die mit den ökonomischen Modellannahmen oft nicht kompatibel sind. Insgesamt lassen sich die diskutierten Motive für familiäre Unterstützungsleistungen überwiegend drei Typen zuordnen: den Normen

4 Selbst bei gleicher Datenbasis sind die Befunde gelegentlich nicht eindeutig. Die Analyse der Studie "Asset and Health Dynamics Among the Oldest Old" (AHEAD) etwa führt die einen Autoren zu dem Ergebnis, "we do not find evidence that parents provide financial assistance to their children in exchange for caregiving" (McGarry/Schoeni 1997: 82), während andere Autoren festhalten, "there appears to be substantial evidence that earlier parent-to-child financial gifts play a role in determining which child in the family will provide assistance" (Henretta et al. 1997: 110).

der Reziprozität, der emotionalen Nähe bzw. Zuneigung sowie allgemeineren normativen Verhaltenserwartungen gegenüber bestimmten Personengruppen (vgl. z.B. Doty 1986; Walker 1996).

Die Norm der Reziprozität war im Bereich der Unterstützungsleistungen für Ältere Gegenstand zahlreicher Studien (vgl. Antonucci/Jackson 1990). Generell verbürgt diese Norm, dass der Empfänger einer Gabe implizit eine Verpflichtung zur Erwidmung akzeptiert, sofern er nicht die Gabe ablehnt, unverzüglich „zurückzahlt“ oder Statusunterschiede diese Verpflichtung außer Kraft setzen (vgl. Mauss 1968; Gouldner 1960; Hollstein/Bria 1998).⁵ Die Erwidmung muss nicht unmittelbar, sondern kann durchaus zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Es ist auch nicht festgelegt, in welcher Form die „Schuld“ beglichen wird. Über den Lebenslauf betrachtet können sogar – so Antonucci/Jackson (1990) – „Guthaben“ im Sinne einer „support bank“ angesammelt werden. Eine solche Verpflichtung zur Erwidmung wird nun aber nicht durch einen gut ausgebauten Sozialstaat außer Kraft gesetzt. Es wäre also auch keine Verdrängung der Familie zu erwarten. Im Gegenteil können wir davon ausgehen, dass die Älteren durch eine ausreichende Ressourcenausstattung häufiger in die Lage versetzt werden, Reziprozitätsprozesse selbst erneut in Gang zu setzen und Hilfeangebote nicht einfach deshalb ablehnen zu müssen, weil man befürchtet, nichts zurückgeben zu können (Lewinter 1999). Mit einer ökonomisch gesicherten Lage sollte eine gestärkte Position der Älteren innerhalb der Familie einhergehen, die nicht einfach passive Empfänger von Unterstützungen bleiben müssen.

Ähnliches gilt für durch emotionale Nähe bzw. Zuneigung motivierte Unterstützungsleistungen (z.B. Schütze 1989). Diese unterbleiben nicht einfach, sobald anderweitig entsprechende Leistungen angeboten werden. Wahrscheinlicher ist vielmehr eine Veränderung der konkreten Art der Unterstützung – dass die Hilfe nicht vollständig unterbleibt, sondern lediglich andere Formen annimmt. Wo z.B. ausreichende finanzielle Ressourcen vorhanden sind und somit keine Notwendigkeit für familiäre finanzielle Transfers besteht, können instrumentelle oder emotionale Unterstützungen stärker in den Vordergrund treten. Im Gegenteil kann daher eine großzügige wohlfahrtsstaatliche Absicherung der Älteren die Familienbeziehungen auf verschiedenen Wegen sogar stärken: Wie bereits Tartler (1961) mit der These der „inneren Nähe durch äußere Distanz“ hervorhob, können die Familienbeziehun-

5 Diese Konzeption ist trotz der Nähe zu dem strategischen Vererbungsmotiv oder der erwähnten „Bestechung“ klar zu trennen vom ökonomischen Austauschmotiv, welches i.d.R. nicht mit sozialen Normen, sondern mit individuellen Interessen begründet wird. Ökonomen können daher z.B. einen wechselseitigen Austausch mit altruistischen Motiven als Reziprozität bezeichnen (so z.B. Cox/Rank 1992), was aus soziologischer Perspektive rein gar nichts mit Reziprozität zu tun hätte. Der Begriff der Reziprozität wird in der Literatur aber ohnehin sehr unterschiedlich gefasst, z.B. allgemein als „sinnhaftes, aufeinander bezogenes Handeln“ (Gerris/Grundmann 2002: 3) oder unter Einschluss negativer Reziprozität im Sinne eines „punishing those who have behaved badly“ (Perugini et al. 2003: 251). Im Folgenden ist mit dem Begriff Reziprozität jedoch immer die durch Gouldner (1960) beschriebene soziale Norm angesprochen.

gen profitieren, wenn etwa die Notwendigkeit zur Koresidenz entfällt.⁶ Ähnliches wäre dort zu vermuten, wo die tendenziell belastenden Pfllegetätigkeiten durch wohlfahrtsstaatliche Angebote unterstützt werden. Es kann also davon ausgegangen werden, dass erstens der Fortfall der Notwendigkeit zur finanziellen Unterstützung der Eltern, zweitens die damit einhergehende Stärkung der gesellschaftlichen und familialen Position der Älteren, drittens die gestiegenen Möglichkeiten zur „Intimität auf Abstand“ (Rosenmayr/Köckeis 1961) und viertens die Bereitstellung auch von Dienstleistungen durch den Sozialstaat die einzelnen Familienbeziehungen stark entlasten und der Sozialstaat somit dort Freiräume z.B. für emotionale Unterstützung schafft, wo sonst eine Pfllegetätigkeit oder der Zwang zu finanzieller Unterstützung zu angespannten und belastenden Beziehungen führen würde. Jedenfalls kann man den entgegengesetzten Zusammenhang klar ausschließen: Wo familiäre Unterstützungsleistungen durch Liebe oder Zuneigung motiviert sind, werden diese nicht „ersatzlos gestrichen“ sobald andere Unterstützungsquellen bereitstehen.

Anders wäre dies – zumindest in längerfristiger Perspektive –, wenn Unterstützungsleistungen allein Normen der Zuständigkeit folgen würden, wie sie beispielsweise in Äußerungen wie „Ehepartner sollten sich unterstützen“ oder „Kinder sollten ihren Eltern helfen“ zum Ausdruck kommen (vgl. Cantor 1979; Schütze 1989; Qureshi 1990, 1996; Walker 1991). Dies lässt sich daran ablesen, dass Normen der Zuständigkeit kulturell variieren und sich historisch wandeln. Beispielsweise wohnen die Älteren in Japan traditionell bei dem jeweils ältesten Sohn (vgl. Koyano 1995: 51ff). Diese Koresidenz von alten Eltern und ihren erwachsenen Kindern ist dort aber seit Jahren kontinuierlich rückläufig: Während es 1960 noch 87 Prozent der Älteren waren, die mit einem ihrer Kinder zusammenlebten, lag dieser Anteil 1990 nur noch bei 61 Prozent, womit auch eine Veränderung im Muster der intergenerationellen Hilfen einherging. Es kann nun vermutet werden, dass diese Veränderungen im Zusammenhang mit dem Wandel solcher Normen stehen, sei es als Ursache oder als Folge (oder beides). Beispielsweise könnten dort, wo der Staat die Betreuung und Versorgung der Älteren über längere Zeit weitgehend erfolgreich übernimmt, nachfolgende Kohorten sukzessive in eine „Normalität“ sozialisiert werden, in der die Zuständigkeit der Familie zunehmend in den Hintergrund tritt. Normen der Zuständigkeit können sich also vergleichsweise schnell verändern. Sie unterscheiden sich darin von der Norm der Reziprozität, die beispielsweise auch in Japan gültig ist (vgl. Akiyama et al. 1990) und bereits von Marcel Mauss (1968), aufbauend auf Bronislaw Malinowski in Polynesien ausgemacht und in seinem Aufsatz zu „Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften“ mit einem Beispiel aus Skandinavien einleitend illustriert wurde.

6 Koresidenz dürfte heutzutage häufig durch ökonomische Notwendigkeit bedingt sein (vgl. Norris/Tindale 1994: 49; Lyberaki/Tinios 2005). Kohli et al. (1997) zeigen, dass heute zwar wenige Ältere in einem gemeinsamen Haushalt mit ihren Kindern leben, aber ein erheblicher Anteil Kinder im selben Haus oder in der unmittelbaren Nachbarschaft hat. Die Familien haben sich also längst nicht so stark auseinander gelebt, wie dies haushaltsbezogene Daten vermuten lassen. Vielmehr bestätigt sich der Trend zur „Intimität auf Abstand“ (Rosenmayr/Köckeis 1961) – bei überwiegend geringer Wohnentfernung.

Wenn es nun zutrifft, dass die heutigen Älteren eine höhere Akzeptanz von formellen Hilfen zeigen (z.B. Daatland 1990) und es daher zukünftig zunehmend „normal“ würde, dass bestimmte Unterstützungen von formellen statt von informellen Helfern geleistet werden, könnte Unterstützungsverhalten, das ausschließlich durch die Orientierung an solchen Normen motiviert ist, sukzessive verdrängt werden. Über diesen Weg würde also ein *crowding out* stattfinden können.⁷ Allerdings nur in dem Maße, wie die Orientierung an Normen der Zuständigkeit alleiniges Unterstützungsmotiv ist – sobald konkrete Austauscherverwartungen, Reziprozität oder Zuneigung ins Spiel kommen, wäre nach den hier vorgetragenen Argumenten keine generelle Verdrängung zu erwarten. Insofern ist die Frage nach den „Mischungsverhältnissen“ solcher Motive zentral.

Analysen auf der Basis des Alters-Survey zeigen, dass erstens in der Tat ganz überwiegend Kombinationen dieser Motive relevant sind und zweitens die normative Verpflichtung zur Unterstützung der Angehörigen – trotz einer insgesamt sehr häufigen Nennung – nur einen Aspekt von mehreren darstellt (Künemund/Motel 2000; Kohli/Künemund 2003). Es ist daher nicht zu erwarten, dass die langfristig denkbare Veränderung dieser gesellschaftlichen Norm sich direkt in gleicher Größenordnung in geringeren privaten Unterstützungen zwischen den Generationen niederschlägt. Die drei Aspekte – kulturelle Normen der Zuständigkeit, Reziprozität und Intimität – lassen sich zwar konzeptuell trennen, aber sie beeinflussen sich wechselseitig und wirken in der individuellen Entscheidung, zu helfen oder jemanden um Hilfe zu bitten, letztlich zusammen. Eine der interessantesten Studien in diesem Zusammenhang ist jene von Finch und Mason (1993). Sie zeigen, dass kulturelle Normen der Zuständigkeit und die Norm der Reziprozität zwar in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden, aber durch beides noch nicht determiniert wird, wer faktisch hilft. Die Verpflichtung zu helfen entstehe vielmehr „as a process of negotiation, in which people are giving and receiving, balancing out one kind of assistance against another, maintaining an appropriate independence from each other as well as mutual interdependence“ (ebd.: 167).

Aus solchen theoretischen Überlegungen lässt sich eine Reihe weiterer Hypothesen ableiten, etwa zu den Präferenzen, an wen man sich im Bedarfsfall am liebsten wenden würde, oder wer dann am wahrscheinlichsten tatsächlich hilft (ausführlich hierzu: Künemund/Hollstein 2000). Da man beispielsweise bei Inanspruchnahme einer einem zustehenden formellen Hilfe bzw. bei Bezahlung nicht der Norm der Reziprozität unterliegt, ist es durchaus wahrscheinlich, dass solche Hilfen je nach Möglichkeit auch dann in Anspruch genommen werden, wenn informelle Helfer mit entsprechenden Reziprozitätsverpflichtungen existieren und angesprochen werden könnten. Daraus folgt aber nicht, dass eine bestehende Reziprozitätsverpflichtung dieser potentiellen informellen Helfer erlischt. Insgesamt jedenfalls kann man soweit zusammenfassend folgern, dass ein gut ausgebauter Sozialstaat die familialen Beziehungen auf verschiedenen Wegen stärkt. Ein *crowding out*, wie es häufig in

7 Vor diesem theoretischen Hintergrund bleibt die instruktive, stärker auf den Vergleich von Wohlfahrtsstaaten zielende Analyse von Motel et al. (2005) uneindeutig. Werden Normen der Zuständigkeit im multivariaten Modell konstant gehalten, wird gewissermaßen für einen wesentlichen Mechanismus des *crowding out* statistisch kontrolliert.

der Diskussion um den Sozialstaat und die Familie behauptet wird, ist zumindest mit Blick auf die Älteren theoretisch nicht zwingend zu erwarten. Im Gegenteil spricht auch einiges dafür, dass die Familienbeziehungen entlastet werden und sie stärker von Intimität und Reziprozität geprägt werden können, so dass der umgekehrte Effekt eines *crowding in* plausibler anzunehmen ist.⁸

3 Daten und Methoden

Verglichen mit der Häufigkeit, mit der ein *crowding out* als genereller Mechanismus unterstellt wird, sind Versuche, das komplexe Zusammenspiel von staatlichen und familialen Unterstützungsleistungen auf empirischer Grundlage zu erhellen, ausgesprochen selten. Dies hängt sicher damit zusammen, dass die optimalerweise geeigneten Daten – repräsentative Längsschnittdaten zur Qualität der familialen Beziehungen über einen Zeitraum, der relevante Änderungen der sozialen Sicherungssysteme einschließt – bislang nicht vorliegen. Im Idealfall wünscht man sich Längsschnittdaten, die eine Verhaltensänderung als Konsequenz aus Änderungen im sozialstaatlichen Arrangement bei statistischer Kontrolle anderer relevanter Einflussfaktoren zu modellieren erlauben. Eine indirektere Möglichkeit ist die Interpretation international vergleichender Daten im Hinblick auf die Generationenbeziehungen und die Differenzen im Grad der sozialstaatlichen Absicherung und Versorgung. Die Schwierigkeit besteht hier zunächst darin, dass entsprechend vergleichbare Operationalisierungen und Frageformulierungen hierzu in unterschiedlichen nationalen Surveys kaum zu finden sind, international vergleichende Studien jedoch zumeist diesen Themenbereich nicht hinreichend abdecken.

Eine Ausnahme ist die Studie „The elderly in five nations“, bei der 1991 jeweils knapp 1.000 über 64-jährige Personen in Deutschland, USA, Großbritannien, Kanada und Japan befragt wurden (vgl. Künemund/Rein 1999). Zwar wurden die Fragen nicht für dieses Analyseziel konzipiert und decken daher nicht die gewünschte Bandbreite ab. Auch bleiben kulturelle Differenzen verschiedenster Art in Rechnung zu stellen, beispielsweise die bereits erwähnten Normen der Zuständigkeit oder des Zusammenlebens. Immerhin aber sind Stichprobenziehung und Frageprogramm identisch. Ein Vergleich dieser Länder ergibt, dass bei Kontrolle der Koresidenz mit erwachsenen Kindern in jenem Land intergenerationelle Hilfen für die Älteren am häufigsten sind, das den vergleichsweise am weitesten und großzügigsten ausgebauten Sozialstaat hat. Würde der Ausbau des Sozialstaats die Familie wirklich verdrängen, wäre das genaue Gegenteil zu erwarten. Neuere Befunde aus dem

8 Neben den Thesen des *crowding out* und *crowding in* könnte noch angenommen werden, dass öffentliche und private Transfers und Hilfen weitgehend unabhängig voneinander bestehen (z.B. Sundström et al. 2002). Staatliche Interventionen können in der Tat mehr oder weniger geeignet sein, nichtstaatliche Wohlfahrtsproduktion zu fördern (Kaufmann 2005: 173), aber für den hier zur Diskussion stehenden Zusammenhang sozialstaatlicher und familialer intergenerationeller Unterstützungsleistungen sprechen unsere Argumente eher gegen eine solche Unabhängigkeit.

Projekt „Old age and autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity“ (OASIS), das als Vergleich in Deutschland, Spanien, Großbritannien, Norwegen und Israel durchgeführt und u.a. mit Blick auf diese Fragestellung konzipiert wurde (vgl. Daatland/Herlofson 2001; Motel-Klingebiel et al. 2005 sowie Motel-Klingebiel/Tesch-Römer in diesem Heft), weisen zwar auch auf (begrenzte) Substitutionseffekte hin, führen aber dennoch zu der Schlussfolgerung, „Older people receive a higher overall level of help and support in high-service countries compared to low-service countries, indicating that a partnership between services and families meets the needs of elders better than a family dominated care system. Services do not seem to discourage family help, and are more likely to help families spread their resources in meeting other needs. Services may even be a stimulant for intergenerational exchanges. Hence all welfare states are encouraged to invest more in services to elders“ (Lowenstein/Ogg 2003: XIV).

Mit dem „Survey of Health, Aging, and Retirement in Europe“ (SHARE) liegt nunmehr ein neuer internationaler Datensatz vor, mit dem ein solcher Ländervergleich möglich ist. Dieses Projekt ist ein multidisziplinärer Survey der Bevölkerungen über 49 Jahren zu Fragen von Gesundheit, sozio-ökonomischem Status und sozialen Netzwerken, der im Herbst 2004 in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Spanien, Italien und Griechenland mit einem einheitlichen CAPI-Instrument durchgeführt wurde (vgl. ausführlich Börsch-Supan et al. 2005).⁹ Befragt wurden insgesamt 22.777 Personen, unter anderem auch zur Familiendemographie, den monetären Transfers und instrumentellen Unterstützungsleistungen. Wir präsentieren im Folgenden einige erste deskriptive Ergebnisse aus dieser Studie, mit denen die These des *crowding out* untersucht werden kann. Wenn diese These zutrifft, müssten in jenen Ländern die familialen intergenerationellen Unterstützungsleistungen am schwächsten ausgeprägt sein, in denen die öffentliche Umverteilung zu den Ältesten am stärksten ausgeprägt ist. Gemäß den Ausführungen im letzten Abschnitt erwarten wir freilich nicht, dass in diesen Ländern die privaten finanziellen Unterstützungsleistungen am häufigsten vorfindbar sind, im Gegenteil: Wenn der Staat die materielle Absicherung hinreichend sicherstellt, muss die Familie hier nicht einspringen. Vielmehr sollten monetäre Transfers der Älteren an die Kinder wahrscheinlicher werden. Eine Verdrängung der Familie aber müsste sich in der Qualität der Familienbeziehungen, z.B. in geringeren Anteilen von Älteren niederschlagen, die private intergenerationelle Unterstützungsleistungen erhalten. Dies sollte sich insbesondere hinsichtlich der Hilfen von jenen Kindern zeigen, die nicht mit ihren Eltern zusammenwohnen.

Um zu beurteilen, welche der hier betrachteten Länder den Älteren gegenüber am „größzügigsten“ sind, lassen sich mehrere Indikatoren heranziehen, ohne dass wir

9 Die Datenerhebung wurde von der Europäischen Kommission (5. Rahmenprogramm), dem US National Institute on Aging, dem Österreichischen Wissenschaftsfond, der Belgischen Föderalen Wissenschaftspolitik und dem Schweizer Bundesamt für Bildung und Wissenschaft gefördert. Das Projekt wird am Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel koordiniert und ist als Panel angelegt. Der Datensatz ist für die Wissenschaft frei zugänglich (siehe www.share-project.org); die folgenden Analysen basieren auf der vorläufig freigegebenen Version der SHARE-Daten (release 1).

an dieser Stelle ein vollständiges Bild geben können. Die Ausgaben für die soziale Sicherung – berechnet als Prozentsatz am jeweiligen Bruttosozialprodukt – sind in den südlichen Ländern etwas geringer: 20 Prozent in Spanien, 25 und 26 Prozent in Italien und Griechenland. Am höchsten sind diese Anteile in Schweden (31 Prozent), Dänemark, Deutschland und Frankreich (jeweils 29 Prozent) sowie Österreich (28 Prozent).¹⁰ Die Unterschiede sind moderat; diese Werte berücksichtigen aber auch die Sozialleistungen für Jüngere. Betrachten wir allein die Aufwendungen für die Alterssicherung und die Hinterbliebenenversorgung, schlägt die jeweilige Demographie stark durch: Diese Aufwendungen sind daher in Italien am höchsten (knapp 16 Prozent), in Spanien am niedrigsten (9 Prozent). In den nördlichen Ländern liegen diese Werte zwischen 11 und 14 Prozent. Die Armutsquoten der über 64-Jährigen sind in Frankreich, Schweden, Deutschland und den Niederlanden am niedrigsten (vgl. Hauser/Strengmann-Kuhn 2004: 48); diese ist in Griechenland am höchsten, wo zugleich die Lohnersatzquote der Renten am höchsten ausfällt – dies verweist auf eher geringe durchschnittliche rentenversicherungsspflichtige Einkommen der heute Älteren in ihrer Erwerbsphase.

Ein eindeutiges Bild, das den Besonderheiten der einzelnen Länder gerecht wird, lässt sich auf diesem Wege kaum geben. Kontrastreicher wäre natürlich der Einbezug stärker „residualer“ Wohlfahrtsstaaten wie den USA oder Großbritannien. Soweit können wir aber davon ausgehen, dass die Sicherungssysteme in z.B. Schweden und Deutschland am ehesten den prognostizierten Verdrängungseffekt hervorgerufen haben müssten, jene in Italien oder Spanien am wenigsten. D.h. wir können für unsere Zwecke im Großen und Ganzen von einem Nord-Süd-Gefälle ausgehen, mit eher geschwächten Familienbeziehungen im Norden und noch relativ starken Familienbeziehungen im Süden. Entsprechend wäre gemäß der These des *crowding out* zu erwarten, dass die familialen Austauschbeziehungen im Süden stärker ausgeprägt sind als im Norden – eine Vermutung, die im übrigen auch dem „common sense“ entsprechen dürfte.

4 Empirische Befunde

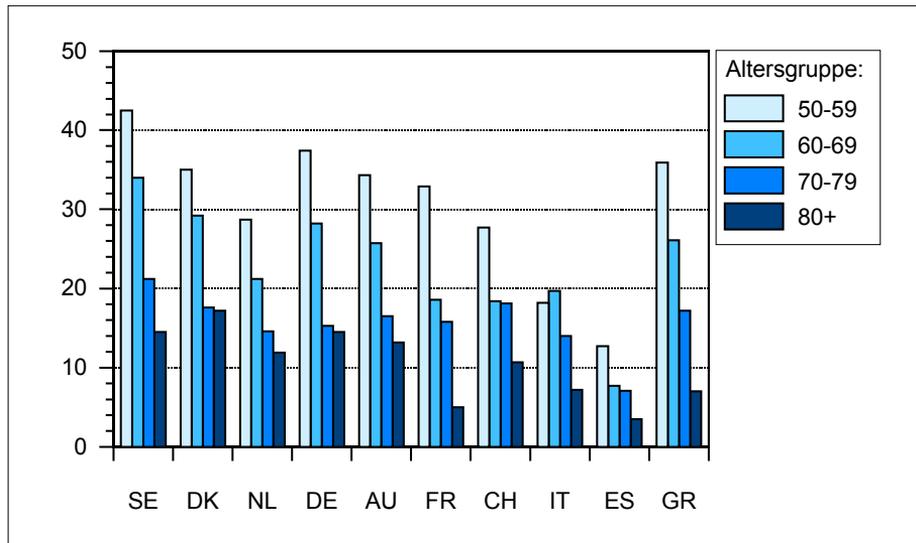
Die empirischen Befunde decken sich nur partiell mit diesen Erwartungen. Ein relativ deutliches Nord-Süd-Gefälle ergibt sich hinsichtlich der privaten monetären Transfers der Älteren an ihre Kinder – solche Transfers sind im Norden deutlich häufiger, was auf eine bessere materielle Absicherung der Älteren verweist (vgl. Abbildung 1).¹¹ Private finanzielle Transfers in der Gegenrichtung sind dagegen

10 Quelle: Eurostat, Daten jeweils für das Jahr 2002. Für die Schweiz liegen dort jedoch keine Angaben vor.

11 Frageformulierung: „Viele Menschen machen Geld- oder Sachgeschenke oder sie unterstützen andere, z.B. ihre Eltern, Kinder, Enkelkinder, andere Verwandte oder Freunde und Nachbarn. Denken Sie jetzt bitte an die letzten zwölf Monate. Wenn Sie freie Kost und Unterkunft unberücksichtigt lassen, haben Sie [oder Ihr Partner] in dieser Zeit eine Person innerhalb oder außerhalb ihres Haushalts mit Geld- oder Sachgeschenken im Wert von 250 €

deutlich seltener (vgl. Abbildung 2). Man kann insofern sagen, dass die Wohlfahrtsstaaten im Norden relativ „erfolgreicher“ sind – die erwachsenen Kinder müssen nur in Ausnahmefällen ihre Eltern finanziell unterstützen, und die Älteren können im Gegenteil aus ihren laufenden Einkünften oder ihrem Ersparten den Kindern aushelfen.

Abbildung 1: Private monetäre Transfers der Älteren an ihre Kinder (in Prozent)



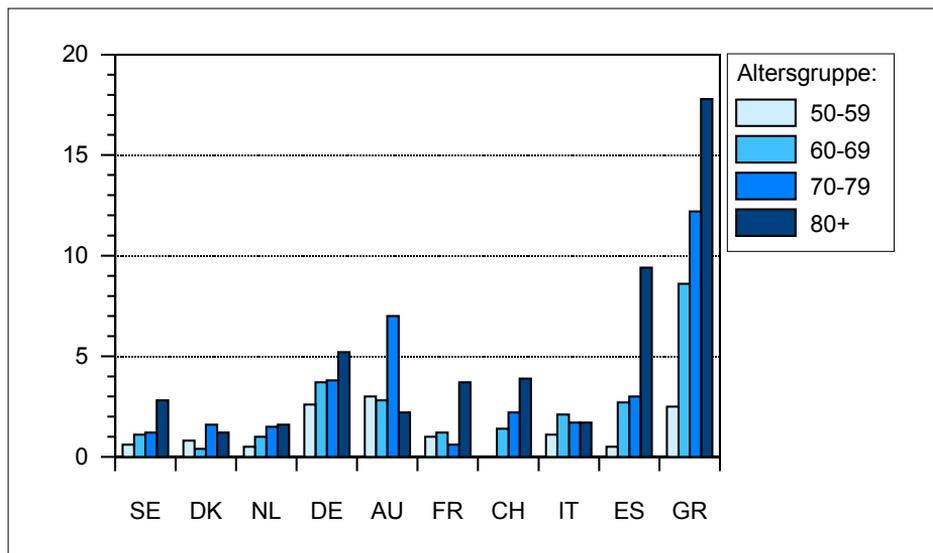
Quelle: SHARE 2004 (Welle 1, release 1), gewichtet.

Es ist aber nicht so, dass private finanzielle Transfers an die Älteren grundsätzlich verdrängt worden wären – sie sind speziell bei den Ältesten in Deutschland, aber z.B. auch in Schweden, Frankreich oder der Schweiz häufiger als in Italien. Man kann also schließen, dass auch in den gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten die Älteren noch unterstützt werden, sofern sie finanzielle Unterstützung benötigen. Die Familie ist auch in dieser Hinsicht keinesfalls vollständig „verdrängt“ worden. Lediglich der Anlass für solche Transfers ist seltener, nicht aber zwangsläufig die Bereitschaft, im Bedarfsfall einzuspringen. Die hohen Anteile in Spanien und insbesondere in Griechenland machen deutlich, dass solche Unterstützungsleistungen in diesen Ländern deutlich häufiger nötig sind, und umgekehrt die Möglichkeiten, den Kindern finanziell unter die Arme zu greifen, deutlich geringer sind. Anders formuliert: Die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung zugunsten der Älteren hat sicher einen erheblichen Teil der familialen monetären Transfers an die Älteren „ersetzt“, ohne dass damit aber zwangsläufig eine schwindende Bereitschaft zur Unterstützung der

oder mehr unterstützt?“ Eine analoge Formulierung wurde für die empfangenen Transfers verwendet.

älteren Angehörigen einhergeht.¹² Die Möglichkeit zur Unterstützung der Jüngeren jedenfalls hat ganz sicher in diesem Zusammenhang zugenommen, was sich – unserer Argumentation folgend – beides je positiv auf die Qualität der familialen Generationenbeziehungen auswirken sollte, während die These einer Verdrängung der familialen Solidarität durch eine gute öffentliche Alterssicherung eine generelle Schwächung familialer Solidarität prognostizieren würde. Das *crowding out*-Argument würde in diesem Zusammenhang implizieren, dass auch z.B. instrumentelle Unterstützungsleistungen dort seltener sind, wo der Bedarf durchschnittlich geringer ist, ggf. häufiger über den Markt gedeckt werden kann oder die Normen familialen Zusammenhalts generell geschwächt sind.

Abbildung 2: Private monetäre Transfers der Kinder an die Älteren (in Prozent)



Quelle: SHARE 2004 (Welle 1, release 1), gewichtet.

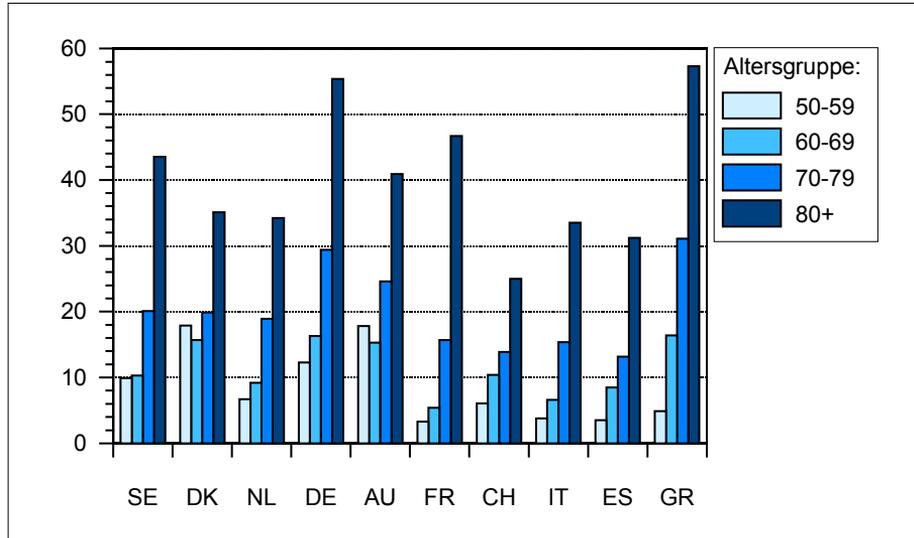
Abbildung 3 macht jedoch deutlich, dass von einer solchen Schwächung keine Rede sein kann. Instrumentelle Unterstützungsleistungen von Kindern außerhalb des Haushalts an die Ältesten sind in Deutschland, Frankreich und Schweden deutlich häufiger als in Italien oder Spanien, lediglich Griechenland und die Schweiz entsprechen dem Muster der *crowding out*-Hypothese.¹³ Speziell Deutschland legt die

12 In diese Richtung hatte bereits Townsend (1968: 117) argumentiert, höhere Standards der Betreuung und Versorgung durch den öffentlichen Sektor könnten zu stärkerer Nachfrage und höheren Ansprüchen an private Unterstützungsleistungen führen: „the general volume of assistance may increase in both family and public sectors“.

13 Anders als die Frage nach den monetären Unterstützungsleistungen bezieht sich die Frage nach den instrumentellen Hilfen explizit auf Personen, die nicht im gleichen Haushalt leben: „Denken Sie jetzt bitte an die letzten zwölf Monate. Haben Sie [oder Ihr Partner] in

Vermutung nahe, dass der umgekehrte Effekt eines *crowding in* zumindest stärker ausgeprägt ist als ein eventueller Verdrängungseffekt.

Abbildung 3: Instrumentelle Unterstützung der Kinder an die Älteren (in Prozent)



Quelle: SHARE 2004 (Welle 1, release 1), gewichtet, Personen mit mind. einem Kind außerhalb des Haushalts.

Diese Interpretation muss freilich in mehrerlei Hinsicht problematisiert werden. Zunächst einmal kann die Beschränkung auf Hilfen von Kindern, die nicht im selben Haushalt leben, zu einer Unterschätzung der familialen intergenerationellen Unterstützungsleistungen führen, wenn diese entfernter wohnenden Kinder auf die Unterstützung jener Geschwister vertrauen können, die mit den Älteren in einem gemeinsamen Haushalt leben und diese Unterstützungsleistungen bereits erbringen. Eine Beschränkung auf Personen, die nicht mit Kindern zusammen leben – also das vollständige Ausschließen der Koresidenz –, weist jedoch sogar eher in die entgegengesetzte Richtung: Weiterhin sind solche Hilfen in Deutschland, Frankreich und Schweden deutlich häufiger als in Italien und Spanien, die Anteile in Griechenland liegen nun sogar geringfügig unter jenen in Deutschland. Hilfen von Kindern außerhalb des Haushalts sind also nicht aufgrund höherer Anteile von Koresidenz in Spanien und Italien seltener.

dieser Zeit von einem Familienmitglied außerhalb Ihres Haushalts, von Freunden oder von Nachbarn Hilfe bekommen, die auf Karte 28 aufgeführt wird?“ Auf der Karte sind persönliche Pflege (beim Anziehen, Baden oder Duschen, Essen usw.), praktische Hilfe im Haushalt, z.B. bei kleinen Reparaturen oder der Gartenarbeit, beim Einkaufen oder bei der Hausarbeit sowie Hilfen mit Behörden und Ämtern, etwa beim Ausfüllen von Formularen mit weiteren Beispielen benannt.

Ein zweites Argument wären die Wohnentfernungen der Kinder, die möglicherweise in den südlichen Ländern – in Italien mit Wanderungsbewegungen nach Norden, in Spanien vom Land in die Metropolen – durchschnittlich größer sein könnten. Auch hier bestätigt eine Kontrolle der Wohnentfernung diese Vermutung nicht: Das Ausschließen von Familien mit Kindern, die weiter als 100 km entfernt wohnen, verändert das Bild wiederum nicht.

Schließlich könnte aber auch argumentiert werden, die Koresidenz selbst stelle eine Unterstützungsleistung dar, oder würde instrumentelle Unterstützungsleistungen verschiedenster Art zumindest erleichtern, die in dieser Betrachtung schlicht „unter den Tisch fallen“. Insofern wäre in Abbildung 3 das Ausmaß der intergenerationalen Unterstützungsleistungen an die Älteren in jenen Ländern unterschätzt, in denen vergleichsweise viele Kinder mit ihren Eltern zusammenleben. Man würde ein realistischeres Bild erhalten, wenn Koresidenz in jedem Fall als Unterstützungsleistung gewertet würde. Diesem Argument muss aber mit einer Reihe von Gegenargumenten begegnet werden. Erstens könnte auch das Gegenteil der Fall sein – ob und ggf. in welchem Ausmaß z.B. erwachsene Söhne, die in Italien bei ihren Eltern wohnen, Arbeiten im Haushalt übernehmen, wäre eine zunächst empirisch zu untersuchende Frage. In den südlichen Ländern ist eine Koresidenz zwar relativ häufig, aber dies ist insbesondere bei den Jüngeren der Fall. Beispielsweise wohnen in Italien noch 81 Prozent der 50-59-Jährigen, 44 Prozent der 60-69-Jährigen und 22 Prozent der 70-79-Jährigen mit einem ihrer Kinder zusammen – in Deutschland liegen diese Anteile bei 40, 11 und 8 Prozent.¹⁴ Dies spricht zweitens dafür, dass die Koresidenz nicht unbedingt als Hilfeleistung der Kinder an die Eltern, sondern häufiger als Hilfe der Eltern an die Kinder interpretiert werden muss („Hotel Mama“) – nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Richtung der Unterstützungsleistung ist also unklar. Drittens geht Koresidenz in fast allen Ländern mit einer häufigeren Nennung von Konflikten mit Kindern einher, d.h. über die Qualität der Beziehung (und der geleisteten Unterstützungen) ist mit der Koresidenz keinesfalls entschieden. Beispielsweise berichten 52 Prozent der Befragten in Deutschland und 56 Prozent der Befragten in Italien von Konflikten mit ihren Kindern, wenn sie mit einem ihrer Kinder zusammen leben.¹⁵ Wohnen die beiden Generationen „unter einem Dach“, aber in getrennten Haushalten, liegen diese Anteile nur noch bei 34 und 33 Prozent. Aus diesen Gründen würde ein Einbezug der Koresidenz in die Berechnung des Ausmaßes der Unterstützungsleistungen, die tatsächlich an die Älteren fließen, klar überschätzen.

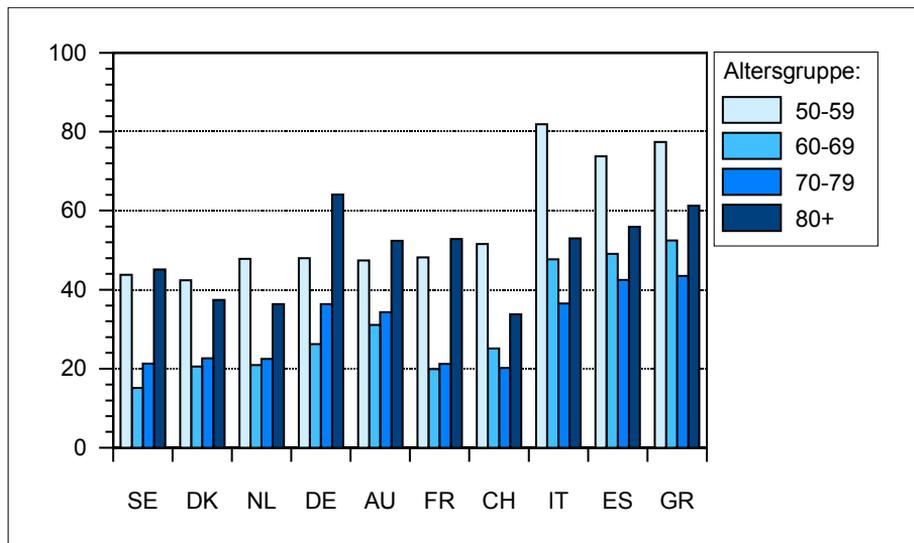
Wir können mangels Daten hier nur spekulieren und beispielsweise jenen Prozentsatz als Unterstützungsleistung an die Älteren werten, der sich bei Betrachtung der Kinder ergibt, die zwar im gleichen Haus, nicht aber im gleichen Haushalt leben, und ihre Eltern instrumentell unterstützen. Aber selbst wenn wir in dieser Hinsicht den maximalen Fehler in Kauf nehmen und alle Fälle von Koresidenz als Unterstützungsleistung an die Älteren werten, bleiben Unterstützungen an die Ältesten in Deutschland häufiger (Abbildung 4). Lediglich bei den unter 70-Jährigen weisen

14 Im gleichen Haus mit einem ihrer Kinder leben in diesen Altersgruppen weitere 9, 14 und 19 Prozent in Deutschland, in Italien 2, 11 und 24 Prozent.

15 Differenzen dieser Größenordnung sind in allen hier betrachteten Ländern zu beobachten.

die südlichen Länder nun höhere Anteile auf, was auf den genannten „Hotel Mama“-Effekt verweist. Aufgrund der geringen Anteile von Koresidenz in den nördlichsten Ländern fallen diese in dieser Betrachtung etwas zurück, aber insgesamt stützen auch diese Ergebnisse – trotz klarer Überschätzung der an die Ältesten geleisteten Hilfen in Ländern mit hohen Anteilen von Koresidenz – nicht die These des *crowding out*. Da uns keine hinreichenden Daten über die Unterstützungsbeziehungen innerhalb der Haushalte vorliegen, müssen wir davon ausgehen, dass die „richtigen“ Anteile derjenigen Älteren, die von ihren Kindern instrumentelle Unterstützungsleistungen erhalten, irgendwo zwischen jenen der Abbildungen 3 und 4 liegen (höchstwahrscheinlich näher an jenen der Abbildung 3). Damit muss die These des *crowding out* erneut zurückgewiesen werden, während die gegenteilige These eines *crowding in* – auch wenn sie auf diesem Wege keine eindeutige Bestätigung finden kann¹⁶ – weiterhin als Möglichkeit aufrechterhalten werden kann.

Abbildung 4: Instrumentelle Unterstützung der Kinder an die Älteren oder Koresidenz mit einem Kind (in Prozent)



Quelle: SHARE 2004 (Welle 1, release 1), gewichtet, Personen mit mind. einem Kind.

¹⁶ Dies u.a. auch deshalb, weil uns Daten über die Qualität der Beziehungen, der emotionalen Unterstützung usw. nicht vorliegen.

5 Diskussion und Ausblick

Auch wenn die Befundlage noch immer nicht in allen Punkten hinreichend scheint, spricht somit sowohl theoretisch wie auch empirisch wenig für die Annahme einer generellen Verdrängung der Familie durch einen gut ausgebauten Sozialstaat. Natürlich lässt sich eine Substitution der konkreten familialen Hilfeleistung bei entsprechendem staatlichen Hilfeangebot zu einem gewissen Grade immer nachweisen – wenn der Staat über Renten und Pensionen für das Alterseinkommen sorgt oder kommunale Pflegeangebote zur Verfügung stehen, muss die Familie diese Leistungen in diesem Maße nicht selbst erbringen. Wäre das nicht so, wäre die entsprechende Institution bzw. Regelung ineffektiv. Nur folgt daraus kein genereller Verfall der Familie. Es spricht im Gegenteil einiges dafür, dass der Effekt des *crowding in* stärker ausfällt und die Familienbeziehungen in vielfältiger Weise entlastet und gestärkt, aber auch soziales und gesellschaftliches Engagement insgesamt gefördert und ermöglicht werden, wenn die Älteren durch die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung maßvoll begünstigt werden. Zumindest stützen auch diese Befunde die inzwischen relativ zahlreichen Ergebnisse und Argumente, die gegen die Annahme einer generellen Verdrängung der Familie durch einen gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat angeführt wurden (z.B. Künemund/Rein 1999; Kohli 1999; Attias-Donfut 2000; Künemund/Motel 2000; Kohli/Künemund 2003; Motel-Klingebiel et al. in diesem Heft).

Auf theoretischer Ebene wären weiterhin Veränderungen der Zusammenhänge im Zeitablauf denkbar, also z.B. ein gewisses *crowding out* in frühen Phasen des Aufbaus sozialstaatlicher Leistungssysteme, während ab einem gewissen Niveau der Versorgung das *crowding in* wahrscheinlicher wird, oder auch unterschiedliche Wirkungen von Veränderungen im sozialstaatlichen Arrangement je nach Niveau der Alterssicherung. Denkbar wären auch „Mischungen“, wobei in Teilbereichen oder Teilpopulationen ein gewisses *crowding out* zu beobachten ist, in anderen hingegen ein *crowding in*. Die bisher vorliegenden empirischen Befunde, die sicher noch durch spezifischer zugeschnittene Studien zu erhärten wären, weisen in diesem Falle nur in die Richtung eines Überwiegens der Aspekte und Mechanismen des *crowding in*. Auch in diesen Fällen aber wäre z.B. für die gegenwärtige bundesrepublikanische Situation anzunehmen, dass ein Rückbau des Sozialstaats zumindest mit Blick auf die Älteren die Familie nicht stärken, sondern im Gegenteil schwächen würde.

Literatur

- Akiyama, H./Antonucci, T. C./Campbell R. (1990). Exchange and reciprocity among two generations of Japanese and American woman. In: Sokolowsky, J. (Ed.): *The cultural context of aging. Worldwide perspectives*. New York: Bergin & Garvey, pp. 127-138.
- Altonji, J. G./Hayashi F./Kotlikoff L. J. (1996). *The effects of income and wealth on time and money transfers between parents and children*. National Bureau of Economic Research, Working Paper 5522. Cambridge: NBER.

- Andreoni, J. (1989). Giving with impure altruism: Applications to charity and Ricardian equivalence. In: *Journal of Public Economics*, 97, pp. 1447-1458.
- Antonucci, T. C./Jackson J. S. (1990). The role of reciprocity in social support. In: Sarason, B. R./Sarason, I. G./Pierce, G. Pp. (Eds.): *Social support: An interactional view*. New York: Wiley, pp. 173-198.
- Attias-Donfut, C. (2000). Familialer Austausch und soziale Sicherung. In: Kohli, M./Szydlik M. (Hrsg.). *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, S. 222-237.
- Bernheim, D. B./Andrei Shleifer, A./Summers L. H. (1985). The strategic bequest motive. In: *Journal of Political Economy*, 93, pp. 1045-1076.
- Börsch-Supan, A./Ghokale, J./Kotlikoff L. J./Morris J. (1990). *The provision of time to the elderly by their children*. National Bureau of Economic Research, Working Paper 3363. Cambridge: NBER.
- Börsch-Supan, A./Brugiviani A./Jürges, H./Mackenbach J./Siegrist J./Weber G. (Eds.) (2005). *Health, ageing and retirement in Europe. First results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.
- Brauer, K. (2005). *Bowling together – Clan, Clique, Community und die Strukturprinzipien des Sozialkapitals*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Burgess, E. W. (1960). Aging in western culture. In: Burgess, E. W. (Ed.). *Aging in western societies*. Chicago: Chicago University Press, pp. 3-28.
- Cantor, M. H. (1979). Neighbors and friends: An overlooked resource in the informal support system. In: *Research on Aging*, 1, pp. 434-463.
- Cox, D. (1987). Motives for private income transfers. In: *Journal of Political Economy* 95, pp. 508-546.
- Cox, D./Jakubson G. (1995). The connection between public transfers and private interfamily transfers. In: *Journal of Public Economics*, 57, pp. 129-167.
- Cox, D./Rank M. R. (1992). Inter-vivos transfers and intergenerational exchange. In: *The Review of Economics and Statistics*, 74, pp. 305-314.
- Cox, D./Eser, Z./Jimenez E. (1996). *Motives for private transfers over the life cycle: An analytical framework and evidence for Peru*. Boston: Boston College Economics Working Paper No. 327.
- Cutler, D. M./Gruber J. (1996). Does public insurance crowd out private insurance? In: *Quarterly Journal of Economics*, 111, pp. 391-426.
- Daatland, S. O. (1990). What are families for? On solidarity and preference for help. In: *Ageing and Society*, 10, pp. 1-15.
- Daatland, S. O./Herlofson K. (Eds.) (2001). *Ageing, intergenerational relations, care systems, and quality of life – An introduction to the OASIS project*. Oslo: NOVA – Norwegian Social Research.
- Doty, P. (1986). Family care of the elderly: The role of public policy. In: *Milbank Quarterly*, 64, pp. 35-75.
- Finch, J./Mason, J. (1993). *Negotiating family responsibilities*. London: Routledge.
- Gerris, J. R. M./Grundmann M. (2002). Reziprozität, Qualität von Familienbeziehungen und die intergenerationale Transmission von Beziehungskompetenz. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 22, S. 3-24.
- Giarrusso, R./Silverstein M./Bengtson V. L. (1996). Family complexity and the grandparent role. In: *Generations*, 20, pp. 17-23.
- Glazer, A./Konrad K. (1996). A signaling explanation for charity. In: *American Economic Review*, 86, pp. 1019-1028.
- Gouldner, A. W. (1960). The norm of reciprocity: A preliminary statement. In: *American Sociological Review*, 25, pp. 161-178.

- Hauser, R./Strengmann-Kuhn W. (2004). *Armut in der älteren Bevölkerung in den Ländern der Europäischen Union. Bericht im Rahmen des Forschungsnetzwerks Alterssicherung/Verband Deutscher Rentenversicherungsträger*. Berlin: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (DRV-Schriften Band 54).
- Henretta, J. C./Hill M. S./Li, W./Soldo B./Wolf D. A. (1997). Selection of children to provide care: The effect of earlier parental transfers. In: *The Journals of Gerontology*, 52B (Special Issue), pp. 110-119.
- Hollstein, B./Bria G. (1998). Reziprozität in Eltern-Kind-Beziehungen. Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 8, S. 7-22.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1988). Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B13/88*, S. 3-13.
- Kaufmann, F.-X. (2005). *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Kohli, M. (1999). Private and public transfers between generations: Linking the family and the state. In: *European Societies*, 1, pp. 81-104.
- Kohli, M./Künemund H. (2003). Intergenerational transfers in the family: What motivates giving? In: Bengtson V. L./Lowenstein A. (Eds.). *Global aging and challenges to families*. New York: Aldine de Gruyter, pp. 123-142.
- Kohli, M./Künemund H./Motel A./Szydlik M. (1997). Generationenkonstellationen, Haushaltsstrukturen und Wohnentfernungen in der zweiten Lebenshälfte. Erste Befunde des Alters-Survey. In: Becker, R. (Hrsg.). *Generationen und sozialer Wandel. Generationendynamik, Generationenbeziehungen und Differenzierung von Generationen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 157-175.
- Kotlikoff, L. J./Morris, J. (1989). How much care do the aged receive from their children? A bimodal picture of contact and assistance. In: Wise, D. A. (Ed.). *The economics of aging*. Chicago: Chicago University Press, pp. 149-172.
- Koyano, W. (1995). Transition into old age. In: *Forum Demographie und Politik*, 8, S. 41-58.
- Kreps, J. M. (1977). Intergenerational transfers and the bureaucracy. In: Shanas, E./Sussman M. (Eds.). *Family, bureaucracy and the elderly*. Durham: Duke University Press, pp. 21-34.
- Künemund, H. (2000). Pflegetätigkeiten in der zweiten Lebenshälfte – Verbreitung und Perspektiven. In: Clemens W./Backes G. M. (Hrsg.). *Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 215-229.
- Künemund, H. (2002). Sozialstaatliche Leistungen und Familienbeziehungen im Alter – Verdrängung oder Ergänzung? In: Backes G. M./Clemens W. (Hrsg.). *Zukunft der Soziologie des Alter(n)s*. Opladen: Leske + Budrich, S. 167-181.
- Künemund, H./Hollstein B. (2000). Soziale Beziehungen und Unterstützungsnetzwerke. In: Kohli, M./Künemund H. (Hrsg.). *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen: Leske + Budrich, S. 212-276.
- Künemund, H./Motel A. (2000). Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationaler Hilfeleistungen und Transfers. In: Kohli, M./Szydlik M. (Hrsg.). *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, S. 122-137.
- Künemund, H./Rein M. (1999). There is more to receiving than needing: Theoretical arguments and empirical explorations of crowding in and crowding out. In: *Ageing and Society*, 19, pp. 93-121.
- Lewinter, M. (1999). *Spreading the burden of gratitude: Elderly between family and state*. Paper presented at the IVth European Congress of Gerontology, Berlin, July 7-11.
- Lowenstein, A./Ogg J. (Eds.) (2003). *OASIS – Old age and autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity*. Final Report. Haifa (Ms.).

- Lyberaki, A./Tinios P. (2005). Poverty and social exclusion: A new approach to an old issue. In: Börsch-Supan, A./Brugiviani A./Jürges H./Mackenbach J./Siegrist J./Weber G. (Eds). *Health, ageing and retirement in Europe. First results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, pp. 302-309.
- Mauss, M. (1968) [1923/24]. *Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt: Suhrkamp.
- McGarry, K./Schoenie, R. F. (1997). Transfer behavior within family: Results from the Asset and Health Dynamics Study. In: *The Journals of Gerontology*, 52B (Special Issue), pp. 82-92.
- Motel, A./Spieß K. (1995). Finanzielle Unterstützungsleistungen alter Menschen an ihre Kinder. Ergebnisse der Berliner Altersstudie (BASE). In: *Forum Demographie und Politik*, 7, S. 133-154.
- Motel, A./Szydlik M. (1999). Private Transfers zwischen den Generationen. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 28, S. 3-22.
- Motel-Klingebiel, A./Tesch-Römer, C. (2006, in diesem Heft). Familie im Wohlfahrtsstaat – zwischen Verdrängung und gemischter Verantwortung. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, 18, Heft 3, S. 290-314.
- Motel-Klingebiel, A./Tesch-Römer, C./von Kondratowitz H.-J. (2005). Welfare states do not crowd out the family: Evidence for mixed responsibility from comparative analyses. In: *Ageing and Society*, 25, pp. 863- 882.
- Norris, J. E./Tindale J. A. (1994). *Among generations – The cycle of adult relationships*. New York: Freeman.
- Perugini, M./Galluci M./Presaghi F./Ercolani A. P. (2003). The personal norm of reciprocity. In: *European Journal of Personality*, 17, pp. 251-283.
- Poterba, J. M./Ventti S. F./Wise D. A. (1993). *Do 401(k) contributions crowd out other personal saving?* National Bureau of Economic Research, Working Paper 4391. Cambridge: NBER.
- Qureshi, H. (1990). A research note on the hierarchy of obligations among informal carers – A response to Finch and Mason. In: *Ageing and Society*, 10, pp. 455-458.
- Qureshi, H. (1996). Obligations and support within families. In: Walker, A. (Ed.). *The new generational contract. Intergenerational relations, old age and welfare*. London: University College London Press, pp. 100-119.
- Reil-Held, A. (2005). *Crowding out or crowding in? Public and private transfers in Germany*. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (Ms.).
- Roberts, R. D. (1984). A positive model of private charity and public transfers. In: *Journal of Political Economy*, 92, pp. 136-148.
- Rosenmayr, L./Köckeis E. (1961). Sozialbeziehungen im höheren Lebensalter. In: *Soziale Welt*, 12, S. 214-229.
- Schiff, J. (1985). Does government spending crowd out charitable contributions? In: *National Tax Journal*, 38, pp. 535-546.
- Schoeni, R. F. (1997). Private interhousehold transfers of money and time: New empirical evidence. In: *Review of Income and Wealth*, 43, pp. 423-448.
- Schütze, Y. (1989). Intergenerationelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und ihren alten Eltern – Ergebnisse einer Pilotstudie. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, 3, Heft 1, S. 72-102.
- Sundström, G./Johansson L./Hassing L. B. (2002). The shifting balance of long term care in Sweden. In: *The Gerontologist*, 42, pp. 350-355.
- Tartler, R. (1961). *Das Alter in der modernen Gesellschaft*. Stuttgart: Enke.
- Tremmel, J. (1996). *Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft*. Frankfurt: Eichborn.

- Townsend, P. (1968). Welfare services and the family. In: Shanas, E./Townsend P./Wedderburn D./Friis H./Milhøj P./Stehouwer J. (1968). *Old people in three industrial societies*. New York: Atherton Press, pp. 102-131.
- Uhlenberg, P. (1980). Death and the family. In: *Journal of Family History*, 5, pp. 313-320.
- Uhlenberg, P. (1996). Mortality decline in the twentieth century and supply of kin over the life course. In: *The Gerontologist*, 36, pp. 681-685.
- Walker, A. (1991). The relationship between the family and the state in the care of older people. In: *Canadian Journal on Aging*, 10, pp. 94-119.
- Walker, A. (1996). Intergenerational relations and the provision of welfare. In: Walker, A. (Ed.). *The new generational contract. Intergenerational relations, old age and welfare*. London: University College London Press, pp. 10-36.

Eingereicht am: 12.10.2005

Akzeptiert am: 06.07.2006

Anschrift des Autors und der Autorin

Prof. Dr. Harald Künemund
Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL)
Institut für Gerontologie
Hochschule Vechta
Driverstraße 23
D-49377 Vechta

Email: hk@fall-berlin.de

Claudia Vogel, M.A.
Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL)
Institut für Soziologie
Freie Universität Berlin
Garystraße 55
D-14195 Berlin

Email: cv@fall-berlin.de

Andreas Motel-Klingebiel & Clemens Tesch-Römer

Familie im Wohlfahrtsstaat – zwischen Verdrängung und gemischter Verantwortung

Families in modern welfare states – Between crowding out and mixed responsibility

Zusammenfassung

Dieser Beitrag diskutiert aus einer international vergleichenden Perspektive die Ausgestaltung informeller und formeller Hilfe- und Unterstützungsleistungen für ältere Menschen. Dabei bezieht er sich insbesondere auf das Spannungsverhältnis zwischen inter- und intragenerationaler familialer Hilfe und wohlfahrtsstaatlich organisierten Unterstützungen. Während die ‚Substitutionshypothese‘ in einer großzügigen wohlfahrtsstaatlichen Versorgung älterer Menschen ein Potential zur Verdrängung der Familie als Unterstützungssystem sieht („crowding out“), geht die ‚Hypothese der Verstärkung‘ von einer Stimulation familialer Hilfen durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen aus („crowding in“). Die ‚Hypothese der gemischten Verantwortung‘ prognostiziert derweil, dass eine verbesserte Serviceinfrastruktur vor allem die intensivierte Mischung informeller und formeller Hilfe- und Unterstützungsleistungen nach sich zieht. Die ‚Hypothese der funktionalen Differenzierung‘ schließlich nimmt darüber hinaus an, dass diese Mischung nicht unspezifisch erfolgt, sondern sich charakteristische Zuständigkeiten herausbilden.

Der Beitrag berichtet empirische Ergebnisse des Forschungsprojekts OASIS – *Old Age and Autonomy: The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity*. Grundlage ist eine nach Alter geschichtete urbane Stichprobe von 6.106 Per-

Abstract

In this paper, informal and formal provision of help and support for older people will be discussed in a welfare state comparative perspective, focussing on the relation between intergenerational family help and welfare state support. A range of research hypotheses is illuminated and tested. While the ‘substitution’ hypothesis states that generous provision of welfare state services may potentially crowd out family help to older people, the ‘encouragement’ hypothesis predicts the crowding in of family help. In addition, the hypothesis of ‘mixed responsibility’ predicts a combination of help and support by families and services – and, at last, the hypothesis of ‘functional differentiation’ assumes a specific mix with distinct and characteristic responsibilities of the named societal institutions.

Results come from the research project OASIS – *Old Age and Autonomy: The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity*. This European comparative data is based on disproportionately age-stratified random samples of the urban population (25 years and older) in Norway, England, Germany, Spain, and Israel (n=6.106).

Findings show that total help received is more common in welfare states with a strong infrastructure of formal services. Moreover, statistical controls for social

sonen im Alter von mehr als 25 Jahren aus Norwegen, England, Deutschland, Spanien und Israel. Die Analyse zeigt, dass die Gesamtheit der von älteren Menschen empfangenen Hilfe in jenen Wohlfahrtsstaaten deutlich größer ist, die eine ausgeprägte Infrastruktur von formellen Dienstleistungen aufweisen. Unter Kontrolle von Sozialstrukturindikatoren, gesellschaftlichen Normen und individuellen Präferenzen, gesundheitlichen Einschränkungen sowie familialen Opportunitätsstrukturen lassen sich dabei keine Hinweise auf eine substantielle ‚Verdrängung‘ familialer Hilfen finden. Die Ergebnisse unterstützen stattdessen die Hypothesen einer ‚gemischten Verantwortung‘ und ‚funktionalen Differenzierung‘. Sie deuten darauf hin, dass in Gesellschaften mit gut entwickelten Dienstleistungsinfrastrukturen die Hilfe aus familialen und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen häufig kumulativ vorzufinden sind und so auf die Lebensqualität im Alter wirken, während solche Mischungen in familial orientierten Wohlfahrtsregimes bei zugleich insgesamt geringerer Verbreitung von Hilfen nur selten vorkommen.

Schlagworte: Alter, Familie, Hilfebedarf, intergenerationale Unterstützung, Wohlfahrtsstaat, Gesellschaftsvergleich

structure, preferences and familial opportunity structures bring in no evidence of substantial crowding out of family help. On the contrary, results support the hypothesis of ‘mixed responsibility’ and ‘functional differentiation’, as they point to the fact that in societies with well-developed service infrastructures, help from families and welfare-state services act accumulatively in the support of quality of life of older people. Help and support is less likely and support mixes are unusual in family-oriented welfare regimes.

Keywords: old age, family, need for care, intergenerational support, welfare-state comparisons

Einführung

Die Alterung der Gesellschaften entwickelt sich zusehends zu einem globalen Phänomen. Zunehmend hohe Lebenserwartung und die Verlagerung des Sterbegeschehens ins hohe Lebensalter haben zu einem bedeutenden Anstieg der absoluten Zahl älterer Menschen geführt. Verstärkt durch teils sehr niedrige Geburtenraten wird dies insbesondere künftig zu einem deutlichen langfristigen Anstieg auch des Anteils Älterer in der Bevölkerung führen. In den modernen europäischen Gesellschaften stehen diese – aktuellen und künftigen – drastischen demographischen Verschiebungen im engen Zusammenhang mit den Tendenzen der Globalisierung und der europäischen Integration, den neuen Anforderungen der beruflichen Flexibilität, der regionalen Mobilität und der Migration. Von besonderem Interesse für die Soziologie der Familie, die Lebenslaufsforschung und die Alterssoziologie sind die Implikationen dieses Altersstrukturwandels für die Aufgabenteilung zwischen Familie, Wohlfahrtsstaat und dem freiwilligen Sektor bei der Versorgung von älteren

Menschen sowie für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität nicht nur im Alter sondern insbesondere auch für jene Personen, die sich mit wachsendem Hilfe- und Unterstützungsbedarf einer steigenden Zahl älterer Familienmitglieder konfrontiert sehen. Diese Implikationen haben erhebliche aktuell-sozialpolitische Relevanz für jene europäischen Staaten, in denen sich ein weit reichender demographischer Wandel seit Jahrzehnten vollzieht oder für die nahe Zukunft in Aussicht steht. Obwohl die Staaten Europas durchaus durch unterschiedliche Wohlfahrtsregimes geprägt sind (Esping-Andersen 1999, 1990), bearbeiten alle Gesellschaften gleichermaßen die Frage nach der Zuteilung der Verantwortung für die Unterstützung ältere Menschen systematisch und mit erheblichem Aufwand. Die Resultate sind geprägt durch spezifische Pfadabhängigkeiten, durchaus unterschiedliche gesellschaftlich-kulturelle Rahmenbedingungen und politische Entscheidungen. Doch in allen Fällen kommt der Familie und der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung eine besondere Bedeutung zu. Im vorliegenden Beitrag wird daher die Wechselbeziehung zwischen den gesellschaftlichen Institutionen der Familie und des Wohlfahrtsstaates bei der Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung für ältere Gesellschaftsmitglieder aus soziologischer und sozialpolitischer Perspektive konzeptionell erschlossen und untersucht.

Die klassische Familiensoziologie (z.B. Parsons 1943) wie auch verschiedene ökonomische Ansätze gehen ganz grundsätzlich davon aus, dass Familie und Wohlfahrtsstaat bei der Bereitstellung von Unterstützung der Gesellschaftsmitglieder miteinander konkurrieren und sich wechselseitig substituieren können (Aboderin 2004). Gemäß dieser im Grundsatz modernisierungstheoretischen These fördert die Entwicklung eines leistungsfähigen Wohlfahrtsstaates mit seinen Umverteilungs- und Dienstleistungssystemen eine Verminderung der Bedeutung der Familie als gesellschaftlichem Sicherungssystem, da wesentliche Bedarfe durch leicht verfügbare und günstig erlangbare gesellschaftliche Hilfen bereits befriedigt sind: Der moderne Wohlfahrtsstaat verdrängt die familiäre Initiative zur Unterstützung ihrer älteren Mitglieder (Künemund 2002; Dallinger 2002). Informelle Unterstützung wird im Rahmen eines reflexiven gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses sukzessive immer weiter durch formelle Leistungen ersetzt (vgl. Cox 1987a; Schoeni 1994; Cox & Jakubson 1995; Costa 1996) und damit wird auch die Reziprozität in Eltern-Kind-Beziehungen (vgl. Silverstein, Conroy, Wang, Giarusso & Bengtson 2002) in Mitleidenschaft gezogen. Diese These ist mit teilweise widersprüchlichen Ergebnissen von vielen Disziplinen und aus diversen Perspektiven (vgl. Litwak 1985; Lyons & Zarit 1999) erörtert worden. Die These der ‚Substitution‘ wird von Ökonomen gern befördert, jedoch von Familien- und Alterssoziologen zunehmend in Frage gestellt, in dem sie auf das komplexe Verhältnis zwischen familialer Hilfe und wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen hinweisen (Daatland, Herlofson, Motel-Klingebiel & Zeman 2003; Kohli, Künemund, Motel & Szydlik 1999; Kohli 1999). Familie und Staat sind Teil eines vielschichtigen Transferarrangements in modernen Gesellschaften, und es erscheint möglich, dass sich im Wesentlichen sogar wechselseitig stützen könnten. Erste empirische Einsichten in das Verhältnis zwischen formellen und informellen Hilfeleistungen werden von Künemund und Rein (1999) vorgetragen, die anhand allerdings begrenzter gesellschaftsvergleichender Daten ein

‚crowding in‘ (Anregung familialer Hilfe durch die Bereitstellung formeller Leistungen) als wahrscheinlicher erscheinen lassen als ‚crowding out‘-Effekte (Minde- rung familialer Hilfe in Reaktion auf die Verfügbarkeit Serviceinfrastrukturen) nachweisen. Man könnte demnach behaupten, dass ein umfassendes Angebot an formellen Diensten und die Möglichkeit ihrer Inanspruchnahme es den Familien ermöglicht, informelle Hilfe selbst bei einer Intensivierung des Bedarfs der Älteren bereitzustellen und fortzusetzen. Darüber hinaus könnte dies auch einen Rahmen liefern, in dem Familien und Serviceinfrastrukturen gerade jene Leistungen beisteuern, zu denen sie am besten geeignet sind. In einer Struktur ‚gemischter Verantwortlichkeiten‘ können sich formelle und informelle Unterstützungssysteme ergänzen und im Sinne einer funktionalen Differenzierung in der Versorgung älterer Menschen spezialisierte Rollen übernehmen und damit Effizienz sichern helfen (vgl. Cox 1987b; Lingsom 1997). Funktionale Differenzierung als solche ist eine zutiefst moderne Erscheinungen und die Frage nach funktionaler Differenzierung im Bereich der Hilfe- und Unterstützung im Alter ist hinsichtlich ihrer Konsequenzen soziologisch weitreichend. Sie weist über die Familien- und Alterssoziologie im engen Sinne hinaus. Inwieweit sich aus dieser Spezialisierung bestimmte Folgeprobleme ergeben, die funktional ausdifferenzierte Subsysteme aufgrund ihrer spezifischen Modi der Problembearbeitung hervorrufen können, muss an dieser Stelle vorerst offen bleiben. Eine wesentliche Perspektive bleibt in dieser Diskussion bisher außen vor – jene der Unterstützten. Es stellt sich dementsprechend aus gerontologischer Perspektive weniger die bloße Frage nach der Konkurrenz verschiedener Hilfequellen für Ältere und deren Konsequenz sondern jene nach der Optimierung der den älteren Gesellschaftsmitgliedern zur Sicherung ihrer Lebensqualität bei zunehmenden Hilfebedarf verfügbaren Unterstützung. Beiden Perspektiven, der familiensoziologischen wie der alternswissenschaftlichen, soll im Folgenden nachgegangen werden.

In einem sozialpolitischen Kontext führt die Debatte über Formen und Ausmaß der Unterstützung für Ältere und über das Verhältnis zwischen formellen und informellen Leistungen zu den zentralen Fragen, ob Familien eine Reduzierung wohlfahrtstaatlicher Transfers durch eigene Leistungen hinreichend und ohne problematische Verteilungswirkungen kompensieren könnten (BMFSFJ 2002; Fux 2003; Johansson, Sundstroem & Hassing 2003) bzw. ob die Unterstützung von Älteren durch die Rücknahme bzw. Umstrukturierung von sozialen Diensten und Serviceinfrastrukturen in Gefahr geraten kann. Letztlich ist es ein zentrales sozialpolitisches Ziel, die Lebensqualität von älteren und jüngeren Bürgern zu verbessern, weshalb die Effizienz sozialpolitischer Interventionen zu bewerten und ihre Alternativen in der empirischen Beobachtung und Analyse abzuwägen sind (Noll & Schoeb 2002). Die Überprüfung von Bedarfen und Ressourcen, die Evaluierung des Unterstützungsgeschehens mit ihren Mischungen von Unterstützungsquellen und die Untersuchung zentraler Outcomes wie Lebensqualität und Wohlbefinden sind daher von hoher Relevanz (Daatland & Herlofson 2001; Tesch-Römer, Motel-Klingebiel & Kondratowitz 2002).

Komparative alternswissenschaftliche Forschungsansätze (Daatland & Motel-Klingebiel 2005) sind zur Prüfung der alternativen Hypothesen von ‚Substitution‘,

„Stützung“ und „gemischter Verantwortung“ informeller und formeller, d.h. vorrangig familialer und wohlfahrtsstaatlicher Hilfe- und Unterstützungssysteme für Ältere gefordert. Erst ein Vergleich zwischen Gesellschaften, die im Ausmaß und in der Universalität formeller Versorgungsangebote variieren, liefert valide Aussagen über die Wechselwirkung von Wohlfahrtsstaat und Familien. Formelle Dienstleistungsinfrastrukturen sind im Wesentlichen ein Teil gesellschaftlicher Sicherungs- und Umverteilungssysteme, kurz: moderner Wohlfahrtsstaaten (vgl. Barr 1993; Esping-Andersen 1998; Ritter 1989; Schulte 1998). Typologien von Wohlfahrtsregimes sind vielfach beschrieben worden. Sie variieren neben dem Umfang und der Reichweite sozialpolitischer Interventionen insbesondere gemäß der Frage nach dem Vorrang verschiedener Sicherungsinstitutionen. So übernehmen in der klassischen Unterscheidung von Titmuss „residuale“ Wohlfahrtsstaaten erst dann Verantwortung, wenn die Familie oder der Markt versagt, d.h. Leistungen nicht auf diesen Wegen erhalten werden können. „Institutionelle“ Wohlfahrtsstaaten hingegen bieten universelle Leistungen und Sicherung (Titmuss 1963, 1987). Esping-Andersen (1990, 1999) legt sich in seiner berühmten Weiterentwicklung anfangs auf drei Haupttypen von Wohlfahrtsregimes fest: „liberale“ Wohlfahrtsstaaten wie in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Australien bieten demnach vorrangig bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen auf niedrigem Niveau an und sind durch den Vorrang privat organisierter Sicherung geprägt, „konservativ-korporatistische“ Wohlfahrtsstaaten wie in Deutschland, Frankreich und Italien sind durch versicherungsbasierte Leistungen gekennzeichnet und verweisen darüber hinaus im Bedarfsfall auf subsidiäre, vor allem familiäre Hilfesysteme, die allenfalls grundsichernd, d.h. im Rahmen der Armutsvermeidung, gesellschaftlich gestützt sind. „Sozialdemokratische“ Wohlfahrtsstaaten wie Schweden und Norwegen garantieren hingegen weitgehend unabhängig von der Verfügbarkeit familialer Hilfen umfangreiche Leistungen und Dienste auf hohem Niveau. Jüngst scheinen weitere Regimetypen wie z.B. das mediterrane Modell Spaniens hinzugekommen, wenngleich noch nicht konzeptionell vollends integriert worden zu sein. War Spanien noch vor einer Generation als „residualer Wohlfahrtsstaat“ zu bezeichnen, so haben sich in Spanien in der jüngeren Vergangenheit rapide soziale und wirtschaftliche Veränderungen vollzogen. Die spanische Gesellschaft erlebt – ausgehend von einem bemerkenswerten Rückgang der Geburtenrate – spezifische demographische Spannungen, die u.a. eine Debatte über die Zukunftsperspektiven in der Alterspflege ausgelöst haben. Modernisierungsprozesse innerhalb der spanischen Gesellschaft beeinflussen – besonders in städtischen Gebieten – zusätzlich die familialen Beziehungen und sozialen Netzwerke und äußern sich in Veränderungen von Normen und Werten (vgl. Kondratowitz 2003).

Bezüge auf das Konzept der Wohlfahrtsregimes konzentrieren sich in dieser Studie vorrangig auf die Verfügbarkeit formeller Dienste für bedürftige ältere Menschen und die Rolle der Familie in diesen Systemen. Weitere Aspekte wie das Vorhandensein von Unterstützungspotentialen (z.B. das Vorhandensein von Familienangehörigen, vor allem Kinder) und kulturelle Kontexte (z.B. Normen und Präferenzen hinsichtlich der Unterstützungsleistungen) sind ebenfalls in Betracht zu ziehen. Informelle Unterstützung ist schließlich nur dann möglich, wenn entsprechende strukturelle Potenziale und der Wunsch nach ihrer Inanspruchnahme bestehen. Entsprechend muss eine Untersu-

chung der Unterstützung für ältere Menschen sowohl das Vorhandensein von Kindern (und anderen Verwandten) als auch die sonstigen Merkmale familialer Netzwerke berücksichtigen (Wenger, Scott & Patterson 2000). Individuen und ihre Familien unterscheiden sich zudem in ihren Präferenzen und in ihren normativen Vorstellungen über Unterstützungsleistungen: familiäre Unterstützung ist nur dann zu erwarten, wenn die Bereitschaft zu Bereitstellung und Inanspruchnahme dazu vorhanden ist und die Zuständigkeit bejaht wird. Manche ziehen informelle und manche formelle Hilfe vor. Obwohl individuelle Orientierungen zu ‚Wohlfahrtsstaat‘ oder ‚Familie‘ als Versorger eng an die kulturellen Kontexte geknüpft sind, können individuelle Präferenzen und Normen variieren. Daatland und Herlofson publizierten im Jahr 2003 auf Grundlage der OASIS-Daten (Lowenstein & Ogg 2003) eine Analyse der normativen Aspekte familialer Solidarität – die vorliegende Studie erweitert diese Analyse grundlegend, indem ein Mehrebenenansatz verwendet wird, der auf Hilfe und Unterstützung als Ergebnis komplexer gesellschaftlicher Bedingungsgefüge abhebt.

Datenbasis

Dieser Beitrag verwendet Daten aus dem internationalen vergleichenden Forschungsprojekt *OASIS: Old Age and Autonomy – The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity*. OASIS stellt u.a. Daten über formelle und informelle Unterstützung in Norwegen, England, Deutschland, Spanien und Israel bereit (Lowenstein & Ogg 2003). Diese Länder repräsentieren divergierende Wohlfahrtsregimes mit unterschiedlichen Arten von Serviceinfrastrukturen, politischen Kulturen und familienpolitischen Koordinaten (vgl. Kondratowitz 2003). Tabelle 1 zeigt ausgewählte Merkmale der wohlfahrtsstaatlichen Regimes und der Familienpolitik in diesen Ländern. Da Norwegen, England und Deutschland als Beispiele für die oben geschilderten und bei Esping-Andersen hinreichend beschriebenen ‚sozialdemokratischen‘, ‚liberalen‘ und ‚konservativ-korporatistischen‘ Wohlfahrtsregimes dienen, werden nachfolgend die wohlfahrtsstaatlichen Rahmungen nur für Spanien und Israel ausführlicher beschrieben.

Spanien kann als ‚mediterrane‘ Wohlfahrtsstaat mit einer weiterhin schwachen wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur für pflegebedürftige, ältere Menschen gekennzeichnet werden. Obwohl Familienmitglieder noch immer als primäre Quelle von Unterstützung gelten, sind die neueren familienpolitische Debatten von einer klaren Distanzierung zur Franco-Ära und natalistischen Traditionen geprägt. Israel ist kann als gemischter Typ des Wohlfahrtsstaat mit Wurzeln und Einflüssen aus durchaus sehr verschiedenen Traditionen beschrieben werden. Seit Staatsgründung war die vergleichsweise umfangreichen wohlfahrtsstaatliche Intervention und Serviceinfrastrukturen insbesondere auch darauf ausgerichtet, Migranten zu unterstützen. Sozialpolitische Maßnahmen unterstreichen die Rolle der Familie und haben pro-natalistische Elemente. Schließlich soll auch darauf hingewiesen werden, dass Spanien wie auch Israel – ähnlich wie Deutschland – innerhalb bestimmter Grenzen die Familie gesetzlich dazu verpflichten, (ältere) Familienmitglieder bei Bedarf wirtschaftlich zu unterstützen.

Tabelle 1: Wohlfahrtsstaatstypologien und familienpolitische Charakteristika

	Norwegen	England	Deutschland	Spanien	Israel
Wohlfahrtsstaatsregime nach Esping-Andersen	Sozialdemokratisch	Liberal	Konservativ-korporatistisch	Mediterran	Gemischt
Typen des Wohlfahrtsstaates nach Titmus	Institutionell	Residual	Sozialversicherungsmodell	–	–
Verfügbarkeit von Diensten für ältere Menschen	Hoch	Mittel	Mittel	Gering	Hoch
Diskurse zur Familienpolitik	Orientierung an der Frauenbewegung/Geschlechterpolitik	Kinder- bzw. armutspolitisch legitimiert	Traditionell Sicherung der Familie, aktuell Geschlechterpolitik	Antifranzösische/antitalistische Orientierungen vorherrschend	Sicherung der Familie, natalistische Begründungen möglich
Vereinbarkeit v. Familienarbeit u. Erwerbsarbeit	Ja (nationales Politikziel)	Ja	Ja (gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion präsent)	Nein (im Entstehen)	Ja (differenziert nach Einwanderungspopulationen)
Gesetzliche Verpflichtung zur familialen Unterstützung Älterer	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität – allerdings Pflegeversicherung)	Ja (erste Überlegungen zur Pflegeabsicherung)	Ja (allerdings Pflegeversicherung)

Quelle: von Kondratowitz 2003, 51, Abbildung 3.

Hypothesen

In der Untersuchung des Verhältnisses der verschiedenen Unterstützungssysteme werden nachfolgend Fragestellungen auf der Makroebene (wohlfahrtsstaatliche Struktur), Mesoebene (Familienstruktur) und Mikroebene (normative Orientierungen) untersucht. Wenn auf der Makroebene des Wohlfahrtsstaatsvergleichs die Hypothese der ‚Substitution‘ bzw. ‚Verdrängung‘ zutrifft, müssten ältere Menschen in großzügigen Wohlfahrtsstaaten (z.B. Norwegen und Israel) häufiger formelle Dienste und seltener familiäre Unterstützung als in weniger großzügigen Wohlfahrtsstaaten (z.B. England, Deutschland, Spanien) erhalten. Wenn die Hypothese der ‚Anregung‘ zutrifft, würden ältere Menschen in großzügigen Wohlfahrtsstaaten mehr familiäre Hilfe als solche in weniger großzügigen Wohlfahrtsstaaten erhalten. Dabei sollte es – per definitionem – in großzügigen Wohlfahrtsstaaten stets ein hohes Maß

an formeller Unterstützung geben. Wenn die Hypothese der ‚gemischten Verantwortung‘ zutrifft, müssten ältere Menschen in großzügigen Wohlfahrtsstaaten sowohl formelle als auch familiäre Unterstützung erhalten als in weniger entwickelten.

Im Hinblick auf die Meso- und Mikroebene der *strukturellen Möglichkeiten und wohlfahrtsstaatlichen Orientierung* wird davon ausgegangen, dass individuelle und familiäre Merkmale den Bezug von Unterstützung beeinflussen. Partnerschaftsstatus, Gesundheitsstatus und Alter sind wichtige Variablen für Möglichkeiten und Bedarf. Analysen anhand der OASIS-Daten können zeigen, dass z.B. Unverheiratete und Geschiedene weniger familiäre Hilfe und mehr formelle Dienste erhalten als Verheiratete. Zusätzlich zu der sozialstrukturellen Stellung und dem Unterstützungsbedarf des Einzelnen (Alter, Geschlecht, Partnerschaftsstatus, Bildungsgrad, soziale Schicht und Gesundheit) können zwei weitere Eigenschaften die Quelle, die Art und das Ausmaß der Unterstützung beeinflussen: die strukturellen Möglichkeiten und die wohlfahrtsstaatliche Orientierung. Erstens werden mit steigender Anzahl der Kinder (strukturelle Möglichkeit) die Chancen der Älteren erhöht, familiäre Hilfe zu erhalten, d.h. die Anzahl der Kinder korreliert positiv mit familiärer Unterstützung. Zweitens werden Menschen mit stark ausgeprägter wohlfahrtsstaatlicher Orientierung weniger familiäre und mehr formelle Hilfe nachfragen und schließlich erhalten als diejenigen mit familienorientierten normativen Überzeugungen.

Methoden

Das international vergleichende Forschungsprojekt „OASIS – Old Age and Autonomy: The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity“ befasst sich vorrangig mit Lebensqualität im Alter und der Relevanz und Bedeutung von Servicesystemen, Familie und familiärer Unterstützung (Tesch-Römer, Motel-Klingebiel & Kondratowitz 2003). Es ist das Hauptziel, das Verhältnis zwischen privaten und formellen Unterstützungssystemen zu untersuchen und das Zusammenwirken dieser beiden Formen in seinen Auswirkungen auf individuelle Lebensqualität zu betrachten. Das Projekt kombiniert in der Datensammlung qualitative und quantitative Ansätze und erlaubt so die Triangulation der Ergebnisse.¹

1 Für detaillierte Ausführungen zur quantitativen Methodologie der Studie vgl. Motel-Klingebiel, Tesch-Römer & Kondratowitz (2003); für Informationen zu der qualitativen Studie vgl. Phillips & Ray (2003).

Tabelle 2: Die OASIS-Datenbasis: Surveystichprobe (25+ urbanen Regionen, Bevölkerung in privaten Haushalten)

	Norwegen	England	Deutschland	Spanien	Israel	Gesamt
25-74	790	799	798	816	840	4.043
75+	413	398	499	385	368	2.063
Gesamt	1.203	1.197	1.297	1.201	1.208	6.106

Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003), siehe Motel-Klingebiel, Tesch-Römer & von Kondratowitz 2003: 68.

Die Länderstichproben – In jedem der beteiligten Länder wurden altersgeschichtete, repräsentative Stichproben der städtischen Bevölkerung in privaten Haushalten im Alter von 25 und mehr Jahren mit einem Gesamtumfang von n=6.106 befragt, wobei diejenigen im Alter von 75 und älter überrepräsentiert waren (vgl. Tabelle 2). Die Datenerhebungen fanden zwischen September 2000 und Mai 2001 statt. Die disproportionale Stichprobenschichtung wird bei Angabe von Bevölkerungsparametern durch die Verwendung entsprechender Poststratifizierungsgewichte ausgeglichen.² Die Stichprobenstrategien variierten zwischen den fünf Ländern – es war das Ziel, die Stichprobenziehung nach nationalem ‚best practice‘ zu optimieren.³ Da damit unterschiedliche Stichprobeverfahren angewandt wurden (Random-Route- und Registerstichproben), kann eine vollständige Analyse der Stichprobenselektivität nur in Deutschland durchgeführt werden (vgl. Motel-Klingebiel & Gilberg 2002). Hier liegt die Antwortquote bei 41,2 Prozent. Für alle Länder fanden Vergleiche der Stichprobenstruktur mit Referenzdaten von EuroStat und aus nationalen Quellen statt, die allerdings keine substantiellen Verzerrungen der Stichproben belegen (Motel-Klingebiel, Tesch-Römer & Kondratowitz, 2003).

Das Instrument – Die OASIS-Surveydaten berücksichtigen u.a. soziodemographische Merkmale (einschließlich Bildungsgrad, Stellung im Erwerbsleben und Einkommen), subjektive Gesundheit und physische Einschränkungen, Inanspruch-

2 In Norwegen und Israel wurden alle vorhandenen großstädtischen Ballungsräume (jeweils drei) berücksichtigt, während in Spanien alle städtischen Gebiete mit 100.000 oder mehr Einwohnern einbezogen wurden. In England wurden sechs Ballungsräume mit 120 Stadtbezirken ausgewählt, die für urbane Bereiche des Landes repräsentativ sind. In Deutschland wurde eine Zufallsstichprobe von 31 Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern gezogen. Für weitere Informationen über die Stichprobeverfahren vgl. Motel-Klingebiel et al. (2003). Der weitaus größte Teil der Bevölkerung in den fünf Ländern lebt in „städtischen Siedlungen“; allerdings sind die länderspezifischen Definitionen einer „städtischen Siedlung“ so unterschiedlich, dass ein direkter Vergleich auch Grundlage der von den nationalen Statistischen Ämtern bereitgestellten Daten kaum möglich ist.

3 In Spanien und Israel wurde zur Identifizierung der Befragten ein Random-Route-Verfahren angewandt. In Deutschland wurden Melderegisterstichproben gezogen. In Norwegen wurden Random-Route- (25- bis 74-Jährige) und Telefonregisterstichproben (75-Jährige und Ältere) benutzt. In England dienten Register der Wahlberechtigten in Verbindung mit einem Kodierungssystem zur Einschätzung des Lebensalters der Befragten anhand von Vornamenratings als Basis für die Ziehung der Individualstichprobe. Für weitere Informationen über die Stichprobeverfahren vgl. Motel-Klingebiel et al. (2003).

nahme von Dienstleistungen, familiäre Struktur und Beziehungen (einschließlich Unterstützung), Normen und Präferenzen sowie die subjektive Lebensqualität (Lorenstein et al. 2002).

Hilfe und Unterstützung werden durch drei Items zu (a) Hausarbeiten (Putzen oder Kleiderwäsche), (b) Transport oder Einkaufen und (c) persönliche Pflege (wie Krankenpflege oder Hilfe bei Waschen oder Anziehen) gemessen. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie innerhalb der letzten 12 Monate Hilfe bei diesen Aufgaben erhalten hätten und wenn ja, ob diese von Familienmitgliedern (innerhalb oder außerhalb des Haushalts), von formellen Diensten (öffentlicher Sektor, karitative Organisationen, kommerzielle Dienste, private Haushaltshilfen), oder aus anderen Quellen stammte (z.B. Freunden oder Nachbarn).

Normative Orientierungen und Präferenzen werden mit fünf Items gemessen. Erstens werden die Teilnehmer gebeten, zu beurteilen, wie viel Verantwortung jeweils die Familie und der Wohlfahrtsstaat für ältere bedürftige Personen in drei Dimensionen tragen sollten: (a) finanzielle Unterstützung, (b) Hilfe bei Hausarbeit, und (c) Hilfe mit persönlicher Pflege. Einschätzungen wurden in einer vorgegebenen 5-stufigen Likert-Skala mit den Extremen ‚vollständige familiäre Verantwortung‘ und ‚vollständige wohlfahrtsstaatliche Verantwortung‘ eingeordnet. Zweitens bewerteten die Teilnehmer ihre eigenen Wohnpräferenzen für den Fall, dass sie im Alter nicht mehr unabhängig leben könnten (Optionen: ‚zusammen mit einem Kind‘ und ‚Altenwohn- oder Pflegeheim‘), und ihre Präferenzen für Hilfe im Falle langfristigen Unterstützungsbedarfs (Optionen: ‚familiäre Hilfe, ‚Hilfe von formellen Diensten‘ oder ‚Hilfe von anderen‘). Die Antworten zu diesen fünf Items werden in einer Hauptkomponenten-Analyse zusammengefasst, die eine Einfaktorlösung ergab. Dieser Faktor kann als ‚normative Orientierung‘ beschrieben werden (Abbildung 1). Hohe Werte des resultierenden Faktors verweisen auf eine ‚wohlfahrtsstaatliche Orientierung‘ (Angabe vor allem wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung und hohe Präferenz für formelle Dienste) während niedrige Werte auf eine ‚Orientierung an familiärer Unterstützung‘ deuten. Norweger zeigen die höchste wohlfahrtsstaatliche Orientierung und Spanier die höchste Orientierung in Richtung auf die Familie. Die vorgenommene lineare Schätzung wurde durch eine nichtlineare Analyse geprüft, die die lineare Lösung stützte.

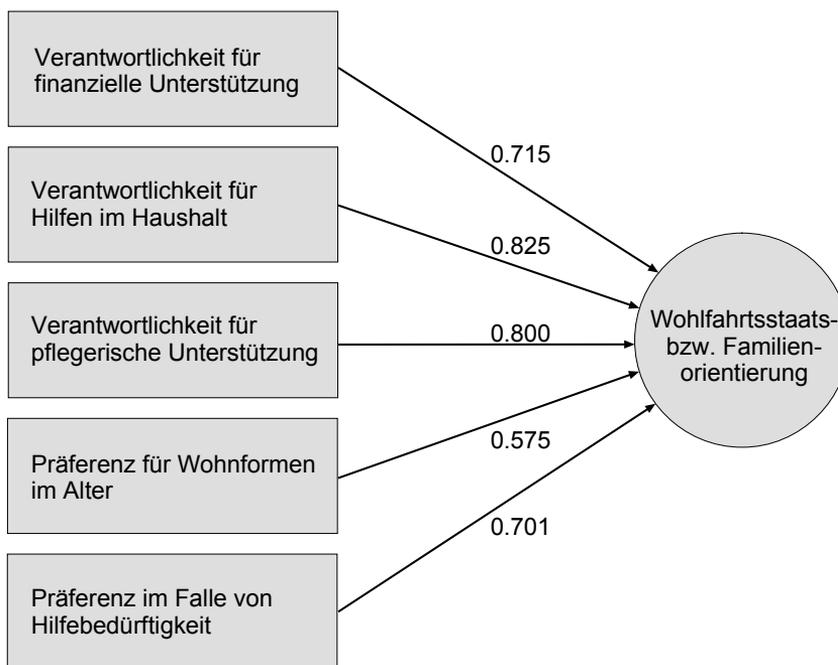
Zur Messung des Bildungsniveaus werden die Angaben zur schulischen und beruflichen Bildung herangezogen. Es werden drei Bildungslevels definiert. Ein Besuch der Pflichtschule ohne darüber hinausgehende berufliche Bildung kennzeichnet ein niedriges Bildungsniveau, während die Kombination von basaler Schulbildung und beruflicher Bildung bzw. der Besuch einer weiterführenden Schule ohne nachfolgenden Berufsbildungsabschluss als mittleres Niveau bezeichnet wird. Alle höheren Abschlüsse einschließlich der Hochschulausbildung werden als höheres Niveau bestimmt.

Die Schichtzugehörigkeit wird aufgrund der (aktuellen oder letzten) beruflichen Stellung beider Ehepartner in fünf Kategorien auf Haushaltsebene bestimmt. Diese fünf Kategorien werden für die Analysen in drei Kategorien zusammengefasst (Unterschicht/untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht und höher).

Die Messung der Gesundheit erfolgt anhand der SF36-Subskala zur Messung der physischen Gesundheit als Proxy für den Unterstützungsbedarf (Allison, Locker & Feine 1997; Gladman 1998).

Das Alter zum Zeitpunkt der Befragung, das Geschlecht, der Partnerschaftsstatus, das Land, in dem der Befragte wohnt, sowie die Kinderzahl als Proxy der familialen Opportunitätsstruktur sind ebenfalls Teil der Analysen.

Abbildung 1: Faktor Wohlfahrtsstaats- vs. Familienorientierung^c (Verantwortlichkeit für finanzielle Unterstützung, Hilfen im Haushalt und pflegerische Unterstützung sowie Präferenzen für Wohnformen im Alter und im Fall von Hilfebedarf)



Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003), n=2064.

Tabelle 3 zeigt die Verteilung soziodemographischer Merkmale sowie der Kinderzahl, der physischen Gesundheit und der normativen Orientierungen für die Über-75-Jährigen in den einzelnen Länderstichproben. Hinsichtlich des Alters, des Geschlechts und des Partnerschaftsstatus gibt es lediglich geringe Unterschiede. Dafür bestehen erhebliche Differenzen zwischen den betrachteten Gesellschaften hinsichtlich Bildungsniveaus und Schichtzugehörigkeit sowie der Angaben zur physischen Gesundheit, der normativen Orientierungen sowie der Elternschaft.

Tabelle 3: Deskriptive Angaben zu den Einzelindikatoren nach Land (75+)

		Norwegen	England	Deutschland	Spanien	Israel
Alter	arithmet. Mittelwert	81,5	82,3	81,3	80,4	80,0
Geschlecht	Frauen	59,6 %	68,3 %	69,2 %	65,5 %	54,1 %
	Männer	40,4 %	31,7 %	30,8 %	34,5 %	45,9 %
Partnerschaft	verheiratet/ Lebenspartner	35,6 %	36,6 %	36,5 %	39,5 %	37,1 %
	verwitwet	50,8 %	53,5 %	52,9 %	54,3 %	60,2 %
	unverheiratet/ geschieden	13,6 %	9,9 %	9,6 %	6,3 %	2,8 %
Bildung ¹⁾	niedrig	30,2 %	35,2 %	12,8 %	81,0 %	38,0 %
	mittel	33,9 %	61,7 %	63,2 %	15,1 %	35,4 %
	hoch	35,9 %	13,1 %	24,0 %	3,9 %	26,5 %
Schicht ²⁾	Unterschicht/ untere Mittelsch.	30,1 %	69,4 %	39,0 %	78,0 %	30,2 %
	Mittelschicht	33,5 %	14,2 %	33,0 %	9,5 %	26,4 %
	obere Mittelsch. und höher	36,4 %	16,4 %	28,0 %	12,5 %	43,3 %
Subj. Gesundheit ³⁾	arithmet. Mittelwert	68,1	48,9	56,0	55,6	51,3
Kinderzahl	arithmet. Mittelwert	1,9	1,9	1,4	2,4	2,6
Wohlfahrtsstaats- vs. Familienorientierung ⁴⁾	arithmet. Mittelwert	0,67	-0,18	-0,23	-0,60	0,36

1) Schulische und berufliche Bildung;

2) Haushaltsmaß auf Basis beruflicher Stellungen;

3) SF-36 Skala zur physischen Gesundheit (Range: 0-100; Allison, Locker & Feine 1997; Gladman 1998);

4) Faktor ‚Wohlfahrtsstaats- vs. Familienorientierung‘ (positive Werte: Wohlfahrtsstaatsorientierung, negative Werte: Familienorientierung; siehe Abbildung 1)

Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003).

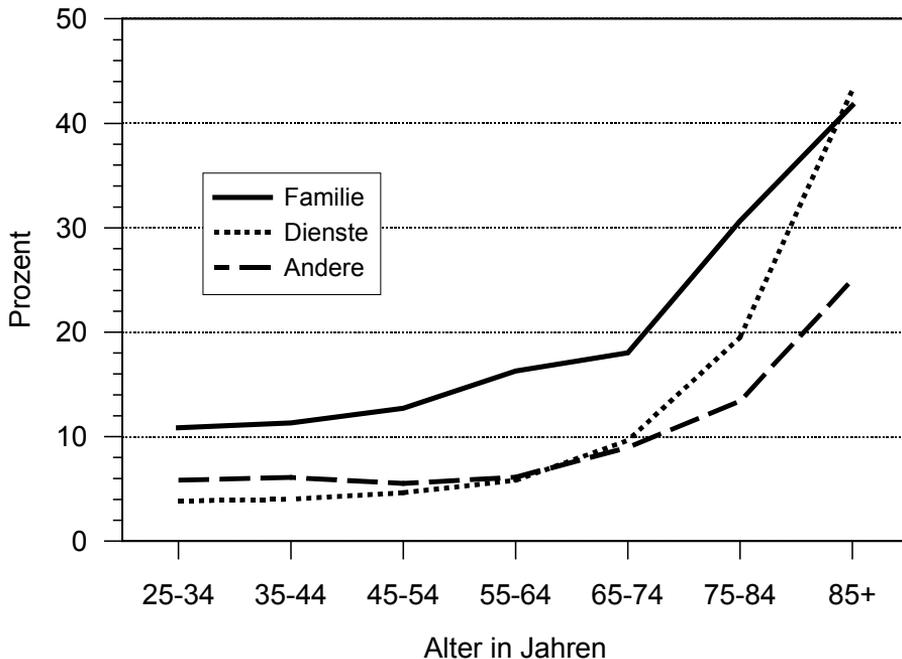
Ergebnisse

Vergleichende empirische Befunden zur Verbreitung von Hilfe und Unterstützung werden nachfolgend in drei Abschnitten präsentiert: *Erstens* werden die Befunde über den Zusammenhang von Alter und empfangener Hilfe für die gesamte Stichprobe (n = 6.106) dargestellt; *zweitens* sind Vergleiche in Bezug auf die von den 75-Jährigen und Älteren erhaltenen Hilfen und deren Kombinationen anzustellen (n = 2.064); und *drittens* soll, ebenfalls für die Älteren, der Einfluss von individuellen und familialen Merkmalen untersucht und die Frage nach der Beständigkeit von Unterschieden zwischen den einzelnen Gesellschaften gestellt werden.

Quellen von Hilfe und Unterstützung: deskriptive Untersuchungsergebnisse

Abbildung 2 zeigt, dass Hilfe und Unterstützung hauptsächlich den älteren Personen zuteil werden. Bei jüngeren Menschen hingegen ist die Wahrscheinlichkeit des Erhalts von Unterstützung deutlich geringer. Während der letzten 12 Monate hatten in allen fünf Ländern etwa 42 Prozent der über 85-Jährigen Hilfe und Unterstützung in mindestens einer der drei Kategorien (Hausarbeit, Transport und persönliche Pflege) erhalten. Dagegen haben im gleichen Zeitraum nur 11 Prozent der jüngsten Altersgruppe – der 25- bis 34-Jährigen – Hilfe und Unterstützung erhalten. Wenngleich generell hochsignifikant, sind die Altersgruppenunterschiede hinsichtlich der Unterstützung durch formelle Dienste am deutlichsten. Abgesehen von der ältesten Gruppen der 85-Jährigen und Älteren übertrifft die Inanspruchnahme familialer Hilfe jene der formellen Dienstleistungen. Auch die Hilfe aus anderen Quellen wie z.B. bezahlter oder unbezahlter Hilfe von Freunden, Nachbarn oder sonstigen Helfern aus dem sozialen Netzwerk nimmt mit dem Alter zu. Diese Hilfequellen werden, obwohl sozialpolitisch von großem Interesse, in dieser Studie nicht analysiert, da sie insbesondere das Verhältnis von Familie und Wohlfahrtsstaat im Blick hat.

Abbildung 2: Hilfe und Unterstützung in fünf Ländern nach Altersgruppen



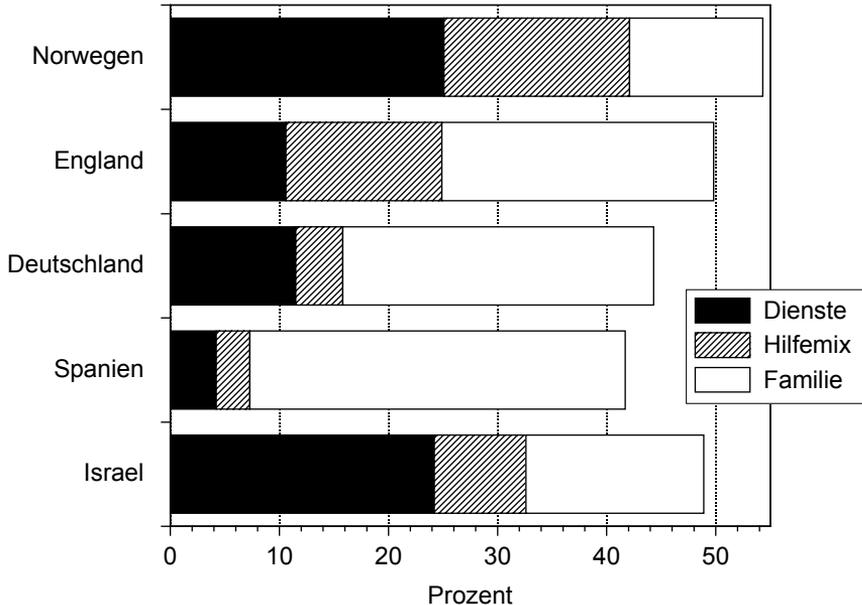
Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003), n=6045.

Wohlfahrtsstaatliche Unterstützung für 75-Jährige und Ältere

Abbildung 3 zeigt die von den 75-Jährigen und Älteren erhaltene Hilfe und Unterstützung in Norwegen, England, Deutschland, Spanien und Israel. Der Anteil derjenigen, die Hilfe nur von formellen Diensten erhielten, ist am niedrigsten in Spanien (4%) sowie am höchsten in Israel (24%) und Norwegen (25%); England und Deutschland liegen in dieser Hinsicht mit zwölf Prozent im Mittelfeld. Der Anteil derjenigen wiederum, die Hilfe ausschließlich von Familienmitgliedern erhielten, ist hingegen in Spanien (36%) am höchsten. In Norwegen (11%) und Israel (17%) ist dieser Anteil am niedrigsten, während auch hierbei England (23%) und Deutschland (29%) mittlere Werte aufweisen. Zu der Verbreitung von gemischten – formellen und familialen – Hilfen ist anzumerken, dass Norwegen (18%) und England (15%) relativ hohe Anteile aufweisen, anderswo hingegen diese Form der Versorgung mit acht Prozent in Israel, drei Prozent in Deutschland und nur zwei Prozent in Spanien selten ist.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass sowohl ausschließlich formelle Hilfe und Unterstützung als auch Kombinationen von familialen und Dienstleistungen in Norwegen am häufigsten anzutreffen sind, während die familialen Beiträge am häufigsten in Spanien zu konstatieren sind. Der Gesamtanteil der Über-75-Jährigen, die irgendeine Form von Hilfe erhalten haben, variiert dabei ebenfalls und reicht von 54 Prozent in Norwegen bis 42 Prozent in Spanien (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Hilfe und Unterstützung im höheren Lebensalter (75+)



Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003), n=2033.

Man mag demnach schlussfolgern, großzügige wohlfahrtsstaatliche Strukturen, wie z.B. in Norwegen, würden bereits so umfassende Hilfen bereitstellen, dass die Unterstützung älterer Menschen durch die Familie weniger bedeutsam wird. In Ländern mit weniger ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Strukturen hingegen seien ältere Menschen häufiger auf familiäre Hilfe und Unterstützung angewiesen. Es lassen sich also Argumente zugunsten einer Verdrängungs- oder Substitutionshypothese formulieren. Es ist jedoch anzumerken, dass nicht lediglich ein Tauschhandel zwischen Familie und Wohlfahrtsstaat stattfindet. Denn wie bereits angedeutet variiert auch die Verbreitung von Hilfe- und Unterstützungsleistungen für ältere Menschen zwischen den einzelnen Gesellschaften und die Unterstützung im Alter erfolgt in umfassender gestalteten Wohlfahrtsstaaten deutlich häufiger. Ein größerer Anteil der Älteren in Norwegen oder Israel erhält Hilfe und Unterstützung als dies offenbar in stärker familial orientierten Gesellschaften wie der spanischen der Fall ist. Darüber hinaus belegen die Daten über kombinierte Versorgung eine starke Verbreitung gemischter Verantwortungen in minder familienorientierten Systemen mit besser ausgebauten formellen Angebotsstrukturen. Es lässt sich offenbar annehmen, dass gut ausgebaute wohlfahrtsstaatliche Systeme insbesondere auch Unterstützungsmixe fördern.

Der Einfluss von Bedarfen, familialen Opportunitätsstrukturen und wohlfahrtsstaatlicher Orientierung

Die in Abbildung 3 dargestellten Ergebnisse lassen einige erste Schlussfolgerungen für die diskutierten Hypothesen zu. Sie kontrollieren jedoch nicht (a) für sozialstrukturelle Indikatoren (z.B. Alter, Bildungsstand, sozialwirtschaftliche oder berufliche Schicht und Familienstand), deren Verteilung zwischen den einzelnen Ländern erheblich variiert, (b) für den Bedarf an Hilfe und Unterstützung, für den die Gesundheit – hier näherungsweise gemessen als Einschränkungen des physischen Funktionalität – ein sinnvoller Schätzer sein sollte, (c) die Möglichkeit zur familialen Unterstützung vor allem durch Kinder als der Hauptunterstützungsquelle nach den Ehepartnern (Anzahl lebender Kinder) und (d) die Normen und Präferenzen der Älteren, also die Frage danach, an wen sich die Älteren primär auf der Suche nach Hilfe und Unterstützung wenden (würden). Die Berücksichtigung dieser Aspekte ist für belastbare Aussagen jedoch notwendig, denn Variationen in der Verteilung von Hilfe- und Unterstützungsleistungen könnten in der unterschiedlichen Sozialstruktur der einzelnen Länder, variierenden familialen Strukturen und in den ungleichen Präferenzen der Hilfenachfragenden bzw. -empfänger begründet sein und gerade nicht in den von der Hypothese angesprochenen Wohlfahrtsregimes. Aus diesem Grunde wurden multivariate Analysen unternommen, in denen Deutschland als Bezugsland für internationale Vergleiche gewählt wurde.⁴

4 Hinsichtlich vieler untersuchter Kriterien findet sich Spanien in einer deutlichen Randposition. Jedoch dient Deutschland in den Modellierungen als Referenzkategorie, da die Autoren wesentlich einen Beitrag auch zur deutschen Debatte um das Verhältnis zwischen

Tabelle 4: Hilfe und Unterstützung im höheren Lebensalter (75+) – Modell 1 (Nullmodell), multinomiale logistische Regression

		Familiäre Hilfe	Servicehilfe	Gemischte Hilfe	Hilfe insgesamt
Land	Norwegen	0,52**	2,64**	4,79**	1,49**
	England	0,97	1,02	3,66**	1,25
	Spanien	1,15	0,34**	0,69	0,90
	Israel	0,62**	2,28**	2,12**	1,20
N		1932			1932
P ² (Nagelkerke)		0,12	0,01		

Referenzgruppe: Deutschland. Werte: Odds ratios. * p<0,05, ** p<0,01.

Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003). Tabelle 4 etwa hier

Es wurde eine binomiale logistische Regression für Hilfe und Unterstützung im Allgemeinen und eine multinomiale logistische Regression für die Unterstützung durch familiäre Leistungen, formelle Dienste und gemischte Versorgung geschätzt. Die in Tabelle 4 dargestellten Odds ratios zeigen die relative Wahrscheinlichkeit, in den genannten Ländern die respektiven Hilfe- und Unterstützungsarten im Vergleich zur Referenzkategorie ‚Deutschland‘ zu erhalten. Diese Nullmodelle übersetzen lediglich die Abbildung 3 in eine Modellform und kontrollieren noch nicht für die Sozialstruktur, Gesundheit, Kinderzahl oder Präferenzen.

Als zweiter Schritt wurden daher wesentliche sozialstrukturelle Merkmale und die physische Gesundheit in die Modellierung eingeführt (Tabelle 5). Erwartungsgemäß belegen diese Modelle vor allem einen signifikanten Zusammenhang zwischen einem guten Gesundheitszustand und einer geringen Wahrscheinlichkeit, Hilfe und Unterstützung zu erhalten.

Nach Einführung dieser individuellen und Haushaltsvariablen zeigte sich zwischen vier der fünf Länder keine signifikanten Differenzen mehr hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit allein familialer Hilfe; lediglich in Israel deuten sich weiterhin eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit familialer Hilfe als in Deutschland an. Große Unterschiede zwischen den Ländern finden sich allerdings in der Bereitstellung ausschließlich formeller Dienste und hinsichtlich der Mischung von formellen und familialen Hilfen. In beiden Fällen finden sich in Norwegen und Israel signifikant erhöhte relative Wahrscheinlichkeiten. Im Falle der formellen Services ist dies auch in England der Fall, wobei zu hier angesichts der englischen Situation hervorzuheben ist, dass gemischte Unterstützung auch aufgrund einer unzulänglichen Bereitstellung von Diensten notwendig werden kann. In Spanien ist – umgekehrt – die relative Wahrscheinlichkeit eines Erhalts formeller Hilfe und Unterstützung auffallend geringer als in Deutschland. Die Ergebnisse für den Gesamtbezug von Hilfe (Spalte ‚Hilfe insgesamt‘ in Tabelle 5) zeigen, dass Personen, die älter, in einem schlechten Gesundheitszustand und verwitwet sind, unabhängig von dem Wohl-

Familie und Wohlfahrtsstaat leisten und Unterschiede bezüglich der Kerntypen von Wohlfahrtsregimes prüfen wollen, wobei nicht notwendig eine technische Maximierung von Koeffizienten das Ziel ist.

fahrtregime mehr Hilfe erhalten, als die jeweiligen Referenzgruppen. Ingesamt, d.h. nach Kontrolle individueller und Haushaltsmerkmale, zeigen vier der fünf betrachteten Länder ähnliche Werte – allein norwegische Über-75-Jährige haben eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, Hilfe und Unterstützung irgendeiner Art zu erhalten. In der Zusammenschau lässt sich der Befund formulieren, dass die in der einfachen deskriptiven Darstellung nachgewiesenen, durchaus unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten und Quellen der Unterstützung für Ältere in den betrachteten Ländern nicht einfach durch Prozesse einer Verdrängung familialer durch wohlfahrtsstaatliche Hilfen zu erklären sind. Vielmehr lassen sich die Differenzen hinsichtlich familialer Hilfen durch die Berücksichtigung sozialstruktureller Merkmale, Indikatoren des Bedarfs und der familialen Ressourcen sowie der normativen Orientierungen aufklären – ein „reiner“ Wohlfahrtsstaatseffekt ist nicht nachzuweisen. Zudem zeigen sich in dienstleistungsorientierten Systemen nicht lediglich weitere Verbreitungen formeller Dienstleistungen sondern auch einen wesentlich höheren Grad an Mischungen der Unterstützungsleistungen sowie eine deutliche Tendenz zu einer weiteren Verbreitung von Hilfe und Unterstützung für Ältere insgesamt.

Tabelle 5: Hilfe und Unterstützung im höheren Lebensalter (75+) – Modell 2, multinomiale logistische Regression

		Familiale Hilfe	Servicehilfe	Gemischte Hilfe	Hilfe insgesamt
Alter		1,01	1,08*	1,10**	1,04**
Geschlecht	Männer	0,97	0,88	1,18	0,99
Partnerschaft	verwitwet	1,36*	2,67**	1,63**	1,64**
	unverheiratet/ geschieden	0,58*	3,73**	1,13	1,18
Bildung ¹⁾	mittel	0,81	0,95	0,87	0,87
	hoch	0,71	1,22	0,95	0,90
Schicht ²⁾	Mittelschicht	1,03	0,83	1,20	0,97
	obere Mittelsch. und höher	0,86	0,83	1,48	0,89
Subjektive Gesundheit ³⁾		0,97**	0,96**	0,95**	0,97**
Land	Norwegen	0,79	6,10**	13,44**	2,42**
	England	0,89	0,80	3,14**	1,04
	Spanien	0,90	0,35**	0,71	0,84
	Israel	0,53**	2,73**	2,69**	1,10
N		1932			1932
P ² (Nagelkerke)		0,38			0,30

Referenzgruppen: Frauen, verheiratet oder uneheliche Partnerschaft, niedriges Bildungsniveau, Unterschicht/untere Mittelschicht, Deutschland. Werte: Odds ratios. * p<0,05, ** p<0,01.

1) Schulische und berufliche Bildung;

2) Haushaltsmaß auf Basis beruflicher Stellungen;

3) SF-36 Skala zur physischen Gesundheit (Allison, Locker & Feine 1997; Gladman 1998).

Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003). Tabelle 6 etwa hier

Tabelle 6: Hilfe und Unterstützung im höheren Lebensalter (75+) – Modell 3, multinomiale logistische Regression

	Familiäre Hilfe	Servicehilfe	Gemischte Hilfe	Hilfe insgesamt
Kontrolliert für die in Modell 2 berücksichtigten Variablen (siehe Tabelle 5)	---	---	---	---
Kinderzahl	1,14**	0,90	1,08	0,97**
Wohlfahrtsstaats- vs. Familienorientierung ¹⁾	0,58**	1,13	0,83	0,70**
Land				
Norwegen	1,31	6,10**	15,14**	3,34**
England	0,88	0,85	3,05**	1,02
Spanien	0,75	0,41*	0,65	0,73
Israel	0,70	2,96**	2,74**	1,32
N	1926			1926
P ² (Nagelkerke)	0,43			0,32

Referenzgruppe: Deutschland. Werte: Odds ratios. * p<0,05, ** p<0,01.

1) Faktor ‚Wohlfahrtsstaats- vs. Familienorientierung‘ (positive Werte: Wohlfahrtsstaat, negative Werte: Familie; siehe Abbildung 1)

Quelle: OASIS (Lowenstein & Ogg 2003).

Abschließend werden zwei weitere Modelle (Tabelle 6) mit zusätzlichen Indikatoren für die familiäre Opportunitätsstruktur (Anzahl der Kinder) und persönliche normative Orientierung geschätzt. Die Ergebnisse zeigen erstens, dass eine höhere Anzahl von Kindern die Wahrscheinlichkeit erheblich steigert, familiäre Hilfe zu erhalten (und die Hilfe insgesamt zugleich leicht mindert) und dass ein hoher Wert in der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung mit einer erheblich reduzierten Wahrscheinlichkeit verbunden ist, familiäre Hilfe und Unterstützung zu erhalten. Da diese selteneren informellen Hilfen offenbar nicht durch formelle Leistungen kompensiert werden, schlägt sich dies auch in einer Minderung der allgemeinen Wahrscheinlichkeit eines Bezugs von Leistungen nieder. Familiäre Strukturen und normative Orientierungen haben keine Wirkung auf den alleinigen Bezug formeller Dienstleistungen bzw. auf die Inanspruchnahme gemischter Hilfen.

Von wesentlicherer Bedeutung sind allerdings die Länderdifferenzen unter der Bedingung der Einführung zusätzlicher Kontrollvariablen: Im Gegensatz zu der in Tabelle 5 geschilderten Modellierung ergeben sich nun keine signifikanten Differenzen im Bezug familialer Hilfen mehr. Gesellschaftliche Unterschiede in der ausschließlich familialen Unterstützung Älterer sind also durch strukturelle Indikatoren wie gesellschaftliche Stratifizierung und Familienstrukturen (Anzahl der vorhandenen Kinder) sowie durch normative Aspekte wie Familienorientierung vollständig plausibel zu erklären. Die weiteren Länderunterschiede bei den Hilfequellen scheinen über die Modelle stabil zu sein und werden nicht durch Kinderzahlen oder normative Orientierungen aufgeklärt – die Inanspruchnahme formeller Leistungen ist vor allem bedarfsinduziert. Insgesamt zeigt sich, dass die Summe der erhaltenen Hilfe sowohl aus formellen Dienstleistungen als auch aus einer Mischung von Diensten und der Familie in groß-

zügigen Wohlfahrtsstaaten (Norwegen und Israel) hoch und in Spanien niedrig war. Die Bereitstellung gemischter Unterstützung war in England hoch.

Diskussion

Die geschilderten Befunde können in dreierlei Hinsicht verallgemeinert werden, wobei allerdings bedacht werden muss, dass sich die untersuchten Daten allein auf die städtische Bevölkerung der Länder bezieht.

Erstens ist familiäre Hilfe in Ländern mit nur schwach entwickelten wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungsinfrastrukturen und starker familialistischer Ausrichtung (Spanien und Deutschland) am weitesten verbreitet und in großzügigen Wohlfahrtsstaaten (Norwegen und Israel) von deutlich geringerer Bedeutung, wie dies entsprechend der Hypothese der ‚Substitution‘ oder ‚Verdrängung‘ zu prognostizieren ist. Jedoch können die Gesellschaftsunterschiede abweichend von den Annahmen der Verdrängungshypothese grundsätzlich durch Unterschiede in den Charakteristika älterer Menschen erklärt werden: Werden Merkmale wie der Gesundheitszustand, das Vorhandensein eines Partners und die Anzahl der Kinder sowie die normativen Orientierungen statistisch kontrolliert, so erweisen sich Länderunterschiede in der Verbreitung ausschließlich familialer Hilfe als unbedeutend und nicht mehr signifikant. Eine mögliche Interpretation dieses Befundes lautet, dass das Ausmaß, in dem ältere Menschen allein durch die Familie unterstützt werden, strukturell unabhängig vom Wohlfahrtsregime ist, in dem sie leben. Folgt man dieser Interpretation, so mündet dies in eine Zurückweisung der Verdrängungs- oder Substitutionshypothese: Die mit den jeweiligen Wohlfahrtsregimes korrespondierenden Serviceinfrastrukturen haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit mit der ältere Menschen ausschließlich von der Familie versorgt werden. Interessant ist dabei auch, dass die zuvor ebenfalls gezeigten Länderunterschiede hinsichtlich der gemischten Hilfen und der ausschließlich formellen Versorgung Älterer gerade *nicht* durch diese Variablen erklärt werden.

Obwohl älteren Menschen – *zweitens* – in allen fünf Ländern im erheblichem Ausmaß Hilfe und Unterstützung zuteil wird, ist die Unterstützung dieser Personen in Norwegen, einem Land mit vergleichsweise großzügigen Serviceinfrastrukturen, am häufigsten. Eine vergleichsweise geringere Verbreitung von Unterstützung an Ältere geht hingegen mit einer Familienorientierung der Gesellschaft einher, wie dies z.B. in Spanien der Fall ist. Dieses Muster unterstützt die Annahme, dass eine erweiterte Bereitstellung formeller Leistungen kein Nullsummenspiel darstellt, sondern insgesamt zu einer Verbesserung der Versorgungssituation für ältere Menschen führt. Die Wahrscheinlichkeit, mit der ein älterer Mensch bei Bedarf Unterstützung erhält, steigt also – so die zweite Annahme – vor allem in dem Maß, in dem die Gesellschaft diese bereitstellt.

Drittens kann herausgestellt werden, dass gemischte Hilfearrangements unter eher generösen wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen wie in Norwegen und Israel (und zu einem geringeren Ausmaß in England) weiter verbreitet sind, als unter

anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Dieser allgemeine Befund unterstützt die Annahme einer Förderung ‚gemischter Verantwortung‘ durch entwickelte Serviceangebote. Vor einer Diskussion der theoretischen und sozialpolitischen Implikationen dieser Befunde sollen im Folgenden allerdings einige methodische Aspekte erörtert werden.

Methodologische Aspekte und Einschränkungen

Komparative Forschung beinhaltet die theoriegeleitete Suche nach und Interpretation allgemeiner Muster und länderspezifischer Variationen. Strukturalistische und funktionalistische Ansätze nehmen grundsätzlich an, dass ähnliche Makro-Charakteristika auf der mittleren (Meso-) und individuellen (Mikro-)Ebene entsprechende Outcomes bewirken. Sozialstruktur wirkt demnach uniform auf Institutionen und Individuen – unabhängig von kulturellen Unterschieden. Folglich zielen empirische Analysen hauptsächlich auf die allgemeinen Merkmale verschiedener Gesellschaften und deren Wirkungen. Eine kulturelle Perspektive konzentriert sich hingegen auf die Besonderheiten von Gesellschaften und nimmt an, dass strukturelle Effekte durch soziale Werte und Pfadabhängigkeit modifiziert werden und so auf der Grundlage ähnlicher struktureller Inputs zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen führen können (vgl. hierzu Daatland, Herlofson & Motel-Klingebiel 2002). Dieser Argumentation folgend werden in der vorliegenden Analyse auch normative Orientierungen einbezogen. Eine Einschränkung des gesellschaftsvergleichenden Ansatzes liegt allerdings darin, dass regionale Differenzierungen innerhalb der betrachteten Länder zugunsten der internationalen Kontrastierung vernachlässigt werden und feinere Maße für die Beschreibung entsprechender Unterstützungsarrangements nicht berücksichtigt werden können.

Zudem kann innerhalb des hier verwendeten, international komparativen Querschnittsdesigns das Verhältnis von wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und kulturellen Werten und Wertvorstellungen untersucht werden. Wohlfahrtsstaatliche Strukturen können einerseits einen Mentalitätswandel verursachen, andererseits können Mentalitätsveränderungen auch die Modifikation wohlfahrtsstaatlicher Strukturen nach sich ziehen. Damit sind auch andere Lesarten der hier vorgelegten Befunde möglich: Wenn Wohlfahrtsstrukturen die Ursachen für gewandelte Normen und Werte sind, so kann es zu einer vermittelten, indirekten Verdrängung familialer Unterstützung führen. Wenn sich wandelnde Normen und Werte Veränderungen von Wohlfahrtsstaatsstrukturen nach sich ziehen, so würden die hier dargestellten Befunde Momentaufnahmen eines längerfristigen Modernisierungsprozesses darstellen. Allerdings wäre es notwendig, einen längsschnittlichen Untersuchungsplan mit Zeitreihen zu realisieren, um empirische Grundlagen für diese alternative Interpretation vorzulegen.

Theoretische Implikationen

Hinsichtlich der Ausgangshypothesen können die empirischen Analysen ein wechselseitig beförderndes Verhältnis zwischen Familien und Wohlfahrtsstaat in der Unterstützung älterer Menschen zeigen, und zwar unter Berücksichtigung von Werten und Normen der Unterstützung bei Hilfebedarf (und ohne eine Analyse des Entstehens und des Wandels dieser Werte und Normen). Die Ergebnisse der vollständigen Modellierung des Unterstützungsgeschehens in Tabelle 6 können eine einfache Verdrängungshypothese nicht stützen, die das Vorhandensein wohlfahrtsstaatlicher Unterstützungsstrukturen mit einem Rückzug familialer Hilfe verknüpft. Die Befunde demonstrieren vielmehr die Bedeutung familialer Strukturen und normativer Orientierungen für die familiäre Versorgung Älterer. Institutionelle Unterschiede erweisen sich als nachrangig. Zudem werden Belege für einen positiven Effekt wohlfahrtsstaatlicher Versorgung auf die Verbreitung von Hilfe- und Unterstützungsleistungen für Ältere gefunden. Zusammengenommen unterstützen die Befunde weitgehend die Hypothese der ‚Verstärkung‘ und der ‚gemischten Verantwortung‘. Klare Indizien für eine positive Auswirkung der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung auf die Summe der von älteren Menschen erhaltenen Hilfe und Unterstützung werden ebenfalls gefunden. Der Anteil Älterer, die Hilfe und Unterstützung erhalten, ist in Norwegen am höchsten – in einer Gesellschaft mit einer hohen wohlfahrtsstaatlichen Orientierung, etablierten Dienstleistungssystemen und relativ hohem Wohlstandsniveaus. Allerdings, dies sollte betont werden, stehen Wohlfahrtsstaat und normative Wertvorstellungen in einem langfristigen Wechselverhältnis.

Anhand der Beispiele von Deutschland und Norwegen soll deutlich gemacht werden, dass dieses Wechselverhältnis komplex ist. Deutschland ist durch eine vergleichsweise stark ausgeprägten Familienorientierung bei zugleich relativ geringen Kinderzahlen und hoher Kinderlosigkeit geprägt. Nicht nur ältere, sondern auch jüngere Menschen zeigen eine hohe Familienorientierung angesichts von Hilfe- und Pflegebedarf im Alter – und zwar trotz der vor über zehn Jahren eingeführten Pflegeversicherung. Allerdings bauen die institutionellen Strukturen der deutschen Pflegeversicherung auf dem Primat der Familie, und bislang sind die relativ jungen Serviceinfrastrukturen in Deutschland nur bedingt in der Lage, kompensierend zu wirken. Es ist weiterhin offen, wie sich die normativen Werthaltungen in Deutschland mit zunehmender Erfahrung von Diensten entwickelt werden. Norwegen ist im Gegensatz zu Deutschland durch eine weite Verbreitung gemischter Unterstützung charakterisiert. Diese Beobachtungen lassen den Schluss plausibel erscheinen, dass familiäre Hilfe nicht durch die umfangreiche Dienstleistungsversorgung Norwegens verdrängt wird. In Norwegen scheinen umfangreiche Sozialleistungen die Basis für einen Mix formeller und informeller Hilfen darzustellen, und zwar insbesondere bei jenen älteren Menschen, die Unterstützung durch Familie und Dienste wünschen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich gerade in Norwegen, einem Land mit langer Tradition gesellschaftlicher Unterstützung, Werte und Normen herausgebildet haben, die der Familie nicht die Hauptlast der Unterstützung hilfe- und pflegebedürftiger älterer und alter Menschen zuweist.

Vertiefende komparative, auch längsschnittliche Analysen, die weitere Dimensionen familialer Unterstützung wie emotionale Unterstützung und finanzielle Transfers mit einbeziehen, werden nötig sein, um ein detaillierteres Verständnis zu begründen. Sie müssten zudem weitere Dimensionen der Sozialstruktur und die private Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung durch Nicht-Verwandte berücksichtigen. So haben frühere Analysen (für Deutschland vgl. Künemund, Motel-Klingebiel & Kohli 2005; für Frankreich vgl. Attias-Donfut & Wolff 2000) auf schichtspezifische Effekte hingewiesen und die Relevanz von sozialen Ungleichheiten betont. Die dargestellten Befunde korrespondieren mit bekannten Detailanalysen anhand von Eltern-Kind-Dyaden (Motel & Szydlak 1999; Motel-Klingebiel 2000; Künemund 2002). Allerdings sind auch Zusammenhänge zwischen sozioökonomischem Status und sozialen Netzwerkcompositionen nachgewiesen worden; Zugehörigkeit zu höheren sozialen Schichten korrespondiert mit der Zusammensetzung privater Netzwerke mit ihren unterschiedlichen Potentialen für private Unterstützungsleistungen (Groenou & Tilburg 2003).

Implikationen für die Sozialpolitik

Das komplizierte Verhältnis zwischen der relativen Unterstützung von Älteren durch den Wohlfahrtsstaat bzw. durch Familienangehörige wird häufig in einer Form dargestellt, die sich implizit auf Variationen einer einfachen, direkten Substitutionshypothese bezieht. So ging beispielsweise die schwedische Sozialpolitik weitgehend ungeprüft davon aus, dass die Familie die in den 1980er und 1990er Jahren durch den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen entstandene Lücke schließen würde (Johansson, Sundstroem & Hassing 2003). In Deutschland ist das System der Pflegeversicherung auf der Annahme konstruiert, dass die Familie den Hauptanteil von Hilfe und Unterstützung für bedürftige ältere Menschen beisteuern wird (Kondratowitz, Tesch-Römer & Motel-Klingebiel 2002). Die vorliegenden Analyse legen allerdings die Annahme nahe, dass es effektiver sein könnte, nicht lediglich pflegende Familienangehörige stärker zu unterstützen, sondern – auch vor dem Hintergrund sich jetzt und in Zukunft vollziehender Veränderungen familialer Strukturen – den Hilfe- und Unterstützungsbedürftigen auch umfassendere formelle Hilfen anzubieten, um familiäre Potenziale zu ergänzen, zu sichern und zu stärken. Die Folge könnte nicht nur ein höherer Grad an Unterstützung und eine Steigerung der Lebensqualität für Menschen im dritten und vierten Lebensalter sein, sondern auch geminderte Belastung und eine höhere Lebensqualität für jüngere Familienmitglieder, von denen Unterstützung der Älteren zunehmend erwartet wird.

Literatur

- Aboderin, I. (2004). Modernisation and ageing theory revisited. Current explanations of recent developing world and historical Western shifts in material family support for older people. In: *Ageing and Society*, 24, pp. 29-50.

- Allison, P. J., Locker, D. & Feine, J. S. (1997). Quality of life: a dynamic construct. *Social Science and Medicine*, 45, pp. 221-30.
- Attias-Donfut, C. & Wolff, F.-C. (2000). The redistributive effects of generational transfer. In Arber, S., & Attias-Donfut, C. (Eds.), *The myth of generational conflict*. London: Routledge, pp. 22-46.
- Barr, N. (1993). *The economics of the welfare state* (2 ed.). London: Weidenfeld and Nicholson.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002). *Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen*. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Costa, D. L. (1996). *Displacing the family: Union army pensions and the elderly living arrangements* (Working Paper 5429). Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Cox, D. (1987a). Motives for private income transfers. *Journal of Political Economy*, 95, pp. 508-46.
- Cox, D. (1987b). *The connection between public transfers and private interfamily transfers*. Wisconsin-Madison: Institute for Research on Poverty, University of Wisconsin-Madison.
- Cox, D. & Jakubson, G. (1995). The connection between public transfers and private interfamily transfers. *Journal of Public Economics*, 57, pp. 129-167.
- Daatland, S. O. & Herlofson, K. (Eds.) (2001). Ageing, intergenerational relations, care systems and quality of life. An introduction to the OASIS Project. Oslo: Norwegian Social Research.
- Daatland, S. O. & Herlofson, K. (2003). "Lost solidarity" or "changed solidarity". A comparative European view of normative family solidarity. *Ageing and Society*, 23, pp. 537-60.
- Daatland, S. O., Herlofson, K. & Motel-Klingebiel, A. (2002). Methoden und Perspektiven internationaler vergleichender Alter(n)sforschung. In: Motel-Klingebiel, A. & Kelle, U. (Hrsg.): *Perspektiven der empirischen Alter(n)ssoziologie*. Opladen: Leske + Budrich, S. 221-248.
- Daatland, S. O., Herlofson, K., Motel-Klingebiel, A., & Zeman, P. (2003). Wechselwirkungen von familialer Hilfe und Unterstützung durch den Wohlfahrtsstaat. Ergebnisse aus dem Projekt OASIS. *Informationsdienst altersfragen*, 30 (4), S. 2-5.
- Daatland, S. O., & Motel-Klingebiel, A. (2005). Separating the local and the general in cross-cultural aging research. In: Wahl, H.-W., Tesch-Römer, C., & Hoff, A. (Eds.): *New Dynamics in Old Age: Individual, Environmental and Societal Perspectives*. Amityville, New York: Baywood, (im Druck).
- Dallinger, U. (2002). Das „Problem der Generationen“: Theorieentwicklung zu intergenerationalen Beziehungen. In: Dallinger, U., & Schroeter, K. R. (Hrsg.): *Theoretische Beiträge zur Alternssoziologie*. Opladen: Leske + Budrich. S. 203-234.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, G. (1998). Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, S., & Ostner, I. (Hrsg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 19-56.
- Esping-Andersen, G. (1999). *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Fux, B. (2003). Generationenbeziehungen und ihre Bedeutung für die anstehenden Reformen des Sozialstaates. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 28, S. 463-481.
- Gladman, J. R. F. (1998). Assessing health status with the SF-36. *Age and Ageing*, 27, p. 3.
- Groenou, M. I. B. v. & Tilburg, T. v. (2003). Network size and support in old age. Differences by socio-economic status in childhood and adulthood. *Ageing and Society*, 23, pp. 625-45.

- Johansson, L., Sundstroem, G. & Hassing, L. B. (2003). State provision down, offspring's up: The reverse substitution of old-age care in Sweden. *Ageing and Society*, 23, pp. 269-80.
- Kohli, M. (1999). Private and public transfers between generations: Linking the family and the state. *European Societies*, 1, pp. 81-104.
- Kohli, M., Künemund, H., Motel, A., & Szydlik, M. (1999). Familiäre Generationsbeziehungen im Wohlfahrtsstaat: Die Bedeutung privater intergenerationeller Hilfeleistungen und Transfers. *WSI-Mitteilungen*, 52, S. 20-25.
- Kondratowitz, H.-J. v. (2003). Comparing welfare states. In: Lowenstein, A. & Ogg, J. (Eds.), *OASIS – Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity. Final report* (http://www.dza.de/forschung/oasis_report.pdf). Haifa: The University of Haifa, pp. 25-62.
- Kondratowitz, H.-J. v., Tesch-Römer, C. & Motel-Klingebiel, A. (2002). Establishing systems of care in Germany: a long and winding road. *Ageing Clinical and Experimental Research*, 14, pp. 239-46.
- Künemund, H. (2002). Sozialstaatliche Leistungen und Familienbeziehungen im Alter Verdrängung oder Ergänzung? In: Backes, G. M. & Clemens, W. (Hrsg.), *Zukunft der Soziologie des Alter(n)s*. Opladen: Leske + Budrich, S. 167-81.
- Künemund, H., Motel-Klingebiel, A. & Kohli, M. (2005). Do private intergenerational transfers from elderly parents increase social inequality among their middle-aged children? Evidence from the German Ageing Survey. *Journals of Gerontology: Social Sciences*, 60B, S30-S36.
- Künemund, H. & Rein, M. (1999). There is more to receiving than needing: Theoretical arguments and empirical explorations of crowding in and crowding out. *Ageing and Society*, 19, pp. 93-121.
- Lingsom, S. (1997). *The substitution issue. Care policies and their consequences for family care*. NOVA-Rapport 6/97. Oslo: Norwegian Social Research (NOVA).
- Litwak, E. (1985). *Helping the elderly: The complementary roles of informal networks and formal systems*. New York: Guilford Press.
- Lowenstein, A., Katz, R., Mehlhausen-Hassoen, D. & Prilutzky, D. 2002. The research instruments in the OASIS Project. *Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity*. Haifa: University of Haifa.
- Lowenstein, A. & Ogg, J. (Eds.) (2003). *OASIS – Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity. Final report* (http://www.dza.de/forschung/oasis_report.pdf). Haifa: The University of Haifa.
- Lyons, K.S. & Zarit, S.H. (1999). Formal and informal support: The great divide. *International Journal of Geriatric Psychiatry*, 14, pp. 183-196.
- Motel, A. & Szydlik, M. (1999). Private Transfers zwischen den Generationen. *Zeitschrift für Soziologie*, 28, S. 3-22.
- Motel-Klingebiel, A. (2000). *Alter und Generationenvertrag im Wandel des Sozialstaats. Alterssicherung und private Generationenbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte*. Berlin: Weißensee Verlag.
- Motel-Klingebiel, A., & Gilberg, R. (2002). Zielsetzungen, Perspektiven und Probleme bei Surveybefragungen mit alten Menschen. In: Motel-Klingebiel, A., & Kelle, U. (Hrsg.), *Perspektiven der empirischen Alter(n)ssoziologie* (pp. 133-153). Opladen: Leske + Budrich.
- Motel-Klingebiel, A., Tesch-Römer, C. & Kondratowitz, H.-J. v. 2003. The quantitative survey. In: Lowenstein, A. & Ogg, J. (Eds.), *OASIS – Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity. Final report* (http://www.dza.de/forschung/oasis_report.pdf). Haifa: The University of Haifa, pp. 63-101.
- Noll, H.-H. & Schoeb, A. 2002. Lebensqualität im Alter. In Deutsches Zentrum für Altersfragen (ed.), *Expertisen zum Vierten Altenbericht der Bundesregierung, Band 1: Das hohe Alter – Konzepte, Forschungsfelder, Lebensqualität*. Hannover: Vincentz, 229-313.

- Parsons, T. (1943). The kinship system of the contemporary United States. *American Anthropologist*, 45, 22-38.
- Phillips, J. & Ray, M. (2003). The qualitative phase. In: Lowenstein, A. & Ogg, J. (Eds.), *OASIS – Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity. Final report*. Haifa: The University of Haifa, pp.202-226.
- Ritter, G. A. (1989). *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. München: Oldenbourg.
- Schoeni, R. F. (1994). *Does Aid to Families with Dependent Children (AFDC) displace familial assistance?* (Ms.). Santa Monica, California: RAND.
- Schulte, B. (1998). Wohlfahrtsregime im Prozeß der europäischen Integration. In: Lessenich, S., & Ostner, I. (Hrsg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 255-270.
- Silverstein, M., Conroy, S. J., Wang, H., Giarusso, R., & Bengtson, V. L. (2002). Reciprocity in parent-child relations over adult life course. *Journal of Gerontology. Social Sciences*, 57B, 3-13.
- Tesch-Römer, C., Motel-Klingebiel, A. & Kondratowitz, H.-J. v. (2003). Quality of life. In: Lowenstein, A. & Ogg, J. (Eds.), *OASIS – Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity. Final report* (http://www.dza.de/forschung/oasis_report.pdf). Haifa: The University of Haifa, pp. 259-84.
- Tesch-Römer, C., Motel-Klingebiel, A. & v. Kondratowitz, H.-J. (2002). Die Bedeutung der Familie für die Lebensqualität alter Menschen im Gesellschafts- und Kulturvergleich. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 35, S. 335-342.
- Titmuss, R. M. (1963). *Essays on 'the Welfare State'* (2. ed.). London: Unwin University Books.
- Titmuss, R. M. (1987). *The philosophy of welfare. Selected writings of Richard Titmuss*. London, Sidney: Allen & Unwin.
- Wenger, G. C., Scott, A. & Patterson, N. (2000). How important is parenthood? Childlessness and support in old age in England. *Ageing and Society*, 20, 161-82.

Eingereicht am: 18.09.2005

Akzeptiert am: 29.05.2006

Anschrift der Autoren:

Dr. Andreas Motel-Klingebiel
Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer
Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
D-12101 Berlin

Email: motel@dza.de
tesch-roemer@dza.de

Gunhild O. Hagestad

Transfers between grandparents and grandchildren: The importance of taking a three-generation perspective

Transfers zwischen Großeltern und Enkelkindern – Warum es wichtig ist, eine Drei-Generationen-Perspektive einzunehmen

Abstract

The key argument in this article is that recent demographic change, with unprecedented duration of intergenerational ties and shifting balance between old and young in family lines necessitates three-generational views of transfers between grandparents and grandchildren. Much support from grandparents comes through continued parenting of the middle generation, the grandchildren's parents. Using recent data from Norway, such indirect support is explored through three avenues: ideal role perceptions, actual help in parenting, support in difficult times and potential help. In most instances, there is considerable evidence that grandparents represent a "reserve army" for their children and grandchildren, especially grandmothers in the maternal line. Divorce may represent structural obstacles to the flow of support, especially in the paternal line. In designing and executing studies of modern grandparents, researchers need to be aware of asymmetry as a potential problem and be very clear on where in vertical connections the research is anchored.

Keywords: Grandparents, grandchildren, indirect support, role perceptions, asymmetry

Zusammenfassung

Der demographische Wandel mit der beispiellos langen gemeinsamen Lebenszeit und der sich verschiebenden Balance zwischen Alt und Jung in der Familie erfordert in Hinblick auf Transfers zwischen Großeltern und Enkeln eine Drei-Generationen-Perspektive. Ein großer Teil der Hilfen von Großeltern besteht in ihrer fortwährenden Unterstützung für ihre erwachsenen Kinder, also die Eltern ihrer Enkelkinder. Mit aktuellen norwegischen Daten wird diese indirekte Unterstützung auf drei Ebenen untersucht: Wahrnehmung von Rollenmodellen, tatsächliche Hilfen bei dem elterlichen Aufgaben sowie Unterstützung in schwierigen Zeiten und potenzielle Hilfe. Dabei existieren deutliche Hinweise, dass die Großeltern eine „Reservearmee“ für ihre Kinder und Enkelkinder darstellen, und zwar insbesondere die Großmütter mütterlicherseits. Scheidungen weisen hingegen auf strukturelle Hindernisse für fortwährende Hilfeleistungen hin, insbesondere auf Seiten der Großeltern väterlicherseits. Beim Forschungsdesign und der Durchführung von Studien über heutige Großeltern muss man sich des potenziellen Asymmetrie-Problems bewusst sein und klare Entscheidungen darüber treffen, an welcher Stelle in der Generationenlinie die Untersuchung verankert wird.

Schlagwörter: Großeltern, Enkel, indirekte Hilfeleistung, Rollenwahrnehmung, Asymmetrie

1. Focus of the paper

The main purpose in this paper is to stimulate researchers to consider ties between grandparents and grandchildren within a three-generational perspective and to heighten awareness of some conceptual and methodological issues in such work. In a recent volume that provides a comprehensive overview of recent work on grandparenthood, the editor concludes: "Neglecting the multiple linkages among grandparents, grandchildren, and the middle generation (the grandchildren's parents) constitutes a serious limitation of current research and theorizing" (Szinovacs, 1998, p.258). The present paper represents a small effort to rectify these shortcomings. Taking a three-generational perspective on grandparenthood could entail two quite distinct approaches: gathering data from grandparents, parents and grandchildren in a given family, or obtaining data from one generation while considering two other generations. The best known example of research on three generations is Bengtson's complex study which by now has followed about 300 families for more than three decades (e.g., Giarrusso, Silverstein and Bengtson, 1996). A similar, dyadic, approach was used in a University of Chicago study in the 1970s (Hagestad, 1985). While this design yields rich illustrations of inter- and intrafamily variability, it also represents many headaches. Sampling becomes difficult and costly because one refusal often means losing the family. In addition, there are potential "contamination" issues if family members are interviewed at different times. For example, they may discuss questions and responses among themselves and "harmonize" answers. Finally, statistical analyses present problems of dependent samples. The recent research in Norway has focused on one generation at the time, but obtaining information on two other generations, as well as data on the wider intergenerational context of respondents.

The present paper builds on the author's work on intergenerational ties in North America and Northern Europe over three decades, but will draw most of the illustrations from recent and ongoing research on Norwegian families. These studies are briefly described below.

The discussion of modern grandparenthood starts with a brief overview of how demography has reshaped kin networks in which grandparent-grandchild relations are embedded. The next sections provide illustrations of how new intergenerational structures pose both challenges and opportunities for our understanding of transfers between grandparents and grandchildren.

2. Recent Norwegian data on grandparenthood

Here, illustrations of grandparent-grandchild relations in an ageing society are mostly taken from two recent studies: NorLAG and NorGRAND. NorLAG, the Norwegian study of life course, aging and generation, is designed as a longitudinal study. Baseline data collection was carried out in 2002-2003. A stratified random sample of the population aged 40-79 was drawn from 30 local communities in four

different regions of the country. Three types of communities were included: city, small town and rural municipalities. The study is based at NOVA¹, where the author is a member of the research team. Data collection was carried out by Statistics Norway over the period March 2002 through March 2003. Data were obtained through telephone interviews, postal questionnaires, and national registries. Registry information was added after respondents gave informed consent. The response rate for the telephone interviews was 67%, of which 75% subsequently answered the postal questionnaire (combined response rate 50%). The final NorLAG sample contains 5,589 respondents. In 2007, NOVA and Statistics Norway will follow up the NorLAG sample, which at that point will be part of a much larger study under the umbrella of the UN GGP (Generations and Gender Program). NorLAG contains data from grandparents aged 40-79 (N= 2660 for telephone interviews and registry information; 1770 for questionnaires). About 600 respondents had own parents living and children under the age of 13. The study focuses on four key life domains: work and retirement, health and care, coping and well-being, family. Thus, the data on grandparenthood are not very detailed, but contain information on family structure, role perceptions, rates of contact and transfers between grandparents, middle generation parents, and grandchildren. Two perspectives are represented: those of grandparents and parents.

NorGRAND, the Norwegian grandparent study, has as its main focus the role of grandparents in children's networks. The study, for which the author is principal investigator, has two main components: a survey by mailed questionnaire to parents of 10-12 year-old children (N= 959) and personal interviews with 270 children in this age range. The sample was drawn from seven municipalities in one of the four regions covered by NorLAG: Agder in southern Norway. Parents were asked to focus on their 10-12-year-old and to characterize the child's relations with grandparents. Most of these parents were born in the 1960s, i.e. they were aged 35-45 at the time of data collection. The majority of grandparents were between the ages of 65 and 70. On the maternal side, about one in four still worked, – grandmothers as well as grandfathers. On the paternal side, the corresponding figure was one in seven.

Families were recruited through public schools in these communities. Questionnaires were sent home with students, (asking alternately by classroom that the father or mother respond) and returned directly to the research team. Data collection was carried out in 2005, and final response rate was approximately 65 per cent. Students also brought requests and consent letters regarding interviews home. To protect privacy, questionnaires and interviews were not gathered from the same families. The children were interviewed at their schools during normal school hours. Interviews had an average duration of 30 minutes.

¹ Norwegian Social Research, <http://www.nova.no/subnet/lag/index.htm>

3. Structural imperatives: Grandparenthood and demographic shifts

One of my treasured pictures from early years is one of my paternal grandfather, then in his eighties, sitting on his farm, surrounded by more than twenty grandchildren, who ranged in age from toddlers to teenagers. Many of the grandchildren never knew my grandmother, who died in her early seventies, and a number of them never had the opportunity to know grandfather well. He, for his part, had trouble remembering all their names. Keeping track of birthdays, on the average two a month, – was more than he could handle. In sharp contrast to the black and white picture from the late 1950s are today's colored digital photos of young children's birthdays in the same community. A rather common one shows a preschool child at the centre, with four adoring grandparents competing for her attention, and a great-grandmother watching from the sidelines. By the time the grandchild is posing for her wedding picture, she most likely still has at least one grandparent extending best wishes and offering gifts.

These brief glimpses illustrate some dramatic changes in vertical family connections over the last century. A combination of mortality and fertility decline has altered the balance between young and old. "Top-heavy" family lines, with more grandparents than grandchildren, are increasingly common. Furthermore, altered mortality patterns have given links between grandparents and grandchildren an unprecedented duration. As is well-known, these shifts reflect macro-level mortality and fertility decline that produced ageing populations. In many societies, 80 years of life are expected for women, and a number of populations currently have about equal proportions of children and people over 60. By 2050, the old will outnumber children by a ratio of two to one in most of them. On the micro-level of the family, intergenerational structures have become less "bottom-heavy" and more vertically extended. Horizontal ties, *within* generations (to siblings, cousins) are shrinking, while vertical ties along generational lines are more durable and complex than ever before in history.

3.1 Duration of ties

Co-longevity has greatly increased the duration of family ties. The parent-child relationship may last 6-7 decades; the grandparent-grandchild bond 3-4 decades. Data from a current study of ten European societies, SHARE², show that seven of the ten have a majority of respondents aged 50-59 with at least one parent living. The NORLAG study finds that about 86 per cent of Norwegians aged 40-49 have at least one parent living; more than half among those in their fifties. Even in the sixties, substantial numbers have parents: 19 per cent. As will be discussed below, this new

2 SHARE, The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe is a multidisciplinary, cross-national data base on health, socio-economic status and social networks of some 22,000 Continental European individuals over the age of 50. <http://www.share-project.org>

stability of parent-child ties, combined with reduced numbers of children, has strong implications for grandparent-grandchild relations.

Ties between grandchildren and grandparents also have an unprecedented duration. A British study reported that 80 per cent of twenty year olds had at least one grandparent living (Grundy, Murphy and Shelton, 1999). Data from the OASIS study³, which includes urban samples from England, Germany, Israel, Norway and Spain, show that about one third of individuals in their thirties had grandparents (Hagestad & Herlofson, forthcoming). NorLAG finds that 10 per cent of Norwegians aged 40-44 are still grandchildren. Clearly, such numbers suggest that multi-generational families are quite common, since the transition to grandparenthood typically occurs in the forties and fifties. At that point in the life course, a number of new grandparents still have their own parents living.

3.2 Multi-generational links

In the OASIS sample, nearly one in five urban Norwegian grandparents aged 50-59 had own parents living (Hagestad & Herlofson, forthcoming). Among grandparents in NorGRAND, we find the same figure- 20 per cent. SHARE found 25 per cent of respondents aged 50-60 in Austria, Denmark, France and Sweden to be in four-generational structures (Kohli, Künemund & Lüdicke, 2005).

The new demographic picture should compel us to recognize that often, a given intergenerational tie, such as that between grandparent and grandchild, is embedded in a complex web of interconnected, vertical connections. In order to understand the dynamics of a given relationship, the wider generational fabric needs to be taken into account, and inter-family variability in fertility and mortality patterns needs to be taken seriously.

3.3 Number of grandparents and number of grandchildren

Individuals who lived to old age have typically had children and grandchildren, but under conditions of high mortality, many children had no surviving grandparents, and a relatively high proportion also lost parents before reaching adulthood (Uhlenberg, 1996). As we saw above, declining adult mortality has produced dramatic historical increases in the supply of grandparents. Based on United States Census figures, Uhlenberg (2005) estimates that the proportion of ten-year-olds with all four grandparents living increased seven-fold over the 20th century, from 6 to 41 per cent. In NorGRAND, a remarkably similar figure emerged: 40 per cent of children currently aged 10-12 have all four grandparents living.

3 OASIS (Old Age and Autonomy. The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity), a cross-sectional survey carried out in 2000-2001. N= 6,106 community-dwelling urban individuals aged 25 and over. <http://oasis.haifa.ac.il>

As was illustrated in the opening glimpses, recent demographic change has given children more grandparents, while grandparents have fewer grandchildren. According to parents of 10-12 year olds in NorGRAND, the average number of grandchildren among grandparents is 7, with a median of 5.5. Two factors need to be considered here: the south has somewhat higher fertility than some other parts of Norway, especially the Oslo area. Secondly, the grandparents, most of whom are now in their sixties, are parents of baby boomers. The post-war baby boom lasted well into the 1960s in Norway. The baby boomers themselves, who are now beginning to move into grandparenthood, have significantly lower fertility.

Uhlenberg (2005) also points out that it is important to look at the number of *grandchild sets*. Children of one child constitute a set. Uhlenberg estimates the number of grandchild sets for US women aged 60-64 in different birth cohorts and finds that the proportion with four or more sets declined, from 24 to 15 per cent between 1950 and 1970. By 2000, about one half of the women had 1 or 2 sets. In NorGRAND, we found that among the grandparents of children aged 10-12, about 40 per cent had one or two sets, while 25 per cent had four or more. The average was 2.8 sets. It is important to keep in mind that this study is anchored in the grandchild generation, with a sample of 10-12-year olds, while Uhlenberg anchors in the grandparent generation and only discusses women. When Uhlenberg (2005) focuses on children, his figures are quite similar to those in NorGRAND. He estimates that between 1950 and 1980 in the United States, the proportion of family lines with four or more sets of cousins competing for grandparental attention was reduced by one half, from 48 to 24 per cent. He suggests that by 2010, the figure will be down to 10 per cent.

Why are sets important? From a grandparental perspective, the number of sets says something about potential demands for their presence, time and resources. A grandparent with four grandchildren in four sets is likely to spend more time with grandchildren than a grandparent with one set of four, but not four times as much (Uhlenberg and Hamill, 1998). Total time, resources, and attention spent per grandchild are likely to increase as the number of sets decreases. Said differently: grandparents with fewer sets might have more intense relationships with their grandchildren. Even if they invest less total time in the grandparent role than individuals with more sets, they can invest more in the grandchildren they do have.

Sets are also a reminder of the central importance of the middle generation, – the grandchildren's parents. The number of sets says something about the grandparents' parenting experience. The new demography of families has altered the relationship between parenting and grandparenting in some significant ways. Declining adult mortality has increased the likelihood that the middle generation will mediate the relationship between grandparents and grandchildren, a point that has been central in the limited efforts so far to take three-generational views of grandparenting. According to Uhlenberg (2005), about one fourth of U S women who reached the age of 25 in 1900 died before reaching the early 50s. In 2000, the figure was 4 per cent. We also need to consider fertility change. First, there is the timing of parenting and grandparenting in the life course of women. In historical times when they bore children throughout their fertile years, there was more "competition" between the roles

of mother and grandmother than is currently the case. The births of children and grandchildren are now more clearly sequenced. By the time grandchildren arrive, most women are in the empty nest phase; they are typically middle aged, healthy and vigorous. In many societies, among them Norway, people in middle age and the third age also control a wide range of material resources; they are relatively affluent. All these changes mean that grandparents have a new potential for being a presence in the lives of children and grandchildren. It also means that we need to keep in mind the powerful new continuity in parent-child ties, and the possibility that much *grandparenting is done through continued parenting*. We are now at the central issue of why new intergenerational constellations make it necessary to think three or more generations. However, before turning to some substantive issues in the study of grandparent-grandchild relations, we need to consider some methodological issues in this research domain.

3.4 Anchors: Whose families?

Confronting the task of describing a range of intergenerational constellations, we encounter the thorny issue of *asymmetry*, which is often overlooked by researchers. In most cases, structures and relationships look different, depending on where in the web we *anchor* our observations: bottom, middle or top. It is absolutely essential that we choose an *anchor*, or what Attias-Donfut (1995) calls a *pivot*, and then ask about available kin above and below the anchor (Hagestad, 2001). Whose families are we discussing? Many families are quite asymmetric: they look different from the top down than they do from the bottom up. One gets different descriptions of generational structures, depending on where they are anchored. Anchoring is critical if we are trying to estimate the prevalence of given generational structures, because the age range of anchor informants will influence estimates. For example, if we are interested in knowing how prevalent four-generation families are, we need to be clear on where we focus our attention. Among young adults? The oldest old? Typically, we would find relatively few among young adults, since they are too old to be great-grandchildren and too young to have produced a new generation. The oldest-old, however, typically have a number of potential "candidates" in younger generations who could have given birth to great-grandchildren. The relative scarcity of four-generational structures in the well-known study by Rossi and Rossi (1990) is most likely due to the fact that the respondents were too young to be great-grandparents and too old to be grandchildren.

The issue of asymmetry is greatly neglected in contemporary demographic work and has received inadequate attention in sample selection for survey research on family relationships. It also haunts gerontological research on kin networks. An example would be data on rates of contact. It is not uncommon to see figures on the proportion of old people who see at least one child or grandchild weekly uncritically reversed. In other words, it is assumed that if 80 per cent of old parents have weekly contact with at least one child, individuals in middle age have the same rate of contact with parents.

Asymmetry is more of a challenge to those of us who study western, industrialized societies with bilineal kin systems, compared to anthropological work on unilineal, – usually patrilineal and patrilocal, systems of descent. The old looking down see straight lines of descent; the young looking up see forked lines. This issue also reminds us that the difference between maternal and paternal lines is defined by middle generations. In addition to descriptions of intergenerational structures, anchoring is also important if we are interested in cross-generational ties from a social-psychological perspective. In psychology, the issue of asymmetry has been discussed as *the class room problem*: pupils see only one teacher; teachers see 20-30 students. Consequently, their perspectives, for example in recall, will be quite different. My grandfather saw more than 20 grandchildren; we grandchildren saw only one of him. When a team of us studied Chicago area families in the 1970s, we used a dyadic design. In a given intergenerational dyad, both partners were interviewed. When interviewers compared reports from grandparents and young adult grandchildren, they found considerable more detail in the latter. Typically, they attributed the difference to memory deficits among the grandparents. It became important to point out the asymmetry problem to them! The Chicago study also suggested that grandchildren see grandparents as more significant than the grandparents see themselves. Again, this may be due to asymmetry in perceptions. In the current work on Norwegian grandparents, we do not have data on grandparents' views of their significance in grandchildren's lives. However, there are significantly more reports of mutual support and learning between grandparents and grandchildren in interviews with children than what emerges in data from parents.

Several authors have discussed how altered fertility patterns have created increasingly symmetrical families, with about equal numbers of children and parents, – grandchildren and grandparents. Harper (2005) reminds us that demographic shifts have increased the number of generations but decreased the absolute number of relatives. She suggests that as a consequence, given intergenerational connections, such as the grandparent-grandchild tie, may become more socially prominent and personally significant for those involved.

Such discussions often start from the premise that parental and grandparental time, attention and material resources are finite entities and suggest that with increasing symmetry of children and adults in family units, ties are intensified, and each child receives more adult resources (e.g. Blake, 1989; Zajonc, 1976) than in traditional, bottom-heavy structures.

Most descriptions of contemporary kin networks have been anchored at the top from the perspective of older people. Research on children tends to take a truncated, nuclear view of only two contiguous generations, and we have quite limited knowledge about the intergenerational worlds of children. This is striking and unfortunate, since the most dramatic increase in the availability of vertical ties has occurred among the young.

4. Beyond two-generations in studies of grandparent-grandchild relations: Past work

In the literature on modern grandparenthood, two reasons have typically been given for taking a three-generation perspective, indicated by the key words *bridges* and *squeezes*. The most common theme is that the middle generation serves as gatekeepers, mediators and facilitators, especially when the grandchildren are young (Cherlin and Furstenberg, 1986; Hodgson, 1998; King & Elder, 1995; Robertson, 1975; Rossi & Rossi, 1990). Thus, the quality of parent-child relationships in the two adult generations is seen as critical for the quality of ties between grandparents and grandchildren. Here, there is fairly unison agreement in the literature on grandparenthood that the most active, complex grandparent-grandchild ties are found in the maternal line, with the maternal grandmother as the star actor. NorGRAND confirms this picture, both in reports from middle generation parents and grandchildren. However, it would be important in future work to explore whether this “matrifocal tilt”, as it has been called, in part involves issues of asymmetry. In NorLAG, grandfathers and grandmothers were asked if there was one grandchild with whom they felt a particularly strong connection. No clear trends emerged. Similarly, when we examined grandparent reports of closeness to their oldest child and compared families where the oldest was a son to those in which it was a daughter, mothers and fathers did not show clear differentiation. In contrast, when views from middle generation sons and daughters who “looked up” and described relationships with mothers and fathers were compared, clear differentiation was evident. Here, the mother-daughter connection emerged as particularly strong. The complex issues of gender and lineage differentiation in three-generational networks are now being explored in the doctoral work of Katharina Herlofson, who builds on data from both NorLAG and NorGRAND.

The phenomena of bridging and gate keeping are often brought up in discussions of divorce. Here, it is argued that because mothers still get custody of children in a majority of cases, the paternal line suffers from “broken bridges”. Furthermore, since the woman serves as “kin keeper” she often facilitates contact between her husband and his parents. Divorce not only signals loss of custody for the father, but loss of kin-keeper. In a study of midlife divorce in the United States, we saw this quite clearly: many of the men had reduced contact and communication with their parents following the break-up (Hagestad, Smyer & Stierman, 1984). Here, modern Scandinavian families pose some interesting potential comparisons, since both culture and social policy encourage strong involvement of men in parenting and family activities. Herlofson will also examine family ties of “modern” fathers in her doctoral thesis.

The second theme which has emphasized three-generation views is a discussion of “generational squeezes”, “women in the middle”, etc. (Soldo, 1996). This literature emphasizes the *cost* of multi-generation structures, especially for women who in kin-keeping and care activities relate both up and down generational lines. While most of such accounts have focused on conflicting demands from parents and chil-

dren, there are also discussions of middle generations being caught between the needs of grandchildren and parents. Recent research has questioned such views. Data suggest that cases of coinciding responsibilities for parents and young children are relatively rare. Second, we have little evidence that intergenerational support is a zero sum phenomenon, i.e. that what is given to one generation is taken from another. A symposium at a recent meeting of the Gerontological Society of America (2004) showed clear convergence in findings from four countries (The Netherlands, Norway, United Kingdom, and United States): when individuals are faced with both younger and older generations, they give to both. In the symposium, Grundy and Henretta (2004) reported that middle generation individuals both in the United Kingdom and the United States give up and down, – to parents and to adult children. They concluded that some families are “high exchangers” across several intergenerational links. In such families, those who provide help “up” also give “down”. Based on data from NorLAG, Hagestad and Oppelaar (2004) reported that grandparents with own parents still alive provide the same amount or more help to children and grandchildren, compared to grandparents without living parents. In NorGRAND, the same pattern emerged when we asked middle generation parents about support from their parents. If there was a difference, *more* support flowed in four-generation structures, although the differences were not significant. After further analyses of their data Grundy and Henretta, (forthcoming) warn that it is important to consider the relative size of generations. Among middle generation members with three or more children, there was a reduced likelihood of providing help to parents.

5. Emerging perspectives

A recent theme in literature on grandparenthood is what we might call “skip patterns”: cases in which we miss some important aspects of intergenerational transfers if we only focus on two generations. Let me give a couple of examples. Because of the close and complex ties between parents and adult children, this is often where we find intergenerational dyads with much help exchanged. However, help in one dyad may indirectly aid another dyad higher up or further down in the intergenerational chain. For example, in a Norwegian study of the oldest old (Romøren & Hagestad, 1988), it was not uncommon to find adult daughters who helped their mothers with housecleaning, so that the mother could provide the same service to her own mother, the grandmother.

We also see skip patterns in inheritance, what Kohli (1999) refers to as “cascading”. In countries where direct inheritance is limited to contiguous generations, as is the case in Norway, inheritance from old parents is often swiftly passed on to the next generation, the grandchildren. Inter-vivos transfers and inheritance follow a skip pattern, in which middle-aged children initially receive funds or property, but pass them on to grandchildren. A Norwegian study (Gulbrandsen and Langsether, 1997) found that adults typically inherit when they are in their 50s, a phase of life

when they are the least likely to be in financial need. On the other hand, their children are at that time often still paying for education, have high housing costs and young children to provide for. The study found that among individuals over the age of 55 who received inheritance, more than 40 per cent passed on part or all of it to children or grandchildren.

The most significant instance of skip patterns, in my view, is found in help and support from parents to adult children who themselves have young children and face complex life course demands on their time, energy and financial resources. In some fundamental ways, being a grandparent means continuing to be a parent, what Gutmann (1987) calls being “an emeritus parent”. Thus, *much support from grandparents to grandchildren is indirect*. The grandparents help provide a secure and stable environment for the grandchildren by supporting the middle generation- the parents. Here several factors discussed above converge: increased health, vigour and relative affluence in the third age, fewer grandchildren and grandchild sets. From a sociological point of view, it is also important to consider the issue of normative structuring. While grandparenthood has very loose normative regulation, and is rarely incorporated into a society’s laws, parenting has clear and strong institutionalized normative regulation while children are minors. This lays the foundation for a strong role relationship that continues after the children are adults and have own offspring.

Elder and Conger (2000) have recently described grandparents in well-functioning two-parent families as “socially redundant”. I would disagree and argue that part of what makes them well-functioning is the sense that they have potential back-up from an older generation – the grandparents. In talking with grandparents, as I have done in focus groups, there is much mention of the “being there” function. When asked what is the most important thing that they do for children and grandchildren, the most common response is “letting them feel that I am here, should they need me”. Not infrequently, they also mention that their own parents were not able to provide this type of support when they themselves had young children. In earlier work (Hagestad, 1985), I discussed “The national guard” or “army reserve” functions of grandparents, arguing that both they and their adult children share *implicit understandings* that should the children need help, parents will supply it. Poet Robert Frost captured it well: “Home is where, if you have to go there, they have to take you in”. Such implicit understandings and army reserve functions are difficult to grasp in survey research; what is implicit is by definition not stated, and when life is moving in its normal rhythm, the fund of potential support is difficult to demonstrate. These “protection mechanisms” are particularly hard to detect by studying grandchildren. Most likely, they will not know that grandparents have helped with house payments. They will also not overhear phone conversations in which they are the topic of concern or where grandparents encourage parents by telling them that they are doing a fine job with the grandchildren.

6. Grandparents as a reserve army

In my own work, I have tried three avenues for studying the army reserve functions of grandparents:

- asking questions about *role perceptions*
- focusing on families in which there have been *stressful times* and asking if the grandparents mobilized to help
- posing hypothetical situations to assess *potential help*

6.1 Role Perceptions: What should grandparents do?

Both in NorLAG and NorGRAND, respondents were given a set of Likert-type items about what grandparents should do. Three of them are focused on here. As Table 1 shows, nearly all, both grandparents and parents of young children, agreed that grandparents should be available to grandchildren during crises, such as illness or divorce. In both generational groups of respondents, women were somewhat more likely to endorse these statements than were men. A strong majority also agreed that grandparents should encourage and support grown children in their role as parents. Again, more women agreed than did men. However, a diversity of responses emerged when the groups were asked if grandparents should contribute to the economic security of adult children and their families. Here, grandfathers were the most likely to agree (47 per cent); middle generation women were the least in agreement (25 per cent). Both among NorLAG grandparents and NorGRAND parents, men agreed significantly more than women.

6.2 Role behavior: Parents' reports of actual support

In NorGRAND, nearly 40 per cent of middle generation mothers and fathers reported receiving financial support from their parents during the last twelve months. In other words, *more* of them accepted financial help than the proportion of respondents who saw it as a part of grandparent responsibilities to provide such support. The grandparents, according to the middle generation's reports, acted pretty much in concordance with views expressed by the older generation in the NorLAG study.

With regard to *actual* support in the parent role, a majority of parents in NorGRAND agreed with the statement "supports me in my role as parent" as descriptive of their own parents (Table 2). Women perceived significantly more support than men, and both men and women saw mothers as more supportive than fathers. However, the rate of perceived support was somewhat below ideal role expectations of grandparents (Table 1). While 91 per cent of NorGRAND women agreed that grandparents should support adult children's parenting, 76 per cent of them reported receiving such support from their own parents. In further analysis, we will explore the potential influence of distance, sets and grandparental health.

If we turn to the role expectation that grandparents should be available to grandchildren in times of crises, NorGRAND has two measures that approximate actual support. We asked parents if they (the grandchild's nuclear family) had experienced any of the following problems during the preceding two years: serious illness, financial difficulties, conflict, work-related problems. We were surprised to find that 43 per cent of fathers and 48 per cent of mothers reported at least one of these problems. The most common difficulty was illness, followed by conflict. For those who said they had experienced at least one such problem, we followed up by asking if they received help from the grandparent generation, their parents, during the difficult period. Response categories were "to a great degree", "to a certain degree", "to a small degree" and "not at all". As Table 3 shows, 72 per cent of the women and 60 per cent of the men said that they had been helped by their parents to a great degree or to a certain degree. Women (36 per cent) were significantly more likely than men (19 per cent) to state that parents had helped "to a great degree". On the other hand, 40 per cent of the men said parents had helped to a small degree or not at all, compared with 28 per cent of the women.

Although the numbers are small, responses showed a striking pattern with regard to sets. (Data not shown). In families with only one set of grandchildren (in other words, the respondent's children), 43 per cent of the women, but only 10 per cent of the men said that parents had helped "to a great degree". On the other hand, 52 per cent of the men said parents had helped to a small degree or not at all, compared to 31 per cent among women. Such contrasts were only found in family lines with one set. Thus, it seems as if there are strong efforts to establish "the matrifocal tilt" in early phases of grandparenting, when there is no potential competition among sets.

In families with divorced parents in the middle generation, (N= 162), the parent was asked to what extent the grandparents were support persons for the child who is currently 10-12 years old during the process of separation and divorce. Response categories were the same as above, ranging from "to a great degree" to "not at all". As we saw in the role perceptions, more than 90 per cent of both parents and grandparents agreed that grandparents should be available to grandchildren in such a situation. Here, life falls quite short of ideal expectations. As Table 4 shows, the highest percentage is found among women talking about their own mothers, i.e. maternal grandmothers, where 57 per cent said the parent "helped a lot". In contrast, only 14 per cent of women said the paternal grandfather helped a lot, and 53 per cent said he did not help at all. As we see, the relatively strong position of the maternal grandmother is also reflected in men's descriptions of their ex-mothers-in-law, the children's maternal grandmothers. Structural factors, such as the mother having primary custody, appear to create barriers against enactment of cultural ideals regarding grandparents' support functions.

Using families with heightened need for support as a "window" for studying reserve army functions of grandparents is a useful strategy when sample size is large enough to be able to analyze cases in which stress is present. This is the approach taken in a recent interesting study by Park, Hogan and D'Ottavi (2005) in the United States. They focused on families in which a young child had serious health problems and found significantly higher grandparent involvement in these families. A point

worth noting is that they also report that cultural norms (e.g., contrasts across ethnic groups) did not predict who would help. There might be something *situationally compelling* about children and grandchildren needing help, which we might not capture when life is moving along in a normal rhythm and we ask about ideal expectations. When sample size does not allow a focus on recent or current problems, an alternative is to ask about *potential help* in hypothetical situations.

6.3 Potential help in parenting

In NorGRAND, middle generation parents were asked whom they would turn to in two situations: if they needed extra help with childcare and if they were worried about a child's behavior and needed advice. The results are displayed in Table 5. Again, we see the central role of grandmothers, especially on the maternal side. Among all respondents, parents were preferred over all other choices, which included siblings, friends and paid babysitters.

In interviews with children, we asked, "If your parents are away for a week-end, whom do you normally stay with?" The most common response was maternal grandmother, given by nearly 50 per cent. Twenty-nine per cent named paternal grandmother. A friend was the only other alternative listed by a substantial proportion, 25 per cent. When parents were asked about worries regarding a child, we again saw the centrality of mothers, especially for women. These modern parents also seek the advice of professionals (psychologists, teachers), who were more frequently nominated by men (46 per cent) than were mothers (23 per cent). Women still would turn to their mothers (43 per cent) rather than a specialist (29 per cent).

6.4 Indirect support from grandparents to grandchildren: Glass half full or half empty?

No doubt, readers have quite differing reactions to the above discussion. Do these grandparents *really* significantly contribute to their grandchildren's well-being? The efforts seem pale compared to grandparents who take full responsibility for grandchildren in families where the parental generation is not available or able, described in studies from poor communities in the United States, AIDS-ridden societies in Africa, or even Mediterranean countries in which grandmothers are the main child care providers for working mothers. Here, we need to consider what Kohli (2005) has called "transfer regimes", – the wider societal context of intra-family exchanges. Norway is a country in which care for the young and the old to a great extent is seen as a public responsibility. The "book-end generations", thus, have a greater degree of basic security than in most societies. It might be fruitful to draw on a lengthy international debate on "substitution" in securing the care and well-being of the old (Daatland & Herlofson, 2003) in discussions of children: does public care substitute for family care? Recently, some authors (e.g., Kohli 1999; Künemund & Rein, 1999) have argued that mature welfare systems do not "crowd out" family contribu-

tions, but “crowd in”. In other words, welfare state expansion increases rather than undermines family support and solidarity. Having a reserve army of grandparents may mean an extra safety net, filling potential gaps between what children need and what their nuclear families and social institutions can provide.

7. Summing up

Long lives and a shifting balance between young and old in society at large have created new patterns of relationships across family generations. These changes should propel researchers into new avenues for understanding intergenerational ties. Specifically, taking only two generations into account may often create serious limitations, if not false information. Grandparent-grandchild relations are a good illustration of how we need to widen the depth of field of our research lenses by taking a three-generational view. With parent-child relationships lasting five to six decades, much of modern grandparenting is done through continued parenting of adult children who are also parents. Furthermore, in researching interconnected relational links, we need to be alert to the issues of asymmetry and anchoring. Much work is needed to compare relatively symmetrical intergenerational structures to asymmetrical ones: “old-fashioned” bottom-heavy and “modern”, top-heavy lines. Here, contrasts between views from the top down and from the bottom up become central, for example in exploring connections in maternal and paternal lines. There is also a host of issues to explore in comparative work on different demographic regimes and how they interact with “transfer regimes” shaped by national laws and social policies towards old and young.

References

- Attias-Donfut, C. (1995). Le double circuit de transmission. In C. Attias-Donfut (Ed.), *Les solidarités entre générations: Vieillesse, familles, État*. Paris: Nathan, pp. 41-81.
- Blake, J. (1989). *Family size and achievement*. Berkeley: University of California Press.
- Cherlin, A. J. & Furstenberg, F. F. (1986) *The new American grandparent*. New York: Basic Books.
- Daatland, S. O. & Herlofson, K. (2003). Families and welfare state: Substitution or complementarity. In A. Lowenstein & J. Oggs (Eds.), *OASIS. Old Age and Autonomy: The role of service systems and intergenerational family solidarity. Final report*. Haifa: University of Haifa, pp. 281-305.
- Elder, G. H., Jr. & Conger, R. D. (2000). *Children of the land: Adversity and success in rural America*. Chicago: University of Chicago Press.
- Giarrusso, R., Silverstein, M. & Bengtson, V. L. (1996). Family complexity and the grandparent role. *Generations*, 21, pp. 17-23.
- Grundy, E. & Henretta, J. C. (2004). *Intergenerational exchanges in families with three generations: A comparative analysis*. Paper presented at the annual meeting of the Gerontological Society of America, Washington, D.C., 19-23 November.

- Grundy, E. & Henretta, J. C. (2006). Between elderly parents and adult children: A new look at the intergenerational care provided by the 'sandwich generation'. *Ageing and Society*, 26, pp. 707-722.
- Grundy, E., Murphy, M. & Shelton, N. (1999). Looking beyond the household: intergenerational perspectives on living kin and contacts with kin in Great Britain. *Population Trends* 97, pp. 19-27.
- Gulbrandsen, L. and Langsether, Å. (1997). Wealth distribution between Generations. A source of conflict or cohesion. Oslo: NOVA Skriftserie 8/97.
- Gutmann, D. (1987). Reclaimed powers: Towards a new psychology of men and women in late life. New York: Basic Books.
- Hagestad, G. O. (1985). Continuity and connectedness. In V. L. Bengtson & J. F. Robertson (Eds.) *Grandparenthood*. Beverly Hills, CA: Sage Publications, pp.31-48.
- Hagestad, G. O. (2001). Adult intergenerational relationships. In: *Gender and Generation Programme: Exploring future research and data collection options*. New York and Geneva: UNECE and United Nations Population Fund, pp. 125-143.
- Hagestad, G. O. & Herlofson, K. (forthcoming) Mico and macro perspectives on intergenerational relations and transfers in Europe. *Population Bulletin of the United Nations: Social and economic implications of changing population age structures*.
- Hagestad, G. O. & Oppelaar, J. A. (2004). *Grandparenthood and intergenerational context*. Paper presented at the annual meeting of the Gerontological Society of America. Washington, D.C., 19-23 November.
- Hagestad, G., Smyer, M. & Stierman, K. (1984). Parent-child relations in adulthood: The impact of divorcing in middle age. In R. Cohen, S. Weissman & B. Cohler (Eds.), *Parent-hood: Psychodynamic perspectives*. New York: Guilford Press, pp. 246-262.
- Harper, S. (2005). Grandparenthood. In *The Cambridge handbook of age and ageing*, M. L. Johnson (ed.), Cambridge: Cambridge University Press, pp. 422-428.
- Hodgson, L. G. (1998) Grandparents and older grandchildren. In M. E. Szinovacz (Ed.), *Handbook of grandparenthood*. Westport, Conn.: Greenwood Press, pp.171-183.
- King, V. & Elder, G. H. (1995). American children view their grandparents: Linked lives across three rural generations. *Journal of Marriage and the Family*, 57, pp. 165-178.
- Kohli, M. (1999). Private and public transfers between generations: Linking the family and the state. *European Societies*, 1, pp. 81-104.
- Kohli, M. (2005). Intergenerational transfers and inheritance: a comparative view. In M. Silverstein & K. Warner Schaie (Eds.), *Intergenerational relations across time and place*. Annual Review of Gerontology and Geriatrics, vol. 24, pp. 266-289.
- Kohli, M., Künemund, H. & Lüdicke, J. (2005). Family structure, proximity and contact. In A.Börsch-Supan, A. Brugiavini, H. Jürges, J. Mackenbach, J. Siegrist, & G. Weber, (Eds.), *Health, ageing and retirement in Europe. First results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*, Mannheim: MEA, pp. 164-170.
- Künemund, H. & Rein, M. (1999). There is more to receiving than needing: theoretical arguments and empirical explorations of crowding in and crowding out. *Ageing and Society*, 19, pp. 93-121.
- Park, J. M., Hogan, D. P. & D'Ottawi, M. H. (2005) Grandparenting children with special needs. In M. Silverstein & K. Warner Schaie (Eds.), *Intergenerational relations across time and place*. Annual Review of Gerontology and Geriatrics, vol. 24, New York: Springer Publishing Company, pp. 120-149.
- Robertson, J. F. (1975). Interaction in three-generation families, parents as mediators: Towards a theoretical perspective. *International Journal of Aging and Human Development*, 6, pp. 103-110.
- Romören, T. I. & Hagestad, G. O. (1988). *Careers of care: A study of Norwegian oldest old*. Paper presented at the annual meeting of the Gerontological Society, San Francisco, November.

- Rossi, A. S. & Rossi, P. H. (1990). *Of human bonding. Parent-child relations across the life course*. New York: Aldine de Gruyter.
- Soldo, B.J. (1996). Cross-pressures on middle-aged adults: a broader view. *Journal of Gerontology*, 51B, pp. 271-273.
- Szinovacz, M. E. (1998). Research on grandparenting: Needed refinements in concepts, theories and methods. In M. E. Szinovacz (Ed.), *Handbook of grandparenthood*. Westport, Conn.: Greenwood Press, pp.257-288.
- Uhlenberg, P. (1996). Mortality decline in the twentieth century and supply of kin over the life course. *The Gerontologist* 36, pp. 681-685.
- Uhlenberg, P. (2005). Historical forces shaping grandparent-grandchild relationships: Demography and beyond. In M. Silverstein (ed.), *Intergenerational relations across time and place. Annual Review of Gerontology and Geriatrics*, 24, pp. 77-97.
- Uhlenberg, P. & Hamill, B. G. (1998). Frequency of grandparent contact with grandchild sets: Six factors that make a difference. *The Gerontologist*, 38, pp. 276-285.
- Zajonc, R.B. (1976). Family configuration and intelligence. *Science*, 192, 227-236.

The author gratefully acknowledges financial support from the Research Council of Norway, Grant nr. 150223/520.

Submitted on/ingereicht am: 03.05.2006

Accepted on/akzeptiert am: 06. 09. 2006

Address of the author/Anschrift der Autorin:

Prof. Gunhild O. Hagestad
Institutt for sosiologi, sosialt arbeid og velferdsfag
Fakultet for økonomi og samfunnsfag
Høgskolen i Agder
Serviceboks 422
N-4604 Kristiansand
Norway/Norwegen

Email: gunhild.hagestad@hia.no

Appendix/Anhang

Table 1: Perceptions of Grandparent Role.

	Grandparents (NorLAG)		Parents (NorGRAND)	
	men	women	men	women
Per cent who agree that Grandparents should:				
Be available to grandchildren in crises (e.g., illness, divorce)	94	97***	90	97***
Provide encouragement to children in role as parents	89	91***	86	91***
Contribute to economic security of children and their families	47	34***	32	25**

***p<.001, ** p<.01

Table 2: Reports of support from parents (NorGRAND).

	men	women
Received financial help during the last 12 months	38	40
"mother supports me in my role as parent"	67	76***
"father supports me in my role as parent"	57	66***

***p<.001

Table 3: Reports of parental support in difficult period. NorGRAND (per cent).

	To a great degree	Certain degree	Small degree/not at all
men (N=142)	19	41	40
women ** (N=240)	36	36	28

**p<.01

Table 4: Reports on parents' help to grandchild during divorce. NorGRAND (per cent).

	A lot		Certain degree		Not at all	
	men	women	men	women	men	women
Maternal grandmother	21	57	74	88	26	12**
Maternal grandfather	14	40	63	74	37	26*
Paternal grandmother	29	15	76	55	24	45*
Paternal grandfather	29	14	68	47	32	53 NS

**p<.01, *p<.05

Table 5: Potential help from parents (NorGRAND)

	men	women
Ask for extra help watching children: Mother	46	54**
Extra help: Father	17	18
Ask advice if concerned about child' behavior: Mother	23	43***
Ask advice: Father	8	9
Ask advice: Professional	46	29***

***p<.001, **p<.01

Michaela Kreyenfeld & Esther Geisler

Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland

Mothers' Employment in East and West Germany

Zusammenfassung

Auf Basis der Daten des Mikrozensus aus den Jahren 1991, 1996 und 2002 gibt dieser Artikel einen Überblick über das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern in Ost- und Westdeutschland. Neben der Frage der Ost-West-Angleichung stehen bildungsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten im Vordergrund der Analyse.

Schlagerworte: Frauenerwerbstätigkeit, Mikrozensus, ILO-Erwerbskonzept

Abstract

This article provides an overview on the labor force behavior of women with children in East and West Germany using data from the German Microcensus of the years 1991, 1996 and 2002. Besides the question of an East-West-convergence of behavior, we investigate educational differences in mothers' employment behavior.

Keywords: Female employment, microcensus, ILO-labor force concept

1 Einleitung

Ähnlich wie in anderen ehemals sozialistischen Ländern gehörte eine hohe Frauenerwerbsquote zu den expliziten Zielen der Sozialpolitik der DDR, die durch umfassende Maßnahmen nicht nur gefördert, sondern auch gefordert wurde. Im Gegensatz dazu gelten die sozialpolitischen Rahmenbedingungen der BRD als „familialistisch“, d.h. sie zielen weniger auf die Vereinbarkeit von Kind und Beruf, sondern fördern vielmehr die Pflege- und Betreuungsarbeit in der Familie (Gauthier 1996; Gornick, Meyers und Ross 1998; Esping-Andersen 1999; Stier, Lewin-Epstein und Braun 2001; Leitner, Ostner und Schratzenstaller 2004).

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden die politischen und ökonomischen Institutionen der DDR durch das System der BRD ersetzt. Während in der DDR die Vollzeit-erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern eine Selbstverständlichkeit darstellte, bieten die neuen sozialpolitischen Rahmenbedingungen größere Handlungsspielräume. Der (Teil-)Rückzug aus dem Arbeitsmarkt, um sich der Betreuung der Kinder zu widmen, ist nun durch die im internationalen Vergleich groß-

zügige Förderung des „Hausfrauenmodells“ möglich. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur mit einer Annäherung der ostdeutschen an die westdeutschen Erwerbsmuster zu rechnen, auch sollten die sozialstrukturellen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung im Laufe der Zeit zugenommen haben. Zum einen schließt die Arbeitsmarktentwicklung verstärkt schlecht qualifizierte Frauen aus dem primären Arbeitsmarkt aus. Zum anderen setzen die familien- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland die niedrigsten Erwerbsanreize für schlecht qualifizierte Frauen.

Ziel dieses Artikels ist es, einen Überblick über die Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Müttern in Ost- und Westdeutschland zu geben. Der Artikel ist in vier Teile gegliedert. In Teil 2 leiten wir unsere wesentlichen Forschungshypothesen her. Teil 3 beinhaltet einen deskriptiven Überblick über das Erwerbsverhalten von Müttern in den Jahren 1991 bis 2002. Als Datenbasis dient der Mikrozensus. In diesem Teil diskutieren wir das standardmäßig verwendete ILO-Erwerbskonzept und schlagen ein „erweitertes Konzept“ vor, das geeigneter erscheint, das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern abzubilden. In Abschnitt 4 stellen wir die Ergebnisse eines multinomialen logistischen Regressionsmodells zu den sozialstrukturellen Determinanten der Erwerbstätigkeit vor.

2 Theoretische Überlegung

2.1 Determinanten des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern

Das Arbeitsangebotsmodell der ökonomischen Theorie ist einer der wesentlichen Dreh- und Angelpunkte zur Erklärung des Erwerbsverhaltens von Frauen (Becker 1965; Killingsworth und Heckman 1986). Demnach erklärt sich das Arbeitsangebotsverhalten insbesondere durch den zu erwartenden Lohnsatz, der durch Humankapitalcharakteristika wie Bildung und Berufserfahrung bestimmt wird (Mincer 1974). Für die Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist ebenfalls von Bedeutung, dass die Erwerbsentscheidung im Haushaltskontext getroffen wird. Entsprechend bestimmt sich das Arbeitsangebot der Frau auch in Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen des Partners. Folgt man der klassischen Arbeitsangebotstheorie sollten zum einen gut ausgebildete Frauen eine höhere Erwerbneigung aufweisen, zum anderen gilt dies für Frauen mit einem gering qualifizierten Partner.

Für die Erklärung der Müttererwerbstätigkeit ist zudem die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung von zentraler Bedeutung. Heckman (1974) hat diese Überlegungen erstmalig in das ökonomische Modell integriert, indem er die Kinderbetreuungskosten als Abzug vom Lohnsatz der Frau betrachtet hat. Entsprechend reduzieren hohe Kinderbetreuungskosten den zu erwartenden Lohnsatz. Zwar bleibt theoretisch offen, ob der Einkommens- oder Substitutionseffekt dominiert, jedoch ist die generelle Annahme, dass sich hohe Kinderbetreuungskosten negativ auf das weibliche Arbeitsangebot niederschlagen. Empirische Untersuchungen kommen meist zu dem Ergebnis, dass Kinderbetreuungskosten insbesondere die Ar-

beitsmarktbeiträge von gering qualifizierten Frauen reduzieren (Connelly 1991; Ribar 1992; Powell 2002).

Im ökonomischen Modell werden die familienpolitischen Eingriffe in Form von steuer- und transferpolitischen Maßnahmen modelliert. Kinderbetreuungspolitik wird dabei meist auf die Rolle der Kinderbetreuungssubventionen reduziert. In Deutschland, wie auch in den meisten europäischen Ländern, existiert ein öffentliches System der Kinderbetreuung. In einem derartigen System spielen weniger die Kosten eines Betreuungsplatzes eine Rolle, als vielmehr die Frage, ob man Zugang zu der begrenzten Anzahl verfügbarer Plätze erhält. Bei der Frage der Nutzung eines Kinderbetreuungsplatzes spielt ebenfalls die Akzeptanz des öffentlich bereit gestellten Angebots eine zentrale Rolle. Inwiefern Eltern der Meinung sind, dass die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung der Entwicklung des eigenen Kindes schadet, mag für die Erwerbsentscheidung eine stärker handlungsleitende Funktion erfüllen als die Kosten der Betreuung. Diese Aspekte finden im ökonomischen Modell keine direkte Beachtung. Zwar wird die Nachfrage nach „Betreuungsqualität“ in der ökonomischen Literatur diskutiert (Berger und Black 1992; Blau und Hagy 1998), jedoch werden bei dieser Diskussion normative Aspekte der Kinderbetreuung und der Müttererwerbstätigkeit ausgeblendet.

Die unterschiedlichen kulturellen Leitbilder in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern werden insbesondere von Pfau-Effinger (1999; 2000) thematisiert. Nicht nur strukturelle, sondern auch kulturelle Bedingungen haben demnach einen Einfluss auf die Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere im Hinblick darauf, welche kulturellen Konstruktionen von Mutter- und Vaterschaft und insbesondere Kindheit existieren und welche Sphäre als zuständig für die Erziehung der Kinder angesehen wird. Demzufolge bezieht sich das Erwerbsverhalten von Frauen auch größtenteils auf kulturelle Leitbilder einer wünschenswerten, als richtig angesehenen Arbeitsteilung (Gerhard, Knijn und Weckwert 2003; Klement und Rudolph 2004).

Die international vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung rückt die familienpolitischen Rahmenbedingungen in den Vordergrund der Betrachtung. Deutschland wird in diesem Zusammenhang als Prototyp des „familialistischen“ Wohlfahrtsstaates bezeichnet, dessen institutionelle Rahmenbedingungen einseitig die Einbindung der Frau in Pflege- und Betreuungsarbeit innerhalb des Haushalts fördern (Gauthier 1996; Gornick, Meyers und Ross 1998; Esping-Andersen 1999; Stier, Lewin-Epstein und Braun 2001; Leitner, Ostner und Schratzenstaller 2004). Die Kernelemente des Systems sind das „Ehegattensplitting“, die relativ lange Dauer der Elternzeit und das geringe Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen. Diese Kernelemente sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

2.2 Kernelemente der Familienpolitik in Deutschland

Die Dauer des Erziehungsurlaubs (bzw. der Elternzeit) ist seit der Einführung im Jahr 1986 vielfach modifiziert worden. Aktuell sind Frauen und Männer nach der Geburt eines Kindes berechtigt, Erziehungsurlaub für die Dauer von drei Jahren in Anspruch zu nehmen. Für maximal zwei der drei Jahre kann ein einkommens-

abhängiges Erziehungsgeld von 300 Euro bezogen werden.¹ In Bezug auf das sozialpolitische Ziel der „Vereinbarkeit von Kind und Beruf“ sind die Regelungen zum Erziehungsurlaub und zum Erziehungsgeld ambivalent beurteilt worden (Gottschall und Bird 2003; Ziefle 2004; Gruescu und Rürup 2005). Zwar wird gleichermaßen Müttern und Vätern die Möglichkeit eingeräumt, für einige Zeit aus dem Beruf auszusteigen, um sich der Betreuung ihrer Kinder zu widmen, andererseits stellt das Erziehungsgeld von monatlich 300 Euro keine Lohnersatzleistung dar. Eine Lohnersatzleistung, die bspw. in Schweden mit dem Erziehungsgeld verbunden ist, wurde mit den Regelungen in Deutschland bislang nicht angestrebt. Stattdessen sollte das Erziehungsgeld als Familienleistung zur „Anerkennung für die besonders wichtige persönliche Betreuung des Kindes in seinen ersten Lebensjahren“ dienen (BMFSFJ 2003: 7). Die familienpolitischen Schwerpunkte für die neue Legislaturperiode sehen dagegen eine Neukonzeption des Erziehungsgelds vor. Ab 2007 soll für das erste Jahr ein Erziehungsgeld gezahlt werden, das 67 Prozent des vorhergehenden Nettolohns ersetzt. Eine derartige Änderung würde einer radikalen Neukonzeption der Elternzeitregelungen gleich kommen.

Neben den Regelungen zum Erziehungsurlaub stellt das Kinderbetreuungssystem einen wichtigen Parameter der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern dar (Kreyenfeld und Hank 2000; Büchel und Spieß 2002; Klement, Müller und Prein 2006). In Westdeutschland ist die Anzahl der Kindergartenplätze seit den 1970er Jahren kontinuierlich angestiegen. Motiviert war der Ausbau der Kinderbetreuung durch die Zielvorstellungen, Kinder frühzeitig zu fördern und ihnen möglichst ähnliche Startbedingungen zu gewährleisten. Die Frage der „Vereinbarkeit von Kind und Beruf“ stand zu dieser Zeit nicht im Vordergrund. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass sich der Kindergarten nur als eine Halbtagsbetreuungsinstitution etablierte. 1996 wurde ein gesetzlich verankerter Anspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt, jedoch bezieht sich auch dieser nur auf einen Halbtagsplatz. Das 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) sieht insbesondere einen Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren vor. Bislang stellen Ganztagsbetreuungsplätze wie auch Betreuungsplätze für Kinder im Krippenalter in Westdeutschland jedoch weiterhin eine Ausnahme dar. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik für das Jahr 2002 zeigt, dass im Krippenbereich die Versorgungsquote unter 5 Prozent liegt (Statistisches Bundesamt 2004b). Aktuellere Zahlen der Versorgungsquoten liegen nicht vor, da dieser Kennziffern der Kinder- und Jugendhilfestatistik bislang nur alle vier Jahre erhoben werden.

Die Regelungen zum Erziehungsurlaub und das geringe Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder sind eingebettet in steuer- und transferpolitische Rahmenbedingungen, die das „Hausfrauenmodell“ ermöglichen. Das „Ehegattensplitting“ erlaubt verheirateten Paaren, ihre Steuern gemeinsam zu veranlagern. Auf Grund des progressiven Steuertarifs bieten sich die größten Steuervorteile für Paare,

1 Seit dem 1.1.2004 wurde die Einkommensgrenze für die ersten sechs Lebensmonate des Kindes deutlich gesenkt. Sie liegt zurzeit bei 30.000 Euro für Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften sowie 23.000 Euro für Alleinerziehende. Ab 2004 wurde auch die Höhe des Erziehungsgeldes geringfügig gekürzt. So beträgt der Regelbetrag gegenwärtig 300 Euro, bei verkürzter Bezugsdauer werden 450 Euro gezahlt (BMSFJ 2005).

die das klassische „male breadwinner model“ leben oder solche, bei denen die Frau lediglich einen geringen Beitrag zum Haushaltseinkommen in Form von Teilzeitarbeit leistet (Seidel, Teichmann und Thiede 1999; Dingeldey 2002). Auch die Hinterbliebenenversorgung und die Mitversicherung der nichterwerbstätigen Ehefrau in der gesetzlichen Krankenversicherung sind wichtige Elemente in einem System, in dem die finanziellen Risiken der reduzierten Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen sozial abgedeckt werden.

Internationale Studien, die den Vergleich sozialpolitischer Rahmenbedingungen zum Kern haben, kommen meist zu dem Schluss, dass in kaum einem anderen Land die Nichterwerbstätigkeit verheirateter Frauen stärker gefördert wird als durch das System der BRD (Sainsbury 1997). Meyers, Gornick und Ross (1999) sowie Gornick, Meyers und Ross (1997; 1998) stellen fest, dass Deutschland zwar einen ausgedehnten Mutterschafts- und Erziehungsurlaub aufweist, jedoch nur in geringem Maße Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Kinder unter sechs Jahren zur Verfügung stellt. Auf letzteres führen sie es zurück, dass die „child penalties“ (die Einkommensunterschiede von Frauen mit und ohne Kinder) relativ hoch ausfallen. Problematisch erscheint an der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und den entsprechenden Ländervergleichen, dass sich die Analysen hauptsächlich auf Westdeutschland beziehen, bzw. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ignoriert werden. Dies gilt sowohl für die Studien Esping-Andersens (1999) als auch für die Analysen von Sainsbury (1997) oder Gornick, Meyers und Ross (1998). Eine analytische Trennung zwischen Ost und West scheint jedoch auch für die Zeit nach der Wende in Deutschland sinnvoll zu sein.

2.3 Die besondere Situation in den neuen Bundesländern

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden die politischen und ökonomischen Institutionen der DDR durch das System der BRD ersetzt. In der DDR war die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt eine zentrale sozialpolitische Leitvorstellung. Während in Westdeutschland die Teilzeiterwerbstätigkeit als Möglichkeit betrachtet wurde (und wird), Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde in der DDR die Teilzeiterwerbstätigkeit vielmehr als atypische Beschäftigungsform wahrgenommen. Demnach verhinderte eine Ausbreitung der Teilzeiterwerbstätigkeit die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt (Obertreis 1985: 305ff.). Das flexible und flächendeckende Betreuungssystem, das Überangebot an offenen Stellen, sowie ein moralischer und ökonomischer Druck machten die Vollzeitzeiterwerbstätigkeit zur gesellschaftlichen Normalität. Diese Norm galt ebenso für Männer wie für Frauen und bedingte eine hohe Erwerbsbeteiligung aller Alters- und Bildungsgruppen (Helwig 1988; Frerich und Frey 1993; Trappe 1995; Trappe und Rosenfeld 2000).²

2 Eine Ausnahme stellt die einjährige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach Geburt eines Kindes dar. 1976 wurde das „Babyjahr“ eingeführt, welches Müttern ab der Geburt ihres zweiten Kindes (und ab 1986 ab der Geburt des ersten Kinds) eine bezahlte Freistellung bot (Obertreis 1986; Trappe 1995). Bis dato hatte die Vorstellung dominiert, dass Frauen

Vor dem Hintergrund der Konvergenz der institutionellen Rahmenbedingungen nach der Wende wurde langfristig eine Annäherung des Erwerbsverhaltens ostdeutscher Frauen an die westdeutschen Erwerbsmuster erwartet (Dorbritz 1997; Rosenfeld, Trappe und Gornick 2004). Der Hypothese der Ost-West-Anpassung stehen jedoch markante Unterschiede in den Rahmenbedingungen und in den Einstellungen gegenüber, die die Wende „überlebt“ haben. Diese Unterschiede betreffen insbesondere die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Kind und Beruf, aber auch grundlegende Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern.

Die sozialpolitischen Bemühungen der DDR, die auf die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zielten, hatten prinzipiell wenig an der traditionellen Arbeitsteilung im Haushalt verändert. Jedoch hat die Politik durchgreifende Änderungen in den Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit befördert, die auch die Wende überdauert haben. Dies lässt sich u.a. an den Äußerungen zur Frage, ob ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter erwerbstätig ist, erkennen. Der Vergleich der Analysen 1992 und 2004 zeigt, dass in beiden Landesteilen die liberalen Einstellungen in diesem Zeitraum deutlich zugenommen haben. Während im Jahr 2004 62 Prozent der westdeutschen Befragten dieser Einschätzung zustimmen, sind es im Osten gerade mal 29 Prozent (Tabelle 1). In Bezug auf die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit hat demnach keine Ost-West-Angleichung stattgefunden. Auch zeigen diese Analysen, dass die westdeutschen Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit Veränderungen unterworfen sind. Im Laufe der 1990er Jahre zeigt sich eine deutliche Zunahme der Akzeptanz der Müttererwerbstätigkeiten in den „alten“ Bundesländern.

Der wohl entscheidende Parameter für die Unterstützung der Vereinbarkeit von Kind und Beruf ist das Kinderbetreuungssystem. Obwohl das Angebot an Krippenplätzen nach der Wende deutlich reduziert worden ist, kam es nicht, wie vielfach angenommen, zu einem „Zusammenbruch“ der ostdeutschen Betreuungsinfrastruktur (Rindfuss und Brewster 1996: 273; Adler 1997: 44). Im Jahr 2002 werden 35 Prozent der Kinder zwischen unter 3 Jahren in der Krippe betreut (Tabelle 2). In Westdeutschland sind es gerade mal 5 Prozent der Kinder derselben Altersklasse. Letztendlich stellen die relativ guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Ostdeutschland fundamental andere strukturelle Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern dar als jene in Westdeutschland.

problemlos in den Erwerbsprozess integriert werden konnten. Kritische Studien zu den Langzeiteffekten der Krippenbetreuung sowie die niedrigen Geburtenraten der 1970er hatten im Wesentlichen eine Neukonzeption der Politik motiviert, die es Frauen ermöglichte, sich für ein Jahr der Betreuung ihrer Kinder zu widmen.

Tabelle 1: Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit in Deutschland 1992-2004, Bewertung der Aussage: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“, Spaltenprozent

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1992	1996	2000	2004	1992	1996	2000	2004
Stimme voll und ganz zu	45	43	38	31	23	20	13	8
Stimme eher zu	29	31	32	31	28	28	27	21
Stimme eher nicht zu	16	16	19	25	26	27	33	36
Stimme gar nicht zu	8	8	9	12	21	23	24	34
Weiß nicht	3	2	2	1	3	2	2	1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: ALLBUS 1992, 1996, 2000, 2004 (eigene Berechnungen)

Tabelle 2: Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen in Deutschland³

Alter der Kinder	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1996	2002	1991	1996	2002
0 bis unter 3 Jahre	4	4	5	58	33	35
3 bis unter 4 Jahre	51	54	68	89	85	86
4 bis unter 6 Jahre	75	76	77	88	85	86

Anmerkung: Betreuungsquoten: Anzahl der Kinder in einer Kindertageseinrichtung pro 100 Kinder der jeweiligen Altersklasse

Quelle: Mikrozensus 1991, 1996, 2002 (eigene Berechnungen)

2.4 Hypothesen zu den sozialstrukturellen Unterschieden im Erwerbsverhalten

Obwohl es in der DDR kaum bildungsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten von Frauen gab, liegt es nahe, dass diese nach der Wende zugenommen haben. Dies lässt sich zum einen „neoklassisch“ begründen. Während im sozialistischen Regime die Lohnvariation gering war, sind nach der Wende die Einkommensunterschiede und Humankapitalrenditen angestiegen. Entsprechend sollten sich die Arbeitsanreize für gut qualifizierte Frauen in Ostdeutschland erhöht haben. Zum anderen drängt die Arbeitsmarktentwicklung schlecht qualifizierte Frauen in Arbeitslosigkeit ab oder verweist sie auf ABM-Maßnahmen (Holst und Kirner 1995; Engelbrech und Reinberg 1997).

Die familienpolitischen Rahmenbedingungen können derartige bildungsspezifische Erwerbsmuster verstärken. Während das Erziehungsgeld in Ländern wie Schweden vom vorhergehenden Einkommen abhängt und somit für alle Personen ähnliche

³ Für Kinder im Hortalter ist es auf Grund von Veränderungen im Frageprogramm des Mikrozensus nicht möglich, vergleichbare Analysen für die Jahre 1991 bis 2002 darzustellen. Auch wird der Umfang der Betreuung (ganztags oder halbtags) nicht erfasst.

Anreize setzt, es in Anspruch zu nehmen, ist das Erziehungsgeld in Deutschland nicht an das vorhergehende Einkommen gebunden und beträgt generell 300 Euro. Für Frauen mit einem niedrigen Einkommen sind in Bezug auf Erwerbsentscheidungen derartige Transferleistungen bedeutsamer als für Frauen mit einem hohen Einkommen. Auch das „Ehegattensplitting“ setzt die höchsten „work disincentives“ für Frauen mit niedrigem Einkommen, vorausgesetzt sie haben einen Partner, der ein entsprechend höheres Einkommen erwirtschaftet. Frauen, deren Partner eine höhere Bildung als sie selbst haben, sollten demzufolge eine niedrigere Erwerbsneigung aufweisen.

Ähnliche Steuerungswirkungen lassen sich den Kinderbetreuungskosten beimessen. Prinzipiell dominiert in Deutschland ein öffentliches Angebot der Kinderbetreuung. Während in Ländern wie Großbritannien oder den USA hohe Kinderbetreuungskosten eine wesentliche Barriere für die Erwerbsaufnahme darstellen, gilt dieses Argument nicht in gleichem Maße für ein System, in dem Kinderbetreuungsplätze in Form eines öffentlichen Angebots bereit gestellt werden, für das ein nur geringes Entgelt entrichtet wird. Da die Kinderbetreuungskosten in einem derartigen System eine untergeordnete Rolle spielt, sollten auch die bildungsspezifischen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen geringer ausfallen. Jedoch sind auch in Deutschland die Elternbeiträge in den letzten Jahren deutlich angehoben worden. Während im Jahr 1996 ein Vollzeitplatz in einer Kindertageseinrichtung durchschnittlich 140 DM (70 Euro) gekostet hat, sind es im Jahr 2002 etwa 100 Euro.⁴ Auch ist unklar, wie die einzelnen Bundesländer und Kommunen mit der Vorgabe des KJHG § 8 umgehen, wonach die Elternbeiträge einkommensabhängig gestaltet werden sollen. Hohe Elternbeiträge können relevante Entscheidungsparameter für das Erwerbsverhalten von Frauen darstellen. Während gut qualifizierte Frauen mit hohem Einkommen eher in der Lage sind, Elternbeiträge zu entrichten, können diese Kosten ein entscheidendes Hemmnis für die Erwerbsaufnahme schlecht qualifizierter Frauen darstellen. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte ließe sich vermuten, dass deutliche bildungsspezifische Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Müttern in Ost- und Westdeutschland existieren.

3 Deskriptive Analysen

3.1 Datensatz und Stichprobenauswahl

Für die empirischen Analysen verwenden wir die Daten des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine repräsentative Ein-Prozent-Stichprobe der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Die Befragung wird seit 1957 einmal jährlich in Westdeutschland durchgeführt. In Ostdeutschland fand die erste Mikrozensus-Befragung nach der

⁴ Die Angaben beziehen sich auf eigene Berechnungen mit dem Sozio-Oekonomischen Panel. Es handelt sich hier um ungewichtete deskriptive Analysen der Variablen zum Besuch einer Kindertageseinrichtung und der Höhe der Elternbeiträge.

Wende im Jahr 1991 statt. Seit 2005 wird der Mikrozensus auch unterjährig durchgeführt, d.h. ab diesem Zeitpunkt liegen auch Quartalsergebnisse vor. Für die Wissenschaft wird vom Statistischen Bundesamt ein „Scientific-Use-File“ des Mikrozensus zur Verfügung gestellt. Der Scientific-Use-File ist eine faktisch-anonymisierte 70-Prozent-Teilstichprobe des Mikrozensus (Emmerling und Riede 1997; Schimpl-Neimanns 1998). Bislang sind faktisch-anonymisierte Teildatensätze für die Mikrozensus bis zum Jahr 2003 verfügbar.

Für die deskriptive Darstellung verwenden wir die Scientific-Use-Files der Mikrozensus der Jahre 1991, 1996 und 2002.⁵ Für die multivariaten Analysen beschränken uns jedoch auf das Befragungsjahr 2002. Der Vorteil des Mikrozensus liegt insbesondere in seiner hohen Fallzahl, so dass auch spezielle Populationen wie in der vorliegenden Untersuchung differenziert analysiert werden können. In die Analyse beziehen wir nur Frauen zwischen 18 und 45 Jahren ein, die der Bevölkerung am Familienwohnsitz zugerechnet werden können und Kinder zwischen 1 und 15 Jahren haben, die im Haushalt (bzw. in der Familie) leben. Wir verwenden nur Frauen bis zum Alter 45, da wir davon ausgehen können, dass deren Kinder das elterliche Haus in den meisten Fällen noch nicht verlassen haben. Dies ist relevant, da die Fertilitätsbiographie im Mikrozensus nicht abgefragt wird und demzufolge nur Informationen über die im Haushalt bzw. in der Familie lebenden Kinder berücksichtigt werden können. Wir schließen ebenfalls Frauen aus, die ein Kind unter einem Jahr haben, da diese Frauen sich vielfach noch im Mutterschutz befinden, für die also ein Beschäftigungsverbot existiert. Für Westdeutschland stehen uns 24.983 westdeutsche Mütter zur Verfügung. In Ostdeutschland sind dies 4.501 (siehe Tabelle A3 im Anhang).

3.2 Das „erweiterte“ Erwerbskonzept zur Erfassung der Müttererwerbstätigkeit

Eine gängige Kennziffer zur Erfassung des Erwerbsverhaltens von Frauen ist die *Erwerbsquote*, die den Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung wiedergibt. Die Erwerbsquote wird auf Basis der Arbeitskräftestichproben in den Ländern Europas nach den Richtlinien der International Labor Organization (ILO) generiert und in unterschiedlichen Veröffentlichungen der OECD verbreitet (OECD 2005).⁶ In Deutschland ist die Arbeitskräftestichprobe in den Mikrozensus inte-

5 Beim Mikrozensus handelt es sich um eine rotierende Stichprobe, in der die Haushalte jedes Auswahlbezirks vier Jahre lang befragt werden, wobei jedes Jahr ein Viertel der Auswahlbezirke ausgetauscht wird. Für die folgenden Analysen werden die unterschiedlichen Jahre in einem Datensatz gepoolt. Um zu gewährleisten, dass eine befragte Person nicht mehrfach in dem Datensatz erscheint, haben wir die Mikrozensus so ausgewählt, dass zwischen ihnen mindestens vier Jahre Abstand bestehen.

6 Die ILO-Definition fasst alle Personen über 15 Jahren unter die Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, das mindestens 1 Stunde in der Woche umfasst. Weiterhin gelten auch Personen, die zwar in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, in der Berichtswoche aber nicht gearbeitet haben, als erwerbstätig.

griert, der die wesentlichen Fragen enthält, um die ILO-Erwerbsquote umzusetzen (Schmidt 2000; Rengers 2004). Demnach liegt die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland mit etwa 65 Prozent im Jahr 2002 im europäischen Mittelfeld.

Dass Deutschland, angesichts seiner Rahmenbedingungen, die allgemein als wenig „work and family friendly“ gelten, derart „gut“ im internationalen Vergleich abschneidet, dürfte auch der Tatsache geschuldet sein, dass Ost- und Westdeutschland, spätestens seit 2000, in den europäischen Veröffentlichungen nicht mehr getrennt erscheinen. Während in Ostdeutschland die Erwerbsquote von Frauen bei 73 Prozent, und damit mit den skandinavischen Ländern am oberen Ende der europäischen Verteilung zu finden ist, liegt Westdeutschland mit 64 Prozent deutlich niedriger (siehe Tabelle A1 und A2 im Anhang).

Die Erwerbsquote von Frauen wird vielfach als Indikator verwendet, um die Position von Frauen und die Verwirklichung der Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt darzustellen. Problematisch erscheint daran, dass sich die Frage, inwiefern die Rahmenbedingungen „work and family friendly“ sind, in erster Linie nach der Familiengründung stellen. Deutschland (West) zeichnet sich durch ein im internationalen Vergleich hohes Alter bei Erstgeburt und einen extrem hohen Anteil zeitlebens kinderloser Frauen aus (Dorbritz und Ruckdeschel 2006; Konietzka und Kreyenfeld 2006). Für die internationale Vergleichbarkeit der Erwerbsquote bedeutet dies, dass in Deutschland das Erwerbsverhalten von kinderlosen Frauen überproportional Berücksichtigung findet. Ein Indikator, der etwas über die Verwirklichung der Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Kind und Beruf und die Verwirklichung der „ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen“ aussagen will, müsste sich insbesondere auf das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern beziehen.

Das ILO-Erwerbskonzept, auf dessen Basis die Erwerbsquoten berechnet werden, ist jedoch für die Analyse der Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nicht uneingeschränkt brauchbar. Zum einen werden Frauen im Erziehungsurlaub seit 1996 explizit als Erwerbstätige eingestuft. Zwar lässt sich argumentieren, dass Frauen im Erziehungsurlaub einen gültigen Arbeitsvertrag haben, jedoch sind sie de facto nicht in den Erwerbsprozess integriert. Zum anderen unterscheidet das ILO-Erwerbskonzept nicht zwischen Vollzeit, Teilzeit und geringfügig Erwerbstätigen. Angesichts der Tatsache, dass Frauen mit Kindern häufiger reduziert erwerbstätig sind, erscheint eine derartige Unterscheidung jedoch durchaus sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund haben wir für die folgenden Analysen der Müttererwerbstätigkeit ein „erweitertes“ Erwerbskonzept verwendet, in dem wir explizit den

Als Erwerbslose gelten laut ILO-Definition Personen über 15 Jahre, die in der Berichtswoche keiner entgeltlichen Tätigkeit nachgehen, in den letzten vier Wochen davor aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben sowie innerhalb der nächsten zwei Wochen für den Arbeitsmarkt verfügbar sind. Weiterhin zählen auch Personen, die die Arbeitssuche bereits abgeschlossen haben und später als in der Berichtswoche eine Tätigkeit aufnehmen, zu den Erwerbslosen.

Nach dem ILO-Konzept gelten alle Personen als Nichterwerbspersonen, die in der Berichtswoche in keinem Beschäftigungsverhältnis standen und auch nicht auf der Suche nach einer Beschäftigung waren.

Erwerbsumfang berücksichtigen. *Vollzeiterwerbstätige* sind Personen, die für die Berichtswoche eine tatsächliche Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden angeben.⁷ *Teilzeiterwerbstätige* sind Personen mit einer Arbeitszeit von 15 bis 29 Stunden, *geringfügig Beschäftigte* sind Personen mit einem Wochenarbeitsumfang von 1 bis 14 Stunden.⁸ *Erwerbslose* sind (analog zur ILO-Klassifikation) Personen, die nicht erwerbstätig sind, auf Arbeitssuche sind und dem Arbeitsmarkt sofort zur Verfügung stehen.⁹ *Nichterwerbspersonen* sind (ebenfalls analog zur ILO-Klassifikation) Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen und nicht auf der Suche nach einer Beschäftigung sind. Eine weitere Kategorie beinhaltet Personen, die zwar in einem Arbeitsverhältnis stehen, aber eine Arbeitszeit von „0 Stunden“ angeben. Dies sind in erster Linie Erziehungsurlauberinnen, können aber auch Personen sein, die aus anderen Gründen von der Arbeit frei gestellt sind. Diese Kategorie haben wir als *Erziehungsurlaub/Freistellung* bezeichnet.¹⁰

3.3 Deskriptive Darstellung

Auf Basis des „erweiterten Erwerbskonzepts“ haben wir in Tabelle 3 das Erwerbsverhalten von Müttern in Ost- und Westdeutschland nach dem Alter des jüngsten Kindes dargestellt. Für Ostdeutschland ist seit 1991 ein deutlicher Anstieg der Er-

7 Zur Abgrenzung der Vollzeiterwerbstätigkeit verwenden wir entgegen der bislang gebräuchlichen Grenze von 35 Stunden und mehr Arbeitszeit pro Woche die 30-Stunden-Grenze. Auf diese Weise erfolgt die Abgrenzung analog zu der seit 1997 verwendeten OECD-Definition, die berücksichtigt, dass in einigen Sektoren die vertragsgemäße Vollzeiterwerbstätigkeit bei 35 Stunden oder sogar etwas darunter liegen kann (Bastelaer et al. 1997). In den „Demographischen Standards“ des Statistischen Bundesamtes (2004a: 4) sind die Empfehlungen zur Abgrenzung der Vollzeiterwerbstätigkeit eher vage formuliert: „Mit diesen einerseits erweiterten und andererseits nicht mehr über eine exakte Arbeitszeit definierten Kategorien wird den neuen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen, denn die alten Grenzen (35 Stunden und mehr als ‚vollzeit‘, 15 bis 34 Stunden als ‚teilzeit‘ und unter 15 Stunden als ‚stundenweise‘ erwerbstätig) gelten nicht mehr.“

8 Wir verwenden die „tatsächlich“ geleistete Arbeitszeit und nicht die „normalerweise“ geleistete Arbeitszeit, da unklar ist, welche Arbeitszeiten Personen angeben, die sich im Erziehungsurlaub befinden. Wir verwenden ebenfalls nicht die Variable zur Vollzeit-/Teilzeiterwerbstätigkeit, auf dessen Basis sich Personen selbst einstufen können, da zum einen auch hier nicht klar ist, zu welcher Kategorie sich Erziehungsurlauberinnen rechnen und es des Weiteren aufgrund der fehlenden Erläuterung der Begriffe Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit zu Fehleinschätzungen der Befragten kommt. Am Rande sei angemerkt, dass eine Analyse dieser Variable einen leichten Anstieg der Vollzeiterwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern in Westdeutschland ergibt.

9 Auf Grund der Veränderung des Frageprogramms bezieht sich die Verfügbarkeit im Jahr 1991 auf eine „sofortige Verfügbarkeit“. Im Mikrozensus 1996 und 2002 bezieht sich diese auf eine Verfügbarkeit „innerhalb von zwei Wochen“.

10 Erst ab dem Mikrozensus 1999 wird explizit nach dem Erziehungsurlaub gefragt. Im Jahr 2002 sind 82 Prozent der Frauen mit Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren, die wir als „Erziehungsurlaub/Freistellung“ klassifiziert haben, Personen im Erziehungsurlaub.

werbslosen erkennbar. Der Anteil Teilzeit und geringfügig Erwerbstätiger hat ebenfalls leicht zugenommen. Demgegenüber ist der Anteil der Vollzeitwerbstätigkeit deutlich rückläufig. Während im Jahr 1991 noch 64 Prozent der ostdeutschen Mütter Vollzeit erwerbstätig waren, sind es im Jahr 2002 nur noch 52 Prozent. Trotz dieses Rückgangs ist die Vollzeitwerbstätigenquote in den neuen Bundesländern mehr als dreimal so hoch wie in den alten Bundesländern.

Betrachtet man die Erwerbsquoten nach dem Alter des jüngsten Kindes, zeigt sich in Ostdeutschland insbesondere für Frau mit Kindern unter 3 Jahren ein deutlicher Anstieg der Nichterwerbspersonen über die Zeit.¹¹ Im Jahr 1991 lag in dieser Gruppe der Anteil der Nichterwerbspersonen bei 10 Prozent und stieg bis zum Jahr 1996 auf 31 Prozent. Für Frauen mit älteren Kindern liegt der Anteil an Nichterwerbspersonen jedoch deutlich darunter.¹²

In Westdeutschland hat zwischen 1991 und 2002 der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen und insbesondere der geringfügig Beschäftigten stark zugenommen, während der Anteil der Nichterwerbspersonen kontinuierlich zurückgegangen ist. Überraschenderweise ist die Vollzeitwerbstätigenquote seit dem Jahr 1991 von einem niedrigen Anfangsniveau von 21 Prozent weiter auf 17 Prozent im Jahr 2002 zurückgegangen. Diese Entwicklung könnte prinzipiell mit der Verlängerung des Erziehungsurlaubs im Jahr 1992 in Verbindung gebracht werden. Gegen eine derartige Interpretation spricht jedoch, dass die Vollzeitwerbstätigkeit für Frauen mit Kindern aller Altersgruppen gleichermaßen zurückgegangen ist, d.h. auch für Frauen, die keinen Anspruch auf Erziehungsurlaub haben. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen, dass die steigende Erwerbsquote in Westdeutschland vor allem auf die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen ist, welche von 8 Prozent im Jahr 1991 auf 16 Prozent im Jahr 2002 angestiegen ist.

11 Der relativ hohe Anteil von Personen in Erziehungsurlaub/Freistellung in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 ist auf die transformationsbedingten Arbeitsmarktentwicklung zurückzuführen. Im Jahr 1991 befinden sich in dieser Gruppe in Ostdeutschland in erster Linie Personen, die vorübergehend von ihrer Arbeit freigestellt worden waren. Im Mikrozensus geben die meisten ostdeutschen Befragten, die wir im Jahr 1991 als Nichterwerbspersonen klassifiziert haben an, dass sie in „Kurzarbeit“ beschäftigt sind.

12 Es sei am Rande angemerkt, dass unter den ostdeutschen Nichterwerbspersonen häufiger Personen zu finden sind, die noch im Studium sind. Im Jahr 2002 trifft dies auf etwas mehr als 3 Prozent der ostdeutschen Mütter zu, in den alten Bundesländern auf weniger als 2 Prozent. Ein Vergleich des Anteils von Müttern in Ausbildung ist für die unterschiedlichen Jahre leider nicht möglich, da die Fragen zur Bildungsbeteiligung aus dem Jahr 1991 und den Jahren 1996/2002 nicht vergleichbar sind.

Tabelle 3: Erwerbsbeteiligung nach Alter des jüngsten Kindes, Spaltenprozent

	Ostdeutschland			Westdeutschland			Deutschland		
	1991	1996	2002	1991	1996	2002	1991	1996	2002
Alle Frauen mit Kindern									
Vollzeit	63,7	61,1	51,7	20,5	17,4	16,8	32,1	26,7	22,1
Teilzeit	8,3	7,9	9,9	20,9	20,3	23,3	17,5	17,6	21,2
Geringfügig	0,9	1,4	3,7	7,6	10,8	15,7	5,8	8,8	13,9
Erwerbslos	10,9	17,6	17,0	3,5	4,2	4,2	5,5	7,0	6,2
Erziehungsurlaub/Freist.	10,7	3,4	5,6	2,4	7,1	7,5	4,6	6,3	7,1
Nichterwerbsperson	5,6	8,7	12,1	45,1	40,2	32,5	34,4	33,5	29,4
Jüngstes Kind 1 bis unter 3									
Vollzeit	50,4	26,5	31,0	12,3	8,9	8,9	20,9	10,8	11,8
Teilzeit	7,3	6,6	8,0	14,8	8,9	9,7	13,1	8,7	9,4
Geringfügig	0,9	2,3	4,1	6,7	7,7	13,2	5,4	7,1	12,0
Erwerbslos	15,6	16,3	11,3	4,2	2,6	1,8	6,8	4,0	3,1
Erziehungsurlaub/Freist.	16,3	17,3	17,7	4,0	18,8	19,9	6,8	18,6	19,6
Nichterwerbsperson	9,6	30,9	27,9	57,9	53,2	46,5	47,1	50,8	44,0
Jüngstes Kind 3 bis unter 6									
Vollzeit	63,9	55,4	50,7	18,0	14,4	14,5	30,7	21,1	19,2
Teilzeit	8,8	8,6	10,7	20,2	19,9	24,3	17,0	18,1	22,5
Geringfügig	1,1	1,3	3,5	8,0	12,3	17,3	6,1	10,5	15,4
Erwerbslos	11,0	23,1	21,7	3,2	5,2	5,3	5,4	8,1	7,4
Freistellung	9,7	2,1	2,9	2,1	3,8	3,9	4,2	3,5	3,7
Nichterwerbsperson	5,5	9,5	10,6	48,7	44,4	34,8	36,7	38,7	31,6
Jüngstes Kind 6 bis unter 10									
Vollzeit	68,7	68,2	57,2	24,0	20,9	18,9	36,9	34,4	23,6
Teilzeit	8,6	8,1	11,2	25,3	26,4	29,9	20,5	21,1	27,6
Geringfügig	0,8	1,2	4,5	8,6	12,6	17,4	6,3	9,3	15,9
Erwerbslos	9,3	16,1	19,1	3,3	4,5	4,8	5,0	7,9	6,6
Freistellung	8,6	1,7	1,6	1,5	2,8	3,0	3,5	2,5	2,8
Nichterwerbsperson	4,0	4,8	6,4	37,3	32,9	25,9	27,7	24,9	23,5
Jüngstes Kind 10 bis unter 15									
Vollzeit	71,0	69,4	63,4	35,5	33,0	31,9	46,3	43,8	40,8
Teilzeit	8,3	7,4	9,6	25,0	28,4	30,6	19,9	22,1	24,7
Geringfügig	0,7	1,4	3,0	6,6	8,9	12,7	4,8	6,7	10,0
Erwerbslos	7,7	15,8	15,5	2,7	4,2	5,0	4,2	7,6	8,0
Freistellung	8,9	1,3	2,0	2,0	2,6	2,6	4,1	2,2	2,4
Nichterwerbsperson	3,4	4,8	6,5	28,2	23,0	17,2	20,7	17,6	14,2

Anmerkung: Vollzeiterwerbstätigkeit: ≥ 30 h/Woche; Teilzeiterwerbstätigkeit: 15-29 h/Woche; geringfügige Beschäftigung: ≤ 14 h/Woche

Quelle: Mikrozensus 1991, 1996, 2002 (eigene Berechnungen)

4 Ergebnisse der multivariaten Analyse

4.1 Methode und Variablen

Mit Hilfe eines multinomialen logistischen Regressionsmodells analysieren wir im Folgenden den Einfluss sozialstruktureller Merkmale der Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland für das Jahr 2002.¹³ Für diese Analysen fassen wir Teilzeit und geringfügig beschäftigte Frauen in eine Kategorie zusammen. Ebenfalls gruppieren wir Frauen, die im Erziehungsurlaub oder von der Arbeit freigestellt sind, in die Kategorie der Nichterwerbspersonen (für ein ähnliches Vorgehen, siehe Dathe 1999 oder John und Stutzer 2002). Die Analysen werden für Ost- und Westdeutschland getrennt durchgeführt. Im ersten Schritt schätzen wir ein Modell ohne die Bildung des Partners. Im zweiten Modell beziehen wir diese Kovariate mit ein, wobei wir diese Information nur für verheiratete Frauen verwenden. In einem dritten Schritt untersuchen wir Interaktionseffekte zwischen der Bildung des Mannes und der Frau.

Eine zentrale erklärende Variable ist der *Bildungsabschluss*. Wir unterscheiden Befragte mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, Befragte mit einem Berufsbildungsabschluss und Befragte, die keinen Ausbildungs- oder Hochschulabschluss erworben haben. Weiterhin kontrollieren wir für das *Alter der Frau*. Wir unterscheiden die Kategorien 18 bis 25, 26 bis 30, 31 bis 35 und 36 bis 45 Jahre. Das *Alter des jüngsten Kindes* haben wir analog zu den deskriptiven Analysen in die Kategorien 1 bis unter 3, 3 bis unter 6, 6 bis unter 10 und 10 bis unter 15 Jahre gruppiert. Darüber hinaus unterscheiden wir Frauen nach der *Anzahl ihrer Kinder*, d.h. ob sie nur ein Kind, zwei Kinder oder drei oder mehr Kinder haben. Da die Fertilitätsbiographie im Mikrozensus nicht erhoben wird, beziehen sich diese Angaben auf die Anzahl der Kinder, die zum Befragungszeitpunkt noch im Haushalt leben. Wir berücksichtigen die *Gemeindegrößenklasse* und unterscheiden hier zwischen Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, Städten und Gemeinden mit 20.000 bis 500.000 Einwohnern und Städten mit 500.000 und mehr Einwohnern. Der *Familienstand* ist eine weitere zentrale Kontrollvariable. Wir unterscheiden zwischen ledigen und verheirateten Frauen sowie der Gruppe der Geschiedenen und Verwitweten. Für die Gruppe der verheirateten Frauen haben wir ebenfalls den *Bildungsabschluss des Partners* generiert. Die *Nationalität* ist eine weitere Kontrollvariable, d.h. wir unterscheiden Personen mit deutscher und mit anderer Staatsangehörigkeit.

13 Die abhängige Variable im multinomialen logistischen Regressionsmodell ist der natürliche Logarithmus des Odds, was häufig als „Chancenverhältnis“ übersetzt wird. Da dieser Begriff im deutschen Sprachgebrauch nicht üblich ist, verwenden wir im Folgenden auch die Begriffe „Wahrscheinlichkeit“ und „Chance“. Zwar ist die abhängige Variable im logistischen Regressionsmodell keine Wahrscheinlichkeit, steht aber mit dieser in engem Zusammenhang.

4.2 Ergebnisse

In Tabelle 4a sind die Ergebnisse für Westdeutschland dargestellt. Die Ergebnisse sind als Odds Ratios wiedergegeben. Als Referenzkategorie haben wir die Nichterwerbspersonen gewählt. Bei der Darstellung der Ergebnisse fokussieren wir auf die Voll- und Teilzeiterwerbstätigen (in Referenz zu den Nichterwerbspersonen), geben aber in einem ersten Schritt einen kurzen Überblick über die Determinanten der Erwerbslosigkeit. Es zeigt sich im Wesentlichen das zu erwartende Muster. Häufig von Erwerbslosigkeit betroffen sind unverheiratete und ausländische Mütter.

Wendet man sich den Determinanten der Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit zu, bestätigen sich in Bezug auf das *Alters des jüngsten Kindes* im Wesentlichen die deskriptiven Analysen. Ist das jüngste Kind jünger als 3 Jahre, ist die Chance einer Voll- wie auch Teilzeiterwerbstätigkeit relativ gering. Mit zunehmendem Alter steigt die Chance einer Erwerbstätigkeit kontinuierlich an. Mit steigender *Kinderzahl* reduziert sich die Chance der Vollzeit- wie auch der Teilzeiterwerbstätigkeit deutlich. Die Koeffizienten für das *Alter der Mutter* zeigen für Teil- wie für Vollzeiterwerbstätigkeit ein ähnliches Profil. Insbesondere die Gruppe der Mütter im Alter von 18 bis 25 Jahren sticht mit ihrer auffällig geringen Erwerbsneigung heraus.

Überraschend ist der geringe Effekt der Gemeindegrößenklasse. Prinzipiell würde man vermuten, dass in größeren Städten die Kinderbetreuungssituation und die Erwerbsmöglichkeiten besser und demnach auch die Müttererwerbstätigenquoten höher sind. Deskriptiv trifft dies auch zu (siehe Tabelle A3 im Anhang). Nach der Kontrolle der Bildung und des Familienstands lässt sich ein derartiger Effekt jedoch nicht mehr nachweisen. In jedem Fall deuten diese Ergebnisse auf Interaktionseffekte der Gemeindegröße, des Familienstands und der Bildung hin.

Der *Familienstand* hat einen starken und signifikanten Einfluss auf die Vollzeiterwerbstätigkeit. Unverheiratete Frauen mit Kindern sind deutlich häufiger Vollzeit erwerbstätig als verheiratete Frauen. Der *Bildungsabschluss der Befragten* zeigt ebenfalls den erwarteten Zusammenhang, d.h. mit steigendem Bildungsniveau steigt auch die Wahrscheinlichkeit, Vollzeit wie auch Teilzeit erwerbstätig zu sein.

Tabelle 4b zeigt die Ergebnisse für Ostdeutschland. Markante Unterschiede zu den Ergebnissen für die westlichen Bundesländer ergeben sich für die Rolle des Familienstands. In Westdeutschland zeigt sich sehr deutlich, dass verheiratete Frauen seltener Vollzeit erwerbstätig sind als andere. In Ostdeutschland unterscheiden sich unverheiratete und verheiratete Frauen kaum in ihrem Erwerbsprofil. Dieser Befund steht im Gegensatz zu der generellen Erwartung des ökonomischen Modells, dass Frauen, die auf das Einkommen eines Partners zurückgreifen können, eine niedrigere Erwerbsneigung aufweisen. Im folgenden Abschnitt betrachten wir die Rolle der Partnercharakteristika genauer.

Tabelle 4a: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios

		Westdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Alter	18 bis 25	1	1	1
	26 bis 30	1,28***	1,43***	1,19
	30 bis 35	1,34***	1,69***	1,22
	35 bis 45	1,23***	1,59***	0,98***
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	1	1	1
	3 bis unter 6	3,10***	3,16***	5,16***
	6 bis unter 10	5,05***	4,50***	6,11***
	10 bis unter 15	9,81***	5,60***	8,13***
Anzahl Kinder	ein Kind	1	1	1
	zwei Kinder	0,52***	0,87***	0,80***
	drei und mehr	0,34***	0,56***	0,79***
Nationalität	deutsch	1	1	1
	andere	0,92	0,64***	1,21***
Bildungsabschluss	kein Abschluss	1	1	1
	Berufsabschluss	1,86***	1,94***	0,94
	Hochschule	3,88***	2,27***	1,16
Gemeindegröße	unter 20.000	1	1	1
	20.000-500.000	0,92*	0,91***	1,12
	über 500.000	1,01	0,77***	1,16
Familienstand	ledig	2,73***	1,08	2,96***
	gesch./verw.	2,46***	1,00	3,16***
	verheiratet	1	1	1
Modellgüte	Log Likelihood 0			-29164
	Log Likelihood			-26451
	Pseudo r ²			0.093

Tabelle 4b: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios

		Ostdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Alter	18 bis 25	1	1	1
	26 bis 30	1,50***	2,50***	1,25
	30 bis 35	2,05***	2,75***	1,28
	35 bis 45	1,41**	1,90***	1,10
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	1	1	1
	3 bis unter 6	5,37***	3,65***	6,54***
	6 bis unter 10	8,88***	6,24***	9,79***
	10 bis unter 15	7,42***	4,54***	7,61***
Anzahl Kinder	ein Kind	1	1	1
	zwei Kinder	0,58***	0,84	1,03
	drei und mehr	0,19***	0,68***	0,99
Nationalität	deutsch	1	1	1
	andere	0,16***	0,32***	0,67
Bildungsabschluss	kein Abschluss	1	1	1
	Berufsabschluss	2,08***	1,39***	0,85
	Hochschule	5,68***	2,92***	0,66
Gemeindegröße	Unter 20.000	1	1	1
	20.000-500.000	0,78**	0,83	0,85
	Über 500.000	0,71**	0,94	0,40***
Familienstand	ledig	0,84	0,64***	1,50***
	gesch./verw.	0,90	0,75	1,77***
	verheiratet	1	1	1
Modellgüte	Log Likelihood 0			-5493
	Log Likelihood			-4948
	Pseudo r ²			0,091

Anmerkung: ***p<0,01; **p<0,05; *p<0,10.

Abhängige Variable: Vollzeit, Teilzeit inklusive geringfügig beschäftigt, Erwerbslos, Nichterwerbsperson (Referenz).

Die Stichproben umfassen Frauen im Alter von 18-45 Jahren, die zum Befragungszeitpunkt ein Kind haben, das im Haushalt (bzw. in der Familie) lebt. Für fehlende Angaben zum Bildungsstatus wurde kontrolliert (d.h. die Bildungsvariable umfasst eine weitere Kategorie „fehlende Angaben“, die wir nicht ausgewiesen haben.)

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

4.3 Die Rolle des Bildungsniveaus des Partners

Vom Bildungsabschluss des Partners würde man einen negativen Einfluss erwarten, da sich mit steigender Bildung und mit steigendem Einkommen des Mannes die Möglichkeiten des (Teil-)Rückzugs der Frau aus dem Arbeitsmarkt erhöhen. Um diesen Aspekt abzubilden, haben wir für verheiratete Frauen den Einfluss der Rolle des Bildungsstatus des Partners auf die eigene Erwerbstätigkeit untersucht. Analog zu dem vorhergehenden Vorgehen haben wir ein multinomiales Logitmodell geschätzt und die Odds Ratios in der Tabelle abgebildet (siehe Tabelle 5). Aus Platzgründen haben wir nur die zentralen Variablen wiedergegeben, jedoch nicht erneut die Effekte der anderen Kovariaten dargestellt.

In Westdeutschland hat der Bildungsabschluss des Partners einen deutlich negativen Einfluss auf die Voll- wie auch auf die Teilzeiterwerbstätigkeit der Frau. Dies würde die Hypothese unterstützen, dass die Erwerbssituation der Frau auch vom Lohnpotential des Partners (gemessen an seinem Bildungsniveau) abhängt. In Ostdeutschland zeigt sich ein derartiges Muster nicht.

Für Ostdeutschland hatten die bisherigen Analysen gezeigt, dass verheiratete Frauen ebenso häufig Vollzeit erwerbstätig sind wie ledige Frauen. Unter den Verheirateten sind es eher Frauen, deren Partner eine mittlere Bildung hat, die häufiger Vollzeit erwerbstätig sind. Verheiratete Frauen mit einem Partner ohne Berufs- oder Hochschulabschluss weisen eine niedrige Erwerbsneigung auf. Zu berücksichtigen ist hier jedoch, dass sich die Ergebnisse in Tabelle 5 nur auf verheiratete Frauen beziehen. Die Entscheidung zur Eheschließung steht bereits im engen Zusammenhang mit dem Erwerbsprofil des Partners. Frauen, deren Partner erwerbslos ist oder ein nur niedriges Einkommen erwirtschaftet, sollten eine geringere Motivation zur Eheschließung aufweisen. Diese Gruppe profitiert nur geringfügig von den sozialpolitischen Maßnahmen, die die Ehe fördern. Beispielsweise gibt es nur wenige Vorteile des „Ehegattensplittings“ oder der Hinterbliebenenrente für Frauen, deren Partner langfristig erwerbslos ist. Zum anderen kann der Zusammenzug mit dem Partner oder die Eheschließung den Bezug von bedarfs- und einkommensabhängigen Transferleistungen verschlechtern. Dies würde bedeuten, dass die Gruppe der Verheirateten bereits selektiv in Bezug auf die Bildungscharakteristika der Frau und ihres Partners ist. Für Westdeutschland dürfte dies die Interpretation der Ergebnisse in Tabelle 5 nur geringfügig beeinflussen, da die Mehrzahl der Mütter verheiratet ist. In Ostdeutschland sind derartige Betrachtungen, angesichts hoher Nichtehelehenquoten, von größerer Bedeutung (Huinink und Konietzka 2003; Konietzka und Kreyenfeld 2005).

Tabelle 5: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios, der Einfluss des Bildungsabschlusses des Partners

		Westdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss	Kein Abschluss	1	1	1
Partner	Berufsabschluss	0,62**	1,01	2,24***
	Hochschule	0,45***	0,94	2,39**

		Ostdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss	Kein Abschluss	1	1	1
Partner	Berufsabschluss	2,08**	1,03*	1,48
	Hochschule	1,01	1,88*	0,47*

Anmerkung: siehe Tabelle 4.

Weitere Variablen im Modell sind Alter der Frau, Alter des jüngsten Kindes, Anzahl der Kinder, Nationalität, Kontrollvariable für fehlende Angaben zum Bildungsabschluss, Familienstand

Die Koeffizienten beziehen sich nur auf den Effekt der Partnercharakteristika für verheiratete Frauen. Der Familienstand wurde in Interaktion mit dem Bildungsabschluss des Partners in den Analysen berücksichtigt. Die Koeffizienten für Ledige und Geschiedene haben wir, um die Übersichtlichkeit der Tabelle zu gewährleisten, nicht wiedergegeben.

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

4.4 Interaktionseffekte zwischen der Bildung des Partners und der Bildung der Frau

Aus dem ökonomischen Modell lässt sich herleiten, dass die Erwerbsbeteiligung der Frau auch vom Einkommenspotential ihres Partners abhängen sollte. Unberücksichtigt bleibt bei diesen Überlegungen, dass die Bildungshomogamie in den meisten Ländern, wie auch in Deutschland, hoch ist (Wirth 1996; Blossfeld und Timm 2003). Frauen mit hohem Bildungsabschluss haben vielfach auch Partner mit hohen Bildungsabschlüssen. Diese Haushalte haben auf der einen Seite das Einkommenspotential für einen Rückzug der Frau aus dem Arbeitsmarkt. Dem stehen jedoch relativ hohe Opportunitätskosten der Kinderbetreuung gegenüber. Haben beide Partner keinen Abschluss, so sind die Vorhersagen ebenso ambivalent. Auf der einen Seite müsste die Erwerbneigung der Frau höher sei, da das geringe Einkommenspotential des Mannes ein „Male Breadwinner Model“ nicht möglich macht. Auf der anderen Seite sind für Frauen in diesen Konstellationen die Opportunitätskosten des Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt gering. Zudem profitieren sie stärker von einkommensabhängigen Transferleistungen (wie dem Erziehungsgeld, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe), was eine niedrige Erwerbneigung dieser Gruppe erklären könnte.

In Tabelle 6 haben wir die Ergebnisse eines Interaktionsmodells zwischen der Bildung der Frau und der ihres Partners wiedergegeben. Die Ergebnisse sind erneut als Odds Ratios dargestellt und beziehen sich auf verheiratete Frauen. In beiden Teilen Deutschlands zeichnet sich ein ähnliches Muster ab. Frauen, die in Partnerschaften leben, in denen beide einen Hochschulabschluss besitzen, weisen eine besonders hohe Vollzeiterwerbsneigung auf. Dies gilt ebenso für den relativ kleinen Anteil von Paaren, bei denen die Frau höher qualifiziert ist als der Mann. Eine niedrigere Erwerbsneigung weisen insbesondere Frauen mit höher qualifizierten Partnern auf. Dies unterstützt die Hypothese, dass der Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsmarkt erheblich vom Einkommenspotential des Partners abhängt. Die Erwerbsneigung der Frau ist auch gering, wenn beide Partner keinen Abschluss haben. Möglicherweise spielen hier einkommensabhängige Transferleistungen eine zentrale Rolle. Letztendlich wäre der Rückzug aus dem Arbeitsmarkt zum einen ein Privileg von Frauen mit hinreichend einkommensstarken Männern, zum anderen ein Kennzeichen von Frauen, die aufgrund des geringen Einkommens des Partners einen besseren Zugang zu einkommens- und bedarfsabhängigen Transfermöglichkeiten haben. Im Bezug auf dieses Muster lassen sich keine großen Ost-West-Unterschiede erkennen.

Tabelle 6: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios, Interaktionseffekte zwischen dem Bildungsabschluss der Frau und dem Bildungsabschluss des Partners

		Westdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss	Beide kein Abschluss	0,84*	0,60***	1,43***
Partner	Beide berufl. Abschluss	1	1	1
	Beide Hochschule	1,95***	0,97	1,36*
	Mann höher qualifiziert	0,53***	0,65***	0,75**
	Frau höher qualifiziert	2,10***	1,12*	1,28
		Ostdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss	Beide kein Abschluss	0,46*	0,61	0,85
Partner	Beide berufl. Abschluss	1	1	1
	Beide Hochschule	1,51*	1,39	0,26***
	Mann höher qualifiziert	0,51***	0,58**	0,46***
	Frau höher qualifiziert	1,75**	1,11	1,05

Anmerkung: siehe Tabelle 4.

Weitere Variablen im Modell sind Alter der Frau, Alter des jüngsten Kindes, Anzahl der Kinder, Nationalität, Kontrollvariable für fehlende Angaben zum Bildungsabschluss

Die Koeffizienten beziehen sich nur auf den Effekt der Partnercharakteristika für verheiratete Frauen. Der Familienstand wurde in Interaktion mit dem Bildungsabschluss des Partners und der Frau in den Analysen berücksichtigt. Die Koeffizienten für Ledige und Geschiedene haben wir, um die Übersichtlichkeit der Tabelle zu gewährleisten, nicht wiedergegeben.

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

5 Schlussfolgerung

Ziel unserer Darstellungen war es, einen Überblick über die Entwicklung der Müttererwerbstätigkeit auf Basis eines „erweiterten Erwerbskonzepts“ in Ost- und Westdeutschland zu geben. Dieses erweiterte Erwerbskonzept berücksichtigt, im Unterschied zum ILO-Erwerbskonzept, explizit den Erwerbsumfang, d.h. unterscheidet zwischen geringfügig, Teilzeit und Vollzeit erwerbstätig.

In Westdeutschland ist seit Anfang der 1990er Jahre insbesondere der Anteil der Frauen, die in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen stehen, angestiegen. Währenddessen ist jedoch auch der Anteil Vollzeiterwerbstätiger leicht zurückgegangen. Der Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit lässt sich nur schwerlich in die internationalen Entwicklungen einordnen. Die meisten Länder haben im Laufe der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte sozialpolitische Maßnahmen implementiert, die die Vereinbarkeit von Familien und Beruf unterstützen und die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt fördern. Vor diesem Hintergrund wurde vielfach die Erwartung geäußert, dass es einen stetigen Trend gibt, in welchem die Frauenerwerbstätigkeit, die ökonomische Eigenständigkeit und die Geschlechtergleichheit zunehmen. Daly (2005) argumentiert in diesem Zusammenhang:

“The movement in participation levels is inexorably upwards. While a disappearance of the housewife might be premature, increased employment among women is associated with a move towards two-income families and a decline in the male breadwinner/female homemaker household arrangement” (ebd.: 383).

Zwar lässt sich in Westdeutschland ein deutlicher Rückgang des „Hausfrauen“-Anteils konstatieren, jedoch wird diese Entwicklung auch von einem leichten Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit begleitet. Das typische Erwerbsmuster von Frauen mit Kindern ist die Teil- oder geringfügige Beschäftigung.

In Ostdeutschland ist seit der Wende der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Mütter zurückgegangen. Dennoch unterscheiden sich ost- und westdeutsche Frauen mit Kindern weiterhin deutlich in ihrem Erwerbsverhalten. Auch im Jahr 2002 waren ostdeutsche Mütter dreimal häufiger Vollzeit erwerbstätig als westdeutsche Mütter. Dies widerspricht der Hypothese, dass es in Ostdeutschland angesichts des Institutionentransfers nach der Wende zu einer zügigen Anpassung an westdeutsche Verhaltensweisen kommen würde.

Letztendlich wirft die Analyse der Erwerbsmuster von Frauen mit Kindern die Frage auf, inwiefern die westdeutschen Verhaltensmuster einen Fixpunkt für einen Vergleich darstellen und welchem Wandel sie selbst unterworfen sind. Während im Bereich der ökonomischen Entwicklung und des Arbeitsmarkts eine Angleichung des Ostens an die Bedingungen in den westlichen Bundesländern mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen gleichzusetzen ist, ist vielfach in Frage gestellt worden, ob diese Perspektive auch für die Familienentwicklung und die Erwerbstätigkeit von Frauen passend ist. Westdeutschland zeichnet sich durch einen hohen Anteil zeitlebens kinderloser Frauen aus. Diejenigen, die sich für Kinder entscheiden, folgen einem Erwerbsmodell, das in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung dafür kritisiert worden ist, dass es Frauen in die Abhängigkeit des

„männlichen Ernährers“ bringt (Orloff 1993; Ostner 1995; Langan und Ostner 1991; Lewis und Ostner 1994). In diesem Sinne wäre die Abkehr vom Vollzeitwerbsmuster nicht mit einer graduellen Änderung im Erwerbsverhalten, sondern mit einer Abkehr von der ökonomischen Eigenständigkeit ostdeutscher Frauen mit Kindern gleichzusetzen.

Ähnlich wie in Westdeutschland zeichnen sich in Ostdeutschland mittlerweile deutliche bildungsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten ab. Während in der DDR ein normativer und ökonomischer Druck existierte, Vollzeit erwerbstätig zu sein, der auf alle Bildungsgruppen ähnlich wirkte, gewähren die Rahmenbedingungen in der BRD einen größeren Entscheidungsspielraum. Gerade die „Wahlfreiheit“, sich zwischen Kind und Beruf entscheiden zu können, war lange Zeit ein Paradigma der Familienpolitik in der BRD. Diese „freie Wahl“ bedingt letztendlich bildungsspezifische Unterschiede in den Erwerbsmustern, die durch die familienpolitische Anreizstruktur verstärkt werden. Die empirischen Analysen mit den Daten des Mikrozensus bestätigen diese Einschätzungen. Es sind insbesondere höher qualifizierte Frauen, die Vollzeit erwerbstätig sind. Das „Hausfrauenmodell“ hat im Lauf der 1990er Jahre auch in Westdeutschland deutlich an Bedeutung verloren. Gelebt wird es in erster Linie von weniger qualifizierten Frauen mit höher qualifizierten Männern.

Literatur

- Adler, M.A. (1997): Social change and decline in marriage and fertility in Eastern Germany. *Journal of Marriage and the Family* 59 (1): 37-49.
- Bastelaer, A. van/Lemaitre, M. P. (1997): The definitions of part-time work for the purpose of international comparisons. *Labour market and social policy occasional papers* 22. Paris: OECD.
- Becker, Gary S. (1965): A theory of the allocation of time. *The Economic Journal* 75 (299): 493-517.
- Berger, M.C./Black, D.A. (1992): Child-care subsidies, quality of care, and the labor supply of low-income, single mothers. *The Review of Economics and Statistics*. 74 (4): 635-642.
- Blau, D. M./Hagy, A.P. (1998): The demand for quality in child care. *The Journal of Political Economy*. 106 (1): 104-146.
- Blossfeld, H.P./Timm, A. (Hrsg.) (2003): *Who marries whom? Educational systems as marriage markets in modern societies*. Dordrecht: Kluwer.
- BMFSFJ (Hg.) (2003): *Erziehungsgeld, Elternzeit: Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz für Eltern mit Kindern ab dem Geburtsjahrgang 2001*. Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ (Hg.) (2005): *Erziehungsgeld, Elternzeit: Das Bundeserziehungsgeldgesetz*. Berlin: BMFSFJ.
- Büchel, F./Spieß, K. (2002): Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 96-114.
- Connelly, R. (1991): The importance of child care costs to women's decision making. In: Blau, David M. (Hg.): *The Economics of Child Care*. New York: Russel Sage Foundation.
- Daly, M. (2005): Changing in family life in Europe: Significance for state and society. *European Societies* 7 (3): 379-398.

- Dathe, D. (1999): Familienlebenszyklus und Erwerbsbeteiligung der Ehepartner in Ehen mit Kindern in West- und Ostdeutschland. In: Lüttinger, Paul (Hg.): *Sozialstrukturanalyse mit dem Mikrozensus*. Mannheim: ZUMA (ZUMA-Nachrichten spezial 6).
- Dingeldey, I. (2002): Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. *WSI Mitteilungen* 3: 154-160.
- Dorbritz, J. (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verläufe und Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 22 (2-3): 239-268.
- Dorbritz, J./Ruckdeschel, K. (2006): Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hrsg.) (2006): *Ein Leben ohne Kinder.- Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit*. Wiesbaden: VS-Verlag (Im Erscheinen).
- Emmerling, D./Riede, T. (1997): 40 Jahre Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik* 3: 160-174.
- Engelbrech, G.; Reinberg, A. (1997): Frauen und Männer in der Beschäftigungskrise der 90er Jahre: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in West und Ost nach Branchen, Berufen und Qualifikationen. *IAB Werkstattbericht* 11.
- Esping-Andersen, G. (1999): *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford: University Press.
- Frerich, J./Frey, M. (1993): *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*. Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München: Oldenbourg Verlag.
- Gauthier, A.H. (1996): *The state and the family: A comparative analysis of family policies in industrialized countries*. Oxford: Clarendon Press.
- Gerhard, U./Knijn, T./Weckwert, A. (2003) (Hrsg.): *Erwerbstätige Mütter ein europäischer Vergleich*. München: Beck.
- Gornick, J.C./Meyers, M.K./Ross, K.E. (1998): Public policies and the employment of mothers: A cross-national study. *Social Science Quarterly* 79 (1): 35-54.
- Gornick, J.C.; Meyers, M.K.; Ross, K.E. (1997): Supporting the employment of Mothers: Policy variation across fourteen welfare States. *Journal of European Social Policy* 7 (1): 45-70.
- Gottschall, K./Bird, K. (2003): Family leave policies and labor market segregation in Germany: Reinvention or reform of the male breadwinner model? *Review of Policy Research: Special Issue on Gender and Work Place Policies* 20 (1): 115-134.
- Gruescu, S./Rürup, B. (2005): Nachhaltige Familienpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24: 3-6.
- Heckman, J.J. (1974): Effects of child-care programs on women's work effort. *The Journal of Political Economy* 82 (2), Part 2: S136-S163.
- Helwig, G. (1988): Staat und Familie in der DDR. In: Glaebner, Gert-Joachim (Hg.): *Die DDR in der Ära Honecker: Politik, Kultur, Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 56): 466-480.
- Holst, E./Kirner, E. (1995): Ausgrenzung von Frauen in Ostdeutschland nach der „Wende“ Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Hanesch, Walter (Hg.): *Sozialpolitische Strategien gegen Armut*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 311-325.
- Huinink, J./Konietzka, D. (2003): Lebensformen und Familiengründung – Nichteheliche Elternschaft in West- und Ostdeutschland in den 1990er Jahren. In: Walter B./Marbach J.H. (Hrsg.): *Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey*. Opladen: Leske und Budrich: 65-93.
- John, B./Stutzer, E. (2002): Erwerbsverhalten von Erziehungsurlauberinnen. *Zeitschrift für Familienforschung* 3: 215-233.

- Killingsworth, M.R./Heckman, J.J. (1986): Female Labor Supply: A Survey. In: Ashenfelter, Orley/Layard, Richard (Hg.): *Handbook of Labor Economics*. Amsterdam et al. (Handbooks in Economics 5): Elsevier Science Publisher.
- Klammer, U. et al. (2000): *WSI-FrauenDatenReport*. CD-Rom (Beilage zur Buchausgabe WSI FrauenDatenReport). Berlin: ed. Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 26).
- Klement, C./Rudolph, B. (2004): Employment patterns and economic independence of women in intimate relationships. *European Societies* 6 (3): 299-318.
- Klement, C./Müller, G./Prein, G. (2006): Vereinbarkeit muss man sich leisten können: Zur Erklärung von Betreuungs- und Erwerbsarrangements in Familien mit Kinder unter drei Jahren. In: Bien, W. (et al.) (Hrsg.): *Wer betreut Deutschlands Kinder?* Beltz Verlag (im Erscheinen).
- Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (2005): Nichteheleiche Mutterschaft und soziale Ungleichheit: zur sozioökonomischen Differenzierung der Familienformen in Ost- und Westdeutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (1): 32-61.
- Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (Hrsg.) (2006): Ein Leben ohne Kinder.- Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit. Wiesbaden: VS-Verlag (Im Erscheinen).
- Kreyenfeld, M./Hank, K. (2000): Does the availability of child care influence the employment of mothers? Findings from western Germany. *Population Research and Policy Review* 19: 317-337.
- Langan, M.; Ostner, I. (1991): Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat: Aspekte im internationalen Vergleich. *Kritische Justiz*: 302-317.
- Leitner, S./Ostner, I./Schratzstaller, M. (2004): Einleitung: Was kommt nach dem Ernährmodell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familialisierung. In: Dies. (Hg.): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährmodell?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 7): 9-27.
- Lewis, J.; Ostner, I. (1994): Gender and the evolution of European social policies. *ZeS-Arbeitspapier* Nr. 4/94. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Meyers, M.K.; Gornick, J.C.; Ross, K.E. (1999): Public childcare, parental leave and employment. In: Sainsbury, Diane (Hg.): *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford: Oxford University Press: 117-146.
- Mincer, J. (1974): *Schooling, experience, and earning*. New York: National Bureau of Economic Research.
- Obertreis, G. (1986): *Familienpolitik in der DDR 1945-1980*. Opladen: Leske und Budrich.
- OECD (2005): *Labour Statistics-Datenbank*. <http://www.oecd.org>.
- Orloff, A. (1993): Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and welfare states. *American Sociological Review* 58: 303-328.
- Ostner, I. (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 36-37: 3-12.
- Pfau-Effinger, B. (1999): Change of family policies in the socio-cultural context of European societies. *Comparative Social Research* 18: 135-159.
- Pfau-Effinger, B. (2000): *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa*. Opladen: Leske und Budrich.
- Powell, L.M. (2002): Joint labor supply and childcare choice decisions of married mothers. *The Journal of Human Resources* 37 (1): 106-128.
- Rengers, M. (2004): Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept. *Wirtschaft und Statistik* 12: 1369-1383.
- Ribar, D.C. (1992): Child care and the labor supply of married women: Reduced form evidence. *The Journal of Human Resources* 27 (1): 134-165.

- Rindfuss, R.R./Brewster, K.L. (1996): Childrearing and fertility. *Population and Development Review* 22 (Supplement): 258-289.
- Rosenfeld, R.A./Trappe, H./Gornick, J.C. (2004): Gender and work in Germany: Before and after unification. *Annual Review of Sociology* 30: 103-124.
- Sainsbury, Diane (1997): Taxation, family responsibilities, and employment. In: Sainsbury, D. (ed.): *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford: Oxford University Press: 185-209.
- Schimpl-Neimanns, B. (1998): Analysemöglichkeiten des Mikrozensus. *ZUMA-Nachrichten* 42: 91-122.
- Schmidt, S. (2000): Erwerbstätigkeit im Mikrozensus: Konzepte, Definition, Umsetzung. Mannheim: ZUMA. *ZUMA-Arbeitsbericht* 2000/01.
- Seidel, B./Teichmann, D./Thiede, S. (1999): Ehegattensplitting nicht mehr zeitgemäß. *DIW-Wochenbericht* 40, Online-Ausgabe. <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/99-40-1.html>.
- Statistisches Bundesamt (2004a): *Demographische Standards*. Ausgabe 2004. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2004b): *Sozialleistungen*. Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12.2002. http://www.destatis.de/basis/d/solei/tab_juhilf.htm.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit*. Fachserie 1, Reihe 4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2002. Stuttgart: Metzler Poeschel.
- Stier, H./Lewin-Epstein, N./Braun, M. (2001): Welfare regimes, family-supportive policies, and women's employment along the life-course. *American Journal of Sociology* 106: 1731-1760.
- Trappe, H. (1995): *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin: Akademie Verlag.
- Trappe, H./Rosenfeld, R.A. (2000): How do children matter? A comparison of gender earnings inequality for young adults in the former East Germany and the former West Germany. *Journal of Marriage and the Family* 62 (2): 489-507.
- Wirth, H. (1996): Wer heiratet wen? Die Entwicklung der bildungsspezifischen Heiratsmuster in Westdeutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 25: 371-394.
- Ziefle, A. (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen. *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2): 213-231.

Eingereicht am: 21.09.2005

Akzeptiert am: 08.03.2006

Anschrift der Autorinnen:

Dr. Michaela Kreyenfeld
Esther Geisler, M.A.
Max-Planck-Institut für demografische Forschung
Konrad-Zuse-Straße 1
D18057 Rostock

Email: kreyenfeld@demogr.mpg.de
geisler@demogr.mpg.de

Anhang

Tabelle A1: Erwerbsquoten 15-64-jähriger Frauen in europäischen Ländern

Jahr	Däne- mark	Schwe- den	Finn- land	Frank- reich	Deutsch- land	Tsche- chien	Ungarn	Italien	Spanien
1991	78,9	80,2	72,7	58,2	61	66,8		46,2	42,1
1992	79,0	78,6	71	59,0	61,3	64,1	57,6	45,7	43,0
1993	78,3	76,7	70	59,4	61,4	64,8	55	42,5	43,9
1994	73,8	75,7	69,4	60,1	61,4	65,1	52,6	42,4	45,3
1995	73,6	75,9	70	60,3	61,5	64,9	50,1	42,8	46,2
1996	74,1	75,8	70,3	61,0	61,9	64,4	49,6	43,5	47,1
1997	75,1	75,0	69,6	61,3	62,5	64,4	48,8	44,1	48,2
1998	75,2	74,2	69,9	62,1	63,1	64,7	50	45,1	48,8
1999	75,8	74,6	71,4	62,7	63,3	64,9	51,3	46,0	49,8
2000	75,9	75,0	72,3	63,3	63,6	64,3	52,2	46,8	51,7
2001	76,0	75,5	72,7	63,6	64,3	64	52	47,8	50,4
2002	75,6	75,6	73,1	64,2	64,6	63,7	52,4	48,4	52,0

Quelle: OECD 2005

Tabelle A2: Erwerbsquoten 15-64-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland¹⁴

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland
1991	58,4	77,2
1992	59,5	74,8
1993	59,6	73,3
1994	60,0	73,8
1995	59,9	73,9
1996	59,7	73,4
1997	60,3	73,6
1998	60,5	73,5
1999	61,7	73
2000		
2001	63,2	72,5
2002	63,6	72,6

Quelle: Klammer (2000) und Statistisches Bundesamt (2003)

¹⁴ In den Veröffentlichungen der OECD werden die Erwerbsquoten nicht mehr getrennt für Ost- und Westdeutschland ausgewiesen. Das Statistische Bundesamt weist weiterhin Erwerbsquoten nach Ost- und Westdeutschland getrennt aus (siehe Tabelle A3). In den Publikationen des Statistischen Bundesamtes werden die Erwerbsquoten jedoch nicht nach ILO-Kriterien ausgewiesen, da das Kriterium der Verfügbarkeit bei den Erwerbslosen nicht mit berücksichtigt wird, sondern alle Erwerbslosen in die Erwerbsquote mit einberechnet werden. Die Frauenerwerbsquote in den Publikationen des Statistischen Bundesamtes liegt deshalb etwas höher als die ILO-Erwerbsquote (um etwa einen Prozentpunkt). Bei Berechnung der Erwerbsquoten mit dem Scientific-Use-File des Mikrozensus nach dem ILO-Konzept ergeben sich entsprechend Abweichungen von etwa einem Prozentpunkt zu den Berechnungen des Statistischen Bundesamts.

Tabelle A3a: Deskriptive Statistik, Zeilenprozente, Westdeutschland

		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos	Nichtewp.	Insgesamt
Alter	18 bis 25	12%	19%	5%	65%	100%
	26 bis 30	14%	30%	5%	52%	100%
	31 bis 35	16%	39%	4%	41%	100%
	36 bis 45	19%	44%	4%	33%	100%
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	9%	23%	2%	66%	100%
	3 bis unter 6	15%	42%	5%	39%	100%
	6 bis unter 10	19%	47%	5%	29%	100%
	10 bis unter 15	32%	43%	5%	20%	100%
Anzahl Kinder	Ein Kind	24%	38%	5%	34%	100%
	Zwei Kinder	12%	43%	4%	41%	100%
	Drei und mehr Kinder	9%	31%	3%	57%	100%
Nationalität	Deutsch	17%	41%	4%	38%	100%
	Andere	15%	25%	6%	55%	100%
Bildungs- Abschluss	Kein Abschluss	13%	27%	6%	53%	100%
	Berufsabschluss	16%	44%	4%	36%	100%
	Hochschule	25%	39%	4%	33%	100%
Familienstand	Verheiratet	14%	40%	3%	42%	100%
	Ledig	32%	29%	8%	31%	100%
	Geschieden	33%	33%	9%	25%	100%
Gemeindegroße	< 20.000	16%	42%	4%	39%	100%
	20-500.000	17%	38%	5%	41%	100%
	>500.000	21%	32%	5%	42%	100%
Bildung	Ledig	32%	29%	8%	31%	100%
Partner	Gesch.	33%	33%	9%	25%	100%
	Verheiratet					
	-Kein Abschluss	15%	30%	5%	50%	100%
	-Berufsabschluss	13%	44%	3%	41%	100%
	-Hochschule	13%	40%	3%	44%	100%
Fallzahlen		4.203	9.738	1.056	9.986	24.983

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Tabelle A3b: Deskriptive Statistik, Zeilenprozent, Ostdeutschland

		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos	Nichtewp.	Insgesamt
Alter	18 bis 25	30%	6%	19%	45%	100%
	26 bis 30	43%	15%	18%	24%	100%
	31 bis 35	55%	14%	16%	14%	100%
	36 bis 45	57%	14%	17%	12%	100%
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	31%	12%	11%	46%	100%
	3 bis unter 6	51%	14%	22%	14%	100%
	6 bis unter 10	57%	16%	19%	8%	100%
	10 bis unter 15	63%	13%	16%	9%	100%
Anzahl Kinder	Ein Kind	57%	12%	15%	15%	100%
	Zwei Kinder	46%	16%	19%	20%	100%
	Drei und mehr Kinder	21%	19%	25%	35%	100%
Nationalität	Deutsch	53%	14%	17%	17%	100%
	Andere	21%	13%	22%	45%	100%
Bildungsabschluss	Kein Abschluss	26%	11%	27%	36%	100%
	Berufsabschluss	52%	14%	17%	17%	100%
	Hochschule	67%	15%	7%	11%	100%
Familienstand	Verheiratet	54%	16%	14%	17%	100%
	Ledig	47%	10%	21%	23%	100%
	Gesch.	52%	11%	24%	12%	100%
Gemeindegröße	< 20.000	54%	14%	17%	16%	100%
	20-500.000	50%	13%	18%	19%	100%
	>500.000	51%	16%	11%	23%	100%
Bildung	Ledig	47%	10%	21%	23%	100%
Partner	Geschieden	52%	11%	24%	12%	100%
	Verheiratet					
	– Kein Abschluss	35%	13%	20%	33%	100%
	– Berufsabschluss	55%	16%	15%	15%	100%
	– Hochschule	55%	18%	7%	20%	100%
Fallzahlen		2.326	614	765	796	4.501

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

ifb – Mitteilungen

Das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*) berichtet an dieser Stelle in loser Folge über aktuelle Forschungsprojekte, neue Forschungsvorhaben, Tagungen und Veröffentlichungen.

Evaluation der Erziehungshilfe „Freiheit in Grenzen“

Erziehungsratgeber haben Konjunktur und das Angebot reicht vom Fachbuch bis zur Fernsehsendung. Dass letztere gute Einschaltquoten verzeichnen belegt einmal mehr den Bedarf an niedrigschwelligen Informationen. Um diesen Bedarf wissenschaftlich fundiert, aber doch in Form eines attraktiven Angebotes gerecht zu werden, wurde das Erziehungshilfeprogramm „Freiheit in Grenzen“ entwickelt. Das Konzept arbeitet auf der Basis von gespielten Situationen und deren Erläuterung. Die Vermittlung erfolgt über CD, wodurch die Nutzung, abgesehen von den technischen Voraussetzungen, barrierefrei und niedrigschwellig ist. Hervorzuhebende Merkmale sind die Privatheit und die Interaktivität des Angebotes.

Allerdings könnten den Vorzügen dieses „selbstgesteuertes Lernens“ auch Nachteile gegenüber stehen. So wird vermutet, dass diese Form des Lernens für bildungsgewohnte Menschen weniger geeignet seien. Möglicherweise stehen die Vorteile bei bestimmten Personengruppen spezifischen Hemmnissen gegenüber. Im Zentrum der Evaluation wird allerdings die Wirksamkeit des Programms stehen.

Die Fragestellungen dieses Projektes sind demnach, inwieweit mittels des Programms Verhaltensänderungen in den Familien erzielt werden, ob diese Effekte im Vergleich zu analogen Programmen schriftlicher Form stärker oder anders gerichtet sind, wie stark die Effekte im Vergleich zu einer „Nicht-Beeinflussung“ ausfallen und welche Familien (z.B. nach Bildungshintergrund etc.) von diesem Angebot profitieren.

Es wird ein experimentelles Prael-Post-Projekt design gewählt, in dem drei Elterngruppen mit jeweils 40 Familien mit Kindern zwischen 6 und 12 Jahren untersucht werden: Eine Gruppe, die mit der CD arbeitet, eine zweite, welche mit einer Erziehungshilfe in gedruckter Form arbeitet und eine dritte ohne Intervention.

Das Projekt ist interdisziplinär angelegt und wird in Kooperation mit dem Staatsinstitut für Frühpädagogik und der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt.

Elternbefragung zur Familienbildung

Zum zweiten Mal hat das ifb eine telefonische Befragung von rund 1.200 Eltern aus ganz Bayern durchgeführt. Die Zielgruppe stellen Eltern, die mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt leben. Inhaltliche Schwerpunkte der für Bayern repräsentativen Erhebung waren u.a. der Beratungs- und Informationsbedarf von Eltern in ihrem Familien- und Erziehungsalltag, die Informationsstrategien, die Eltern einsetzen, wenn sie familien- oder erziehungsbezogene Fragen haben oder Probleme in der Erziehung auftreten, die Nutzung bzw. Nichtnutzung von institutionellen familienbildenden Angeboten sowie die Wünsche der Eltern hinsichtlich der Form und der Zugangswege familienbildender Angebote. Erste Ergebnisse dieser quantitativen Studie wurden vor kurzem in einem Zwischenbericht präsentiert. Eine kleine Auswahl davon soll hier vorgestellt werden.

Die Befragung zeigte, dass Eltern ihren Einfluss auf die Kinder mit Abstand am bedeutsamsten einschätzen. 86% meinen, er sei sehr groß. Andere Freunde und Einrichtungen wie Kindergarten oder Schule werden nur von einem Drittel bzw. einem Fünftel als sehr einflussreich erachtet. Dieser hohen Relevanz ihres eigenen Erziehungshandelns gegenüber steht bei einem Teil der Eltern eine gewisse Unsicherheit. Nur 7% zweifeln nie an ihren Entscheidungen, 35% tun dies selten. Somit ist mehr als die Hälfte der Eltern in Erziehungsfragen gelegentlich unsicher, 12% sogar häufiger. Dieser Anteil hat sich im Vergleich zur ersten Untersuchung im Jahre 2002 deutlich erhöht: Damals gaben nur 5% an, häufiger unsicher zu sein.

Wichtigste Ansprechpartner, um sich über Erziehungsfragen auszutauschen, sind nach wie vor die Personen aus dem nahen sozialen Umfeld, allen voran der Partner bzw. die Partner, Freunde und Bekannte folgen mit einigem Abstand. Erst danach werden Lehrkräfte und Erzieher(innen) genannt. Doch bilden diese die wichtigsten Anlaufpunkte für Eltern außerhalb des privaten Umfeldes. Immerhin 46% der Eltern geben an, sie würden sich mit Erziehungsfragen (auch) an Lehrkräfte oder Erzieher(innen) wenden. Damit stellen Schule und Kindergarten nicht nur geeignete Orte für den Zugang zu Familienbildung dar, ihre Bedeutung hat seit 2002 sogar zugenommen.

Nachdem in jüngster Zeit Fernsehsendungen mit Erziehungsthemen Konjunktur haben, wurde auch nach der Nutzung dieser Angebote gefragt. Die meisten Eltern (74%) schauen sich solche Sendungen durchaus und nicht nur „nebenbei“ an. Darunter guckt ein Drittel (bzw. 26% aller Befragten) häufig. Ebenso viele Eltern geben an, solche Sendungen nie anzuschauen. Mit Abstand die bekannteste Produktion im thematischen Spektrum ist die Super-Nanny: 89% der Eltern kennen sie und die Hälfte dieser Gruppe sieht sie auch zumindest gelegentlich an.

Ergänzt wird die standardisierte Untersuchung, welche noch viele weitere Aspekte wie z.B. Internetzugang und -nutzung in den Familien thematisiert, durch eine *qualitative Studie*, bestehend aus 40 face-to-face-Interviews, die an mehreren Orten nach dem Schneeballprinzip gezogen werden. Damit sollen die zusätzlichen Möglichkeiten persönlicher Interviews – offenerer Gestaltung des Gesprächsverlaufs und größerer Zeitrahmen – genutzt werden, um bestimmte Aspekte vertieft anzusprechen. Zudem kommen in einem persönlichen, nur teilweise standardisierten In-

terview die Relevanzsysteme der Befragten wesentlich stärker zum Tragen. Diese qualitative Studie befindet sich zurzeit in der Erhebungsphase.

Kinderreiche Familien

Kinderreiche Familien, also Familien mit drei oder mehr Kindern, sind in der Wissenschaft und Politik ein bislang eher vernachlässigtes Thema. Ein Kooperationsprojekt des ifb mit der Familienforschung Baden-Württemberg hat versucht, einige Forschungslücken zu schließen. Sie lieferte vertiefte Einblicke in die Vielfalt der Lebensbedingungen kinderreicher Familien und, durch den Vergleich mit Familien mit weniger Kindern, eine detaillierte Bestandsaufnahme zur Situation der Familien insgesamt in Deutschland. Drei Themen stehen im Vordergrund: der historische Rückgang kinderreicher Familien in Deutschland, in Europa und in anderen Teilen der Welt, die gegenwärtige Lebenssituation kinderreicher Familien mit Blick auf Haushaltsstrukturen, regionale Verteilungen, Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Wohnen und schließlich Aspekte der Entscheidungsverläufe auf dem Weg zur kinderreichen Familie. Die Veröffentlichung von Bernd Eggen und Marina Rupp erschien im Oktober 2006 beim VS-Verlag Sozialwissenschaften.